

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RÜSTUNGSKONTROLLE UND US-AMERIKANISCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN

- | | | | |
|---|----|--|----|
| ■ ANALYSE
Zwischen militärischer Ambivalenz und politischem Vertragsbindungswillen: Russlands nukleare Rüstungskontrollpolitik
Moritz Pieper | 2 | ■ KOMMENTAR
Der Fall Nawalny, Russland und das Chemiewaffenverbot
Oliver Meier (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Berlin) | 20 |
| ■ STATISTIK
Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2020 | 6 | ■ DEKODER
»Wir haben einen hybriden Krieg«
Interview mit Dimitri Trenin (Moskauer Carnegie-Zentrum, Moskau) | 23 |
| ■ ANALYSE
Strategische Stabilität im 21. Jahrhundert
Liana Fix (Körper-Stiftung, Berlin), Ulrich Kühn (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg) | 8 | ■ UMFRAGEN
Rüstungskontrolle und Meinung der russischen Bevölkerung und Eliten zu den russisch-US-amerikanischen Beziehungen | 27 |
| ■ STATISTIK
Atomstreitkräfte Russlands, der USA und Chinas 2019 | 12 | ■ STATISTIK
Covid-19 in Russland | 32 |
| ■ ANALYSE
Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung mit Russland
Alexander Graef (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg) | 13 | ■ CHRONIK
Covid-19-Chronik, 12. Oktober – 1. November 2020 | 38 |
| ■ KOMMENTAR
Wird Russland die Militarisierung von Information verhindern können?
Pawel Scharikow (Institut für USA- und Kanada-Studien, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau) | 18 | ■ CHRONIK
12. – 31. Oktober 2020 | 45 |

Zwischen militärischer Ambivalenz und politischem Vertragsbindungswillen: Russlands nukleare Rüstungskontrollpolitik

Moritz Pieper

DOI: 10.31205/RA.393.01

Zusammenfassung

Nach dem Aus für den Vertrag über das Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen von 1987 (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, INF), der am 2. August 2019 endete, durchlebt die nukleare Rüstungskontrolle eine schwere Krise. Russland und die USA beschuldigen sich gegenseitig des Vertragsbruchs, haben es aber zuletzt nicht vermocht, die Vorwürfe durch kooperative Verifikation zu entkräften. Allerdings hat die Erosion rüstungskontrollpolitischer Instrumente schon vor dem Ende des INF-Vertrags eingesetzt und ist nicht allein auf die Entscheidung der Trump-Administration zurückzuführen, aus dem Vertrag auszusteigen.

Zudem droht New START, das letzte verbleibende russisch-amerikanische Vertragswerk zur Reduzierung von als »strategisch« kategorisierten Nuklearwaffen, am 5. Februar 2021 auszulaufen, wenn es bis dahin nicht zu einer Einigung über eine Verlängerung kommt. New START begrenzt die Anzahl der auf strategischen Trägersystemen stationierten Sprengköpfe sowie die Anzahl der aktiven Interkontinentalraketen und strategischen Bomber. Fiele der Vertrag weg, müsste nicht nur das Konzept der strategischen Stabilität, sondern auch eine (wahrgenommene) russisch-amerikanische Ebenbürtigkeit erst wieder neu definiert und kodifiziert werden. Das Szenario, hierbei zu scheitern, scheint der Kreml vermeiden zu wollen, solange die Alternative besteht, New START zu verlängern und damit Zeit für eine darauf aufbauende Vertragsmodifizierung zu gewinnen.

Das Aus für den INF-Vertrag und die Rolle Chinas in Russlands Rüstungskontrolldiskurs

Seit 2014 hatte die US-Regierung Russland beschuldigt, den INF-Vertrag durch die Entwicklung und Testflüge eines nach Vertragsbestimmungen verbotenen Marschflugkörpers zu brechen. Russland zeigte sich zunächst wenig geneigt, die im Raum stehenden Vorhaltungen zu widerlegen, und gab die Existenz des umstrittenen Marschflugkörpers 9M729 erst zu, nachdem die USA sie offengelegt hatten.

Auch die Nato äußerte in ihrem Kommuniqué vom Juli 2018 Zweifel an der russischen Darstellung, Moskau entwickle oder teste keine Waffensysteme, die den INF-Vertrag verletzen. Die Einschätzung, dass Russland Raketen erprobt und stationiert habe, die nicht INF-konform seien, wurde dann auf dem Nato-Gipfel im Dezember 2018 schließlich offiziell von allen Mitgliedsstaaten des Bündnisses mitgetragen. Am 2. August 2019 lief die sechsmonatige Frist ab, welche die US-Regierung am 2. Februar 2019 für die Kündigung des Vertrags über das Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, INF) ausgerufen hatte. Damit endete ein Vertragswerk, das seit 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion bestanden und den Einsatz landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 500 Kilometern verboten hatte.

In der Vergangenheit war es Russland gewesen, das angesichts des Aufbaus der US-Raketenabwehr in

Europa bereits mit einem Ausstieg aus diesem Vertrag gedroht und ihn als unzureichend kritisiert hatte. Russland verlangt schon seit Mitte der 2000er Jahre, den INF-Vertrag zu multilateralisieren. Als Grund dafür hebt die russische Führung besonders hervor, dass Russland an seinen südlichen und östlichen Grenzen Proliferationsrisiken stärker ausgesetzt sei als etwa die USA, die durch zwei Ozeane geschützt seien. Ein Verbot der Aufrüstung im Mittelstreckenbereich nur für Russland und die USA spiegele daher nicht die sich verändernde Realität wider, da auch anderen Staaten erlaubt sei, landgestützte Mittelstreckenraketen zu entwickeln und zu stationieren.

Seit Oktober 2018 vertritt nun die US-Regierung unter Präsident Trump die Position, der Vertrag sei unausgeglichen, weshalb China als Vertragspartner eingebunden werden müsse. Peking hingegen lehnt es ab, sich an trilateralen Rüstungskontrollgesprächen zu beteiligen, da China nur wenig Nuklearsprengköpfe besitze (vermutlich weniger als 300) und über 90 Prozent seiner landgestützten Raketen Mittelstreckenwaffen in der INF-relevanten Reichweite seien. Russische Beobachter vermuten daher, die US-Administration habe Russlands angeblich nicht vertragskonforme Stationierung von Mittelstreckenraketen lediglich als Vorwand benutzt, um den INF-Vertrag aufzukündigen; der eigentliche Grund aber sei China gewesen.

Russische Offizielle betonen, dass Moskau sich nicht grundsätzlich dagegen sperre, Peking in künftige

Rüstungskontrollverträge einzubeziehen. Sie bekunden aber auch, dass Russland die chinesische Position nachvollziehen könne und nicht als Vermittler zwischen den USA und China auftreten werde. Sollte China in neue Abrüstungsformate eingebunden werden, so die russische Führung, müsse das auch für Frankreich und das Vereinigte Königreich gelten. Allerdings müssten russische Verteidigungspolitiker auch ein Eigeninteresse daran haben, dass China sich an zukünftigen Rüstungskontrollbemühungen beteiligt, auch wenn Moskau öffentlich auf die sich vertiefende strategische Zusammenarbeit mit Peking verweist. Denn China hat in den vergangenen Jahren massiv in landgestützte Raketen zur sogenannten Bereichsverweigerung (Anti-Access/Area Denial) investiert.

Andererseits argumentieren russische Experten, Russlands Kooperation mit China falle in die Bereiche strategische Raketenabwehr sowie Luft- und Marineübungen. Moskau sei an einer verstärkten Kooperation besonders auf diesen Feldern interessiert, da sie sich gegen militärische Kapazitäten der USA richteten. Das wiederum würde Russlands ambivalente Position zur Einbeziehung Chinas in Rüstungskontrollgespräche erklären. Dann nämlich hätte Moskau eine genuine Motivation, eine sino-russische Interessenkonvergenz zu forcieren, und zwar für den Fall, dass die bislang bestehende amerikanisch-russische Rüstungskontrolle vollständig wegbricht.

Präsident Putin kündigte auf dem Valdai-Diskussionsforum Anfang Oktober 2019 an, dass Russland China bei der Entwicklung eines Frühwarnsystems zur Raketenerkennung helfen werde. Eine solche Kooperation in der Hochtechnologie wäre Ausdruck einer strategischen Gewichtsverschiebung, denn sie würde Russlands schleichende Abwendung vom Westen auf technischer Ebene festigen und es politisch erschweren, diese Entwicklung wieder umzukehren.

Fraglich ist darüber hinaus, ob russische und amerikanische Militärs das Ende des INF-Vertrags wirklich als nachteilig betrachten. Schließlich haben beide Staaten inzwischen zahlreiche luft- und seegestützte Mittelstreckenraketen entwickelt, die parallel zu den vom INF-Vertrag erfassten landgestützten Varianten legal in Dienst gestellt werden konnten. Russland zum Beispiel hat im Zuge seiner Militäroperation in Syrien die Fähigkeit demonstriert, seegestützte Marschflugkörper von Schiffen im Kaspischen Meer aus einzusetzen. Ungeachtet militärischer Implikationen entfaltet der Wegfall des INF-Vertrags politische Symbolwirkung, denn Rüstungskontrolle bleibt ein wichtiges Instrument, um Gefahren- und Risikoperzeptionen zu verringern, da gegenseitiger Informationsaustausch, Transparenz und Verifikation sicherheitsfördernd wirken.

Die Zukunft von New START

New START ist derzeit (nach dem 2002 durch die USA aufgekündigten Anti-Ballistic Missile-Vertrag) das letzte verbleibende russisch-amerikanische Vertragswerk zur Reduzierung von als »strategisch« kategorisierten Nuklearwaffen. Strategische Kernwaffen sind Kernwaffen mit großer Sprengkraft, die nicht auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden, sondern das Potenzial haben, Ziele wie etwa ganze Städte im gegnerischen Hinterland zu zerstören. »Taktische« Kernwaffen hingegen sind als nukleare Gefechtsfeldwaffen zum Einsatz gegen gegnerische Streitkräfte konzipiert. Wird New START nicht verlängert, wären vertragliche Neuregelungen erforderlich, die nach dem Ende des INF-Vertrags nicht nur Mittelstreckenraketen, sondern auch strategische Nuklearwaffen einbeziehen. Zugleich müsste aufgrund neuer technologischer Möglichkeiten und der Existenz nuklearer Drittstaaten Rüstungskontrolle umfassend neu konzipiert werden. Der Begriff strategische Stabilität müsste in einem New-START-Folgevertrag jenseits von numerischen Zielmarken und Zählregeln für nukleare Sprengköpfe erweitert werden.

Hatte Russland zwischen 2011 und 2016 noch gedroht, New START zu kündigen, falls die US-amerikanische Raketenabwehrentwicklung außerhalb dieses Vertragswerks weiter voranschreiten sollte, so wurde die russische Position nach 2016 neu justiert. Russland betont nun seinen Wunsch, New START zu erhalten, entwickelt parallel dazu aber selbst Atomwaffen jenseits des Vertrags.

Der Hyperschall-Gleitflugkörper »Awangard« (der sowohl konventionelle als auch nukleare Sprengköpfe tragen kann) und die Interkontinentalrakete »Sarmat« würden laut Moskau beide vom New-START-Vertragswerk erfasst und können somit auch vor Ort inspiziert werden. Jedoch bezweifelt die US-Administration vor allem den militärstrategischen Sinn neuer, nicht von New START erfasster Systeme, namentlich des russischen Kinshal-Raketensystems, des nukleargetriebenen Marschflugkörpers Burewestnik und des ebenfalls nukleargetriebenen Langstreckentorpedos Poseidon. Die Entwicklung solcher Waffen, die *nicht* als strategische Waffensysteme kategorisiert sind, lassen sich als Versuch deuten, über ihre Indienstellung neue Fakten zu schaffen, die neue Rüstungskontrollgespräche erfordern.

Dabei hatte Moskau eine Verlängerung des New-START-Vertrags zunächst an Bedingungen geknüpft. So führte Außenminister Lavrov im März 2019 aus, es sei bislang nicht verifiziert worden, dass die USA die Konversion bestimmter Waffenkategorien zu New-START-konformen-Systemen tatsächlich vorgenommen haben. Solche Vorbedingungen wurden anschließend jedoch nicht mehr öffentlich wiederholt. Präsident Putin

schlug Anfang Dezember 2019, und zuletzt im Oktober 2020 sogar vor, den New-START- Vertrag »ohne Vorbedingungen« zu verlängern. Russland ist mit seinen Ideen zu einer möglichen Zukunft von New START bis auf höchster politischer Ebene darum bemüht, sich als Bewahrer dieses letzten bestehenden bilateralen Rüstungskontrollvertrags zu präsentieren. Angesichts einer in weiten Teilen der Welt als disruptiv wahrgenommenen Außenpolitik der Trump-Administration positioniert sich Russland vorsorglich auf der »richtigen« Seite der Geschichte für den Fall, dass die Verlängerung scheitert.

Der obstruktive Diskurs Trumps und der US-amerikanischen Rückzug aus anderen internationalen Vereinbarungen wie dem Atomabkommen mit Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) vom Juli 2015 geben dem russischen Narrativ, Moskau tue alles zur Rettung der globalen Rüstungskontrollarchitektur, starken Aufwind. Das Ausscheiden der US-Regierung aus dem Vertrag über den Offenen Himmel, das im Mai 2020 verkündet wurde, befeuert die Krise in der Rüstungskontrollpolitik zusätzlich.

Russlands Interesse an einer Vertragserhaltung speist sich darüber hinaus aus einer politischen und einer militärstrategischen Motivation. Dieses Regelwerk kodifiziert eine US-russische nukleare Parität und schreibt damit aus russischer Sicht einen Großmachtstatus auf Augenhöhe mit den USA fest. Militärstrategisch dient New START dazu, die russische Zweitschlagkapazität abzusichern. Russland verfolgt, ebenso wie die USA, eine Politik des Verzichts auf den nuklearen Erstschlag, denn beide Seiten verfügen über überlebensfähige Nuklearwaffen (Triade), die auf einen Erstschlag mit einem ebenfalls vernichtenden Gegenschlag (Zweitschlag) antworten können. Die Verteilung der Kernwaffen über die nukleare »Triade« auf mehrere Plattfortmtypen (Interkontinentalraketen, U-Boot-gestützten ballistischen Raketen und strategischen Bombern) soll die Schlagkraft und somit Überlebensfähigkeit einer Nuklearmacht im Konfliktfall sicherstellen. Die Entwicklung neuer strategischer und substrategischer Nuklearwaffen in Russland mag in Teilen eine Konsequenz aus einer Bedrohungswahrnehmung sein, der zufolge US-Raketenschirme und konventionelle militärische Überlegenheit diese Zweitschlagkapazität unterlaufen. Im Ergebnis wertet es außenpolitisch aber vor allem die Rolle von Kernwaffen als Garanten für diesen Großmachtstatus auf. Dieser Befund illustriert den klassischen sicherheitspolitischen Zielkonflikt zwischen Abrüstungsbestrebungen einerseits und dem Abschreckungsgedanken andererseits. Russlands am 2. Juni veröffentlichte Leitlinien für nukleare Abschreckung (»Dekret Nr. 355«) bewegen sich ebenfalls in diesem Spektrum. Mit dem Dekret machte der Kreml zum ersten Mal die Grundlagen seiner

nuklearen Abschreckungspolitik öffentlich. Das Dokument fasst russische Bedrohungswahrnehmungen und nukleare Einsatzoptionen zusammen. Verbunden sind letztere mit einer impliziten Warnung an Länder, Organisationen und Koalitionen (gemeint ist die Nato), die Russland als »potenziellen Gegner« betrachten.

Neue Technologien, alte Ambivalenzen

Ein »escalate to de-escalate«-Ansatz lässt sich jedoch in Russlands Militärdoktrin und seiner nuklearen Einsatzpolitik nicht erkennen. Aus Sicht der US-Regierung jedoch verfolge Russland diesen Ansatz, mit dem es den möglichen Einsatz kleiner Nuklearsprengköpfe zur Abschreckung erwäge, um eine Eskalationsdominanz in regionalen Konflikten mit der Nato zu erzwingen. Die Schlussfolgerung, die Washington in der *US Nuclear Posture Review* aus dem Jahre 2018 zieht, lautet, dass die durch Moskaus Ansatz gefährdete Eskalationsdominanz wiederherzustellen sei: Die Trump-Administration beabsichtigt, das Nukleararsenal zu flexibilisieren, und erzeugt die Illusion, eine militärische Auseinandersetzung mit treffsicheren Nukleargefechtsköpfen geringer Sprengkraft (sogenannte mini nukes) sei durchführbar. Allerdings erschwert es eine solche Annahme, zwischen strategischen und substrategischen Systemen zu unterscheiden, und könnte die »Nuklearschwelle« senken. Sie könnte also genau das bewirken, wessen die russische Führung bezichtigt wird.

Eine derartige gegenseitige Gefahrenwahrnehmung, die auch in sukzessiven Strategiepapieren festgeschrieben ist, engt politische Optionen ein und beeinträchtigt auch den rüstungskontrollpolitischen Dialog. Während Washington daran interessiert ist, nicht-strategische russische Nuklearsysteme (wie die neueren Systeme Burewestnik, Kinshal und Poseidon, aber auch taktische russische Atomwaffen) in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen, möchte Moskau einen Dialog über nicht-nukleare strategische Waffensysteme eröffnen. Nicht-strategische nukleare Waffensysteme wie Kinshal, Burewestnik oder Poseidon werden vor diesem Hintergrund zum Verhandlungspfand, das es einzusetzen gelte, um den USA gleichwertige Konzessionen abzugewinnen. Aus russischer Sicht sind letztere vor allem wichtig in den Bereichen Raketenabwehr, bei dem US-amerikanischen *Prompt Global Strike*-System mit seiner Fähigkeit zu schnellen konventionellen Schlägen globaler Reichweite und der Satellitentechnologie, die aus Sicht Moskaus zur Militarisierung des Weltalls beitragen kann.

Die hierbei implizierte Bereitschaft, unterschiedliche Rüstungsgüter gegeneinander aufzurechnen, erklärt sich mit dem Streben nach Statusanerkennung über Rüstungskontrollverhandlungen. Nichts unterstreicht einen solchen wahrgenommenen Großmachtstatus auf Augenhöhe mit den USA so deutlich wie der Besitz von

Nuklearwaffen. Die USA und Russland verfügen nach wie vor über etwa 90 Prozent aller knapp 14 000 Atomwaffen weltweit. Solange der Wert von Nuklearwaffen einen solch hohen Stellenwert in der Selbstwahrnehmung russischer Außenpolitik einnimmt, besteht eine rüstungstechnologische Pfadabhängigkeit, die einerseits weitgehende Zugeständnisse unwahrscheinlich machen, andererseits den grundsätzlichen Dialog über Rüstungskontrolle begünstigen, da hierüber eine Ebenbürtigkeit unter Großmächten aufrechterhalten wird. »Status« impliziert jedoch nicht nur den Gewinn (politischer) Reputation. Gesprächsbereitschaft dient immer auch einem militärstrategischen Ziel, das noch höhere Priorität genießt, nämlich amerikanische Offensivwaffen zu regulieren, um die russische Zweitschlagkapazität zu sichern. Eine vertragliche Regelung ist deshalb wichtig, da sie für Berechenbarkeit sorgt.

Hinzu kommt erschwerend, dass neue technologische Möglichkeiten entwickelt wurden, etwa in den

Bereichen letale autonome Waffensysteme, Cyberkriegsführung und Militarisierung des Weltalls, und dass einige Systeme rechtlich bisher nicht erfasst wurden. Bei diesen handelt es sich um substrategische Nuklearwaffen, konventionelle Waffen mit strategischer Wirkung sowie see- und luftgestützte Mittelstreckenraketen. Aus diesen Gründen sind neue Ansätze in der Rüstungskontrolle dringlicher denn je, um zukünftige qualitative Rüstungswettläufe zu verhindern. Nachdem der US-Präsidentenwahlkampf 2020 notwendige politische Ressourcen gebunden hat, werden die Gespräche nach den Wahlen im November mit Blick auf das sich schließende Zeitfenster und die zahlreichen noch ungeklärten Streitthemen daher entscheidend an Fahrt aufnehmen müssen. Vor dem hier geschilderten Hintergrund ist es zumindest ermutigend, dass der designierte 46. Präsident der Vereinigten Staaten Joe Biden sich für eine Verlängerung von New START als Grundlage für einen neuen Dialog zur Rüstungskontrolle ausgesprochen hat.

Über den Autor

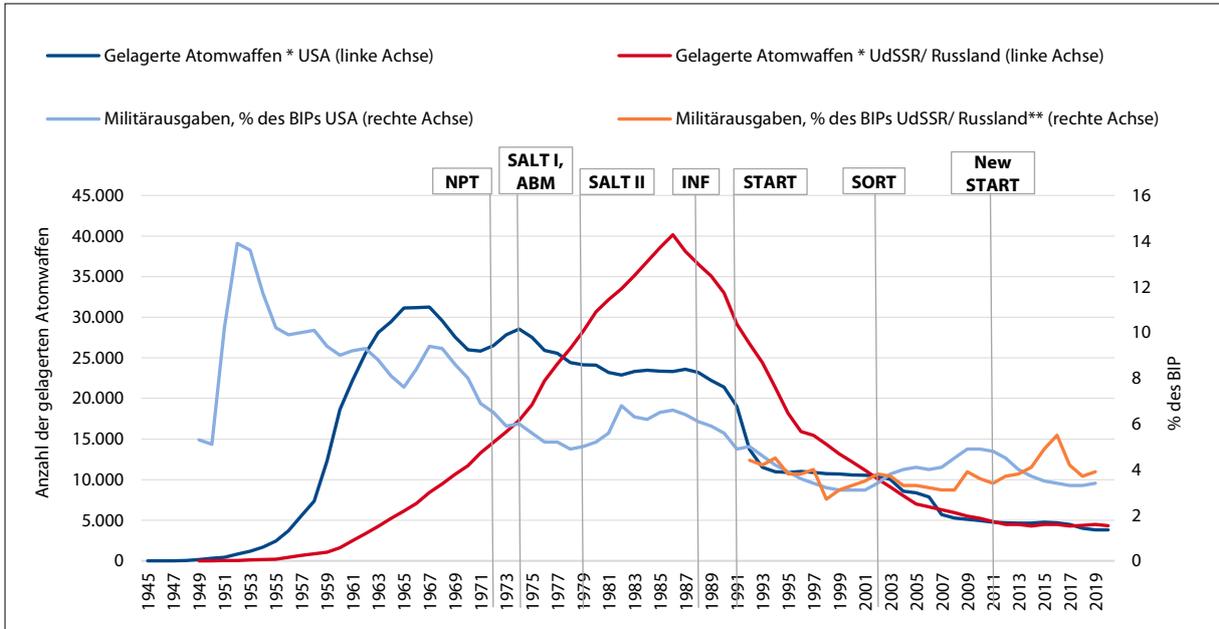
Dr. Moritz Pieper arbeitet seit Juli 2020 beim Auswärtigen Amt. Zuvor war er Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Von 2016 bis 2019 arbeitete er als Dozent an der University of Salford in Manchester. Er wurde 2015 an der University of Kent mit einer Arbeit zu chinesischen, russischen und türkischen Iranpolitiken promoviert. Seinen Doppelmaster in internationalen Beziehungen absolvierte er in Canterbury und Moskau, zuvor studierte er European Studies in Maastricht und Aix-en-Provence. Der Artikel gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

Eine ausführlichere Analyse der hier dargestellten Aspekte ist verfügbar als SWP-Studie (2020/S 12, Juni 2020): <https://www.swp-berlin.org/publikation/russland-und-die-nukleare-ruestungskontrolle/>.

STATISTIK

Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2020

Grafik 1: Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2020



Jahr	Gelagerte Atomwaffen *		Militärausgaben, % des BIPs		Abkommen
	USA	UdSSR/ Russland	USA	UdSSR/ Russland**	
1945	2				
1946	9				
1947	13				
1948	50				
1949	170	1	5,3		
1950	299	5	5,1		
1951	438	25	10,2		
1952	841	50	13,9		
1953	1.169	120	13,6		
1954	1.703	150	11,7		
1955	2.422	200	10,2		
1956	3.692	426	9,9		
1957	5.543	660	10		
1958	7.345	863	10,1		
1959	12.298	1.048	9,4		
1960	18.638	1.627	9		
1961	22.229	2.492	9,2		
1962	25.540	3.346	9,3		
1963	28.133	4.259	8,8		
1964	29.463	5.242	8,1		
1965	31.139	6.144	7,6		
1966	31.175	7.091	8,4		
1967	31.255	8.400	9,4		
1968	29.561	9.490	9,3		
1969	27.552	10.671	8,6		
1970	26.008	11.736	8		NPT
1971	25.830	13.279	6,9		
1972	26.516	14.600	6,5		SALT I, ABM
1973	27.835	15.878	5,9		
1974	28.537	17.286	6		
1975	27.519	19.235	5,6		
1976	25.914	22.165	5,2		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Grafik 1: Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2020 (Fortsetzung)

Jahr	Gelagerte Atomwaffen *		Militärausgaben, % des BIPs		Abkommen
	USA	UdSSR/ Russland	USA	UdSSR/ Russland**	
1977	25.542	24.281	5,2		
1978	24.418	26.169	4,9		
1979	24.138	28.258	5		SALT II
1980	24.104	30.665	5,2		
1981	23.208	32.146	5,6		
1982	22.886	33.486	6,8		
1983	23.305	35.130	6,3		
1984	23.459	36.825	6,2		
1985	23.368	38.582	6,5		
1986	23.317	40.159	6,6		
1987	23.575	38.107	6,4		
1988	23.205	36.538	6,1		INF
1989	22.217	35.078	5,9		
1990	21.392	32.980	5,6		
1991	19.008	29.154	4,9		START
1992	13.708	26.734	5	4,4	
1993	11.511	24.403	4,6	4,2	
1994	10.979	21.339	4,2	4,5	
1995	10.904	18.179	3,9	3,8	
1996	11.011	15.942	3,6	3,8	
1997	10.903	15.442	3,4	4	
1998	10.732	14.368	3,2	2,7	
1999	10.685	13.188	3,1	3,1	
2000	10.577	12.188	3,1	3,3	
2001	10.526	11.152	3,1	3,5	
2002	10.457	10.114	3,4	3,8	SORT
2003	10.027	9.076	3,8	3,7	
2004	8.570	8.038	4	3,3	
2005	8.360	7.000	4,1	3,3	
2006	7.853	6.643	4	3,2	
2007	5.709	6.286	4,1	3,1	
2008	5.273	5.929	4,5	3,1	
2009	5.113	5.527	4,9	3,9	
2010	4.950	5.215	4,9	3,6	
2011	4.763	4.858	4,8	3,4	New START
2012	4.680	4.500	4,5	3,7	
2013	4.650	4.480	4	3,8	
2014	4.650	4.300	3,7	4,1	
2015	4.760	4.500	3,5	4,9	
2016	4.670	4.500	3,4	5,5	
2017	4.480	4.300	3,3	4,2	
2018	4.000	4.350	3,3	3,7	
2019	3.800	4.490	3,4	3,9	
2020	3.800	4.310			

* Beinhaltet stationierte und nicht-stationierte strategische und nicht-strategische Sprengköpfe. Nicht erfasst sind ausrangierte Sprengköpfe, die demontiert werden sollen.

**1992–2012: Schätzungen von SIPRI

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database; <https://www.sipri.org/databases/milex>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2013): Global nuclear weapons inventories, 1945–2013 in: *Bulletin of the Atomic Scientist*, 69:5, S. 78; <https://doi.org/10.1177/0096340213501363>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2014): US nuclear forces, 2014 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 70:1, S. 86; <https://doi.org/10.1177/0096340213516744>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2014): Russian nuclear forces, 2014 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 70:2, S. 77; <https://doi.org/10.1177/0096340214523565>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2015): US nuclear forces, 2015 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 71:2, S. 108; <https://doi.org/10.1177/0096340215571913>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2015): Russian nuclear forces, 2015 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 71:3, S. 85; <https://doi.org/10.1177/0096340215581363>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2016): United States nuclear forces, 2016 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 72:2, S. 64; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1145901>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2016): Russian nuclear forces, 2016 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 72:3, S. 126; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1170359>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2017): United States nuclear forces, 2017 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 73:1, S. 49; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1264213>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2017): Russian nuclear forces, 2017 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 73:2, S. 116; <https://doi.org/10.1080/00963402.2017.1290375>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2018): United States nuclear forces, 2018 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 74:2, S. 121; <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1438219>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2018): Russian nuclear forces, 2018 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 74:3, S. 186; <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1462912>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2019): United States nuclear forces, 2019 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 75:3, S. 123; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1606503>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2019): Russian nuclear forces, 2019 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 75:2, S. 74; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1580891>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2020): United States nuclear forces, 2020 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 76:1, S. 47; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1701286>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2020): Russian nuclear forces, 2020 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 76:2, S. 104; <https://doi.org/10.1080/00963402.2020.1728985>

Strategische Stabilität im 21. Jahrhundert

Liana Fix (Körper-Stiftung, Berlin),

Ulrich Kühn (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg)

DOI: 10.31205/RA.393.02

Zusammenfassung

Strategische Stabilität im 21. Jahrhundert muss neu gedacht werden, um alle relevanten Akteure einzubeziehen und neuen technologischen Herausforderungen zu begegnen. Die USA, Russland, China und Europa pflegen jeweils unterschiedliche nationale bzw. regionale Definitionen und Perspektiven auf strategische Stabilität sowie Bedrohungswahrnehmungen. Insbesondere die Asymmetrie in Fähigkeiten zwischen den USA und Russland auf der einen Seite und China auf der anderen Seite erfordert innovative Konzepte in der Rüstungskontrolle. Deutschland kann als Vermittler zwischen den Großmächten eine wichtige Rolle spielen.

Einleitung

Im 21. Jahrhundert sind Sicherheit und Stabilität akut bedroht. Die Erosion bestehender Rüstungskontrollabkommen und der zunehmende Wettstreit zwischen den Großmächten USA, Russland und China fördern die Gefahr eines neuen, auch durch technologischen Fortschritt angetriebenen globalen Rüstungswettlaufs. Gleichzeitig sind alle Formen der Kooperation auf dem Rückzug. Diese Entwicklungen erfordern innovative Ansätze, um die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Großmächten und weiteren beteiligten Akteuren zu fördern. Ein Neudenken des Konzepts der strategischen Stabilität kann dazu beitragen, dass die Rivalität zwischen den Großmächten nicht in einen offenen Konflikt abgleitet.

Vor diesem Hintergrund haben die Körper-Stiftung und das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) die Körper Strategic Stability Initiative gegründet. Dieses Projekt versammelt eine Gruppe von Expertinnen und Experten aus China, Russland, den USA und Europa (Frankreich, Großbritannien und Deutschland), um in einem vertrauensvollen Rahmen neue Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln. Einige Zwischenergebnisse werden hier dargelegt.

Warum Strategische Stabilität?

In der klassischen Definition stellt strategische Stabilität ein Gleichgewicht der Abschreckung dar: eine Situation, in der für beide Seiten die negativen Folgen eines militärischen Konfliktes unter Einsatz von Nuklearwaffen den Anreiz, einen solchen Konflikt zu beginnen, überwiegen. Dies beinhaltet zum Beispiel die Fähigkeit, einen nuklearen Zweitschlag durchführen zu können, als auch die Reduzierung von Anreizen, das eigene Nuklearwaffenarsenal weiter auszubauen und zu einem Rüstungswettlauf beizutragen, der zu Kriseninstabilität führt. Anders gesagt: Strategische Stabilität ist eine Situation, in der Nuklearwaffen den Vorteil der Abschreckung bieten, ohne Anreize für einen Ersteinsatz zu schaffen.

In einer gemeinsamen Erklärung zwischen der Sowjetunion (1990) und den USA (<https://bush41library.tamu.edu/archives/public-papers/1938>) im Zusammenhang des Start I Vertrages wurde das Konzept erstmals offiziell verankert als ein erstrebenswerter Zustand zwischen den Großmächten, um den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern, und eng verbunden mit dem Ziel einer weiteren Reduktion von Nuklearwaffenarsenalen.

Dieses Konzept beschrieb daher hauptsächlich einen Zustand aus Zeiten des Kalten Krieges, der auf einer bilateralen Großmächtebeziehung zwischen den USA und der Sowjetunion beruhte sowie auf den Einsatz von Nuklearwaffen konzentriert war. Seitdem setzt sich die Erkenntnis durch, dass strategische Stabilität im 21. Jahrhundert neu gedacht werden muss:

Erstens muss eine größere Anzahl von Akteuren einbezogen werden, allen voran China – trotz der Asymmetrie in konventionellen und nuklearen Fähigkeiten zwischen den USA und Russland auf der einen Seite, und China auf der anderen Seite. Während das Nuklearwaffenarsenal Russlands und der USA deutlich größer ist als das Chinas, verfügt China über einen Vorteil bei konventionellen, bodengestützten Raketen. Diese Asymmetrie stellt eine große Herausforderung bei der Konzeption einer neuen Rüstungskontrollarchitektur und zukünftiger Rüstungskontrollabkommen dar.

Zweitens kann sich das Konzept der strategischen Stabilität nicht mehr nur auf Nuklearwaffen konzentrieren, sondern muss andere Technologien berücksichtigen, die Einfluss auf strategische Stabilität nehmen. Dazu gehören hypersonische Waffen ebenso wie präzise konventionelle strategische Waffen, Raketenabwehr, und domänenübergreifende

Herausforderungen. Hinzu kommen die Bereiche Weltall, Cyber und KI. Es geht in zukünftiger Rüstungskontrolle daher nicht mehr nur um die Quantität, sondern immer mehr um die Qualität der Waffensysteme.

Aus diesen Gründen ist ein Neudenken des traditionellen Konzepts der strategischen Stabilität notwendig. Konsensfähig war für die Teilnehmenden der Körber Strategic Stability Initiative eine Definition, die strategische Stabilität als einen Zustand beschreibt, der darauf abzielt, alle Risiken für ein mögliches Abschreckungsversagen (das heißt einen nuklearen Ersteinsatz) zu minimieren: von strategischen bis hin zu technischen Risiken sowie menschlichem Führungsversagen.

Regionale Perspektiven

Die USA, Russland, China und Europa pflegen unterschiedliche nationale bzw. regionale Definitionen und Perspektiven auf strategische Stabilität. Die Identifikation einer kohärenten nationalen bzw. regionalen Definition und Perspektive wird dadurch erschwert, dass auch die ExpertInnen-Communities in den jeweiligen Ländern und Regionen unterschiedliche Definitionen und Diskurse von und über strategische Stabilität pflegen – von engen Definitionen, zum Beispiel der Reduzierung von Anreizen für einen Erstschatz, bis hin zu breiten Definitionen, wie die Abwesenheit von militärischen Konflikten und Rivalität oder allgemein die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen. Auch innerhalb der nationalen und regionalen ExpertInnen-Communities gibt es unterschiedliche Schwerpunkte. Dennoch lassen sich Tendenzen in den jeweiligen Ländern und Regionen erkennen:

In den **USA** ist strategische Stabilität mehrheitlich eng definiert im Sinne der Vermeidung eines Ersteinsatzes sowie eines Rüstungswettlaufs. Das Verständnis darüber, wie strategische Stabilität in einem neuen internationalen und militärtechnischen Kontext erhalten werden kann, variiert jedoch signifikant und mehr als in jedem anderen Land von Administration zu Administration. In der Trump-Administration wurde der Schwerpunkt auf einen Einbezug Chinas gelegt – um (fast) jeden Preis, auch einer Nicht-Verlängerung des New START Abkommens.

In **Russland** wird strategische Stabilität ebenfalls als Vermeidung eines Nuklearkriegs und eines Rüstungswettlaufs betrachtet (inklusive einer Zweitschlagfähigkeit und der Minimierung von Anreizen für einen Ersteinsatz.) In dieser Definition ist strategische Stabilität zu einem grundlegenden Prinzip russischer Außenpolitik und dem russischen Blick auf das internationale System geworden. Jedoch gibt es unterschiedliche Ansichten, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Aus Moskauer Perspektive müssen auch europäische Nuklearstaaten in nukleare Rüstungskontrolle einbezogen werden, bevor über den Einbezug Chinas diskutiert werden kann. Außerdem wird von einigen Expertinnen und Experten in Frage gestellt, ob die enge Verbindung zwischen strategischer Stabilität und der Reduktion von Nuklearwaffenarsenalen, wie sie zu Zeiten des Kalten Krieges gegeben war, auch im 21. Jahrhundert weiterhin zwingend und notwendig ist. Strategische Stabilität ist kein Synonym für nukleare Abrüstung, argumentieren einige Experten wie Sergej Karaganow und Dmitri Suslow.

In **China** dominiert ein breiteres Verständnis von strategischer Stabilität als einem Gleichgewicht der Großmächte, das gekennzeichnet ist durch die Abwesenheit von Krisen, die Anerkennung friedlicher Ko-Existenz, und Respekt vor den Kern-Sicherheitsinteressen und Einflussphären anderer Akteure. Ein engeres Verständnis von strategischer Stabilität ist hauptsächlich begrenzt auf akademische Zirkel mit direkten Verbindungen zu westlichen Diskursen, und erstreckt sich nicht auf außenpolitische oder sicherheitspolitische Kreise. Gleichzeitig hegen diese Kreise ein großes Misstrauen gegenüber US-amerikanischen Einladungen, der bisher bilateralen Rüstungskontrollarchitektur zwischen den USA und Russland beizutreten. Aus chinesischer Perspektive könnte Washington Rüstungskontrolle als ein Instrument nutzen, um China sicherheitspolitisch einzudämmen, und sich selbst gleichzeitig von bestehenden Abkommen und Restriktionen freizumachen. Insbesondere könnte der Vorsprung an Expertise und Erfahrung in der Verifikation genutzt werden, um China irrezuführen, so die Sorge. Das geht einher mit einer generellen Skepsis gegenüber Rüstungskontrolle als ein Mittel mächtiger Staaten um schwächere Staaten zu dominieren. Es fehlt die gemeinsame positive Erfahrung aus Zeiten des Kalten Krieges, die Russland und die USA verbindet.

Der Diskurs in **Europa** fokussiert sich hauptsächlich auf Fragen der Abrüstung und Nichtverbreitung und vernachlässigt regelmäßig andere kritische Aspekte wie Abschreckung. Gleichzeitig ist Europas geographische Position ein wichtiger Grund für eine stärkere Rolle Europas in Diskussionen über strategische Stabilität zwischen den USA, Russland und China, die über die Rolle als US-Alliierte im Rahmen der erweiterten Abschreckung hinausgeht. Europa muss langfristig eine gemeinsame Stimme finden. Die Initiativen des französischen Präsidenten Macron gehen in eine solche Richtung.

Bedrohungswahrnehmungen

Was sind heute die größten Bedrohungen für strategische Stabilität aus Perspektive der USA, Russland, China und Europa? Hier zeigt sich eine deutliche Überlappung bei den russischen und chinesischen Bedrohungswahrnehmungen.

gen, die sich vor allem auf US-amerikanische defensive und offensive Fähigkeiten beziehen. Für die USA sind es vor allem Chinas und Russlands konventionelle regionale Fähigkeiten in Europa und Ostasien, die für US-amerikanische Allianzverpflichtungen in diesen Regionen eine Bedrohung darstellen. Europa hingegen ist aus der Perspektive aller Akteure auf der Nehmer- anstatt auf der Geberseite bei möglichen Bedrohungsszenarien.

Aus **US-amerikanischer Perspektive** ist die größte Herausforderung für strategische Stabilität heute eine Bedrohungslage für Alliierte im Zusammenhang mit regionalen Machtspielen in Europa und Ostasien. Konkret sind dies Chinas und Russlands konventionelle regionale Fähigkeiten, die die der USA übertreffen könnten, sowie Chinas und Russlands substrategische nukleare Systeme, also Systeme mit einer geringeren Reichweite als strategische Nuklearwaffen. Darüber hinaus wurden der Einfluss von neuen Technologien auf nukleare Eskalationen, Fehlwahrnehmungen und der Mangel an konstruktiven Dialogformaten zwischen den USA, Russland und China genannt. Uneinigkeit bestand darüber, ob die aktuelle Krise der Rüstungskontrolle eine Bedrohung für strategische Stabilität darstellt aus Perspektive der USA.

Aus **russischer Perspektive** ist die Weiterentwicklung und Diversifizierung US-amerikanischer offensiver und defensiver Fähigkeiten, inklusive konventioneller Fähigkeiten, eine Bedrohung für strategische Stabilität. Dies geht einher mit der mangelnden US-amerikanischen Bereitschaft – aus russischer Sicht – diese Fähigkeiten zu reduzieren oder sich auf gegenseitig akzeptierte Regeln in Zeiten zunehmender Konfrontation zu einigen. Eine ähnliche Bedrohungswahrnehmung mit Blick auf strategische Stabilität herrscht auf **chinesischer Seite** vor. Die ablehnende Haltung der USA, wechselseitige nukleare Verwundbarkeit als Prinzip in den US-chinesischen Beziehungen zu akzeptieren, trägt dazu ebenso bei wie die Entwicklung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme, zum Teil in Zusammenarbeit mit Alliierten, und weiterer strategisch-offensiver Fähigkeiten.

Für **Europa** wurden die Themen zunehmende Großmächterivalität, inklusive neue Rüstungswettläufe, und die aktuelle Krise der Rüstungskontrolle diskutiert als Herausforderung für strategische Stabilität. Die größte Bedrohung aus europäischer Sicht stellt jedoch ein mögliches sicherheitspolitisches »Verlassen werden« durch die USA dar.

Größte Bedrohung für strategische Stabilität für...					
	USA	Europa	Russland	China	
Aus Sicht der...	US-amerikanischen Teilnehmenden	<ul style="list-style-type: none"> • Chinas und Russlands konventionelle regionale Fähigkeiten, die die der USA übertreffen könnten • Einfluss »neuer Technologien« auf potenzielle nukleare Eskalationen • Chinas und Russlands substrategische nukleare Systeme • Fehlwahrnehmungen in Planung und Aufstellung sowie Mangel an konstruktiven Dialogformaten zwischen den USA, Russland und China 	<ul style="list-style-type: none"> • Gefangensein zwischen den USA und China oder von den USA verlassen werden 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanisches Streben nach strategischer Unverwundbarkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanisches Streben nach strategischer Unverwundbarkeit
	Europäischen Teilnehmenden	<ul style="list-style-type: none"> • Risiko eines begrenzten Nuklearwaffeneinsatzes gegenüber Alliierten in einem regionalen Kontext 	<ul style="list-style-type: none"> • Von den USA verlassen werden 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanische konventionelle <i>counter-force</i> Fähigkeiten für offensive und defensive Zwecke 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanische konventionelle <i>counter-force</i> Fähigkeiten für offensive und defensive Zwecke
	Russischen Teilnehmenden	<ul style="list-style-type: none"> • Chinas mangelnde Bereitschaft sich an Rüstungskontrolle zu beteiligen • Antisatellitenwaffen • Russisches destabilisierendes Verhalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Russische taktische Nuklearwaffen • Aggressives russisches Verhalten in Europa, inklusive Cyber-Attacken • Niedergang der Rüstungskontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> • Konstante Entwicklung und Diversifizierung US-amerikanischer offensiver und defensiver Fähigkeiten, inklusive konventioneller Fähigkeiten • Mangelnde Bereitschaft diese Fähigkeiten zu limitieren oder sich auf gegenseitig akzeptierte Regeln zu einigen in Zeiten zunehmender politischer Konfrontation 	<ul style="list-style-type: none"> • US-Politik der Eindämmung Chinas • Zunahme US-amerikanischer offensiver Waffen in Asien (inklusive INF-Klasse-Waffen) • US-amerikanische Raketenabwehr

		Größte Bedrohung für strategische Stabilität für...			
		USA	Europa	Russland	China
Aus Sicht der...	Chinesischen Teilnehmenden	<ul style="list-style-type: none"> • Chinas regionaler militärischer Vorteil im Asien-Pazifik-Raum, inklusive neuer Technologien wie AI für domänenübergreifende Abschreckung 	<ul style="list-style-type: none"> • Rüstungswettläufe zwischen den Großmächten • Niedergang von Rüstungskontrollverträgen wie INF • Unsichere Beziehung zu den USA 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanische Raketenabwehr • Militärische Fähigkeiten im Weltraum • Konventionelle Angriffe durch die USA/NATO 	<ul style="list-style-type: none"> • US-amerikanische Ablehnung des Prinzips von wechselseitiger Verwundbarkeit, Entwicklung von Raketenabwehr und anderen strategisch-offensiven Fähigkeiten (teils in Zusammenarbeit mit Alliierten)

Asymmetrie als Herausforderung für strategische Stabilität

Strategische Stabilität im 21. Jahrhundert muss neue Akteure, insbesondere China, mit einbeziehen. Gleichzeitig stellt die Asymmetrie in den Nuklearwaffenarsenalen und konventionellen strategischen Waffen zwischen den USA und Russland auf der einen Seite und China auf der anderen Seite eine Herausforderung dar für die Konzeption von zukünftigen Rüstungskontrollabkommen. Um die Sicherheitsbedürfnisse aller Länder zu berücksichtigen und diese Asymmetrie abzubilden, wird es daher neue, innovative Modelle in der Rüstungskontrolle benötigen. Diese können zum Beispiel konventionelle strategische Waffen als auch Nuklearwaffen in einem integrierten Abkommen einbeziehen – eine Kombination von New START und INF-Maßnahmen, die zum Beispiel übergreifende Obergrenzen für eine Kombination unterschiedlicher Systeme setzen. Dafür sind verschiedene Varianten denkbar.

Die Erarbeitung solcher Modelle kann in unterschiedlichen Formaten passieren. Die USA, China und Russland sollten bereit sein, Asymmetrien auf unterschiedlichen Ebenen zu adressieren – bilateral, trilateral oder in multilateralen Gesprächen, abhängig von dem jeweiligen Thema und den Akteuren, die davon betroffen sind. Die Formate sollten sich anpassen an die Inhalte, nicht umgekehrt. Insbesondere die Einbindung Chinas in trilaterale Rüstungskontrolle wird ein langwieriger Prozess sein, der kurz- und mittelfristig keine konkreten Verhandlungen oder gar Reduktionen verspricht.

In der Zwischenzeit stellen vertrauensbildende Maßnahmen eine wichtige Überbrückung dar. Eine »Sozialisierung« chinesischer Expertinnen und Experten in Dialogformaten kann kurzfristig erfolgsversprechender sein, um zu einer gemeinsamen Sichtweise zu gelangen, was Rüstungskontrolle bewirken kann, Erfahrungen und Expertise auszutauschen, und eine Entfremdung der Communities in Zeiten verstärkter Spannungen zu vermeiden. Solche Gespräche könnten sich zum Beispiel auf die Nützlichkeit und technische Umsetzbarkeit von Verifikationsmaßnahmen fokussieren.

Langfristig sollte eine trilaterale Rüstungskontrolle zwischen den USA, Russland und China auf engen und weniger kontroversen Themen aufgebaut werden, zum Beispiel durch Absichtserklärungen, die nuklearen Systeme der jeweils anderen Seite nicht durch Cyber-Attacken anzugreifen. Ebenso ist es sinnvoll, trilaterale Gespräche im konventionellen Bereich zu beginnen. Eine Alternative zu trilateraler Rüstungskontrolle stellen bilaterale Abkommen zwischen den USA und Russland auf der einen Seite, und zwischen den USA und China auf der anderen Seite dar, um Asymmetrien zu adressieren. Darüber hinaus stellt asymmetrische Rüstungskontrolle einen nützlichen Rahmen dar, um neue Technologien in zukünftigen Rüstungskontrollabkommen einzubinden.

Schlussfolgerung

Erst nach einer möglichen Verlängerung oder nicht-Verlängerung des New START-Vertrages wird sich zeigen, ob eine neue Rüstungskontrollarchitektur, der das Konzept der strategischen Stabilität zu Grunde liegt, auf den Ruinen der bisherigen Ordnung von Grund auf neu konstruiert werden muss, oder ob es auf bestehende Strukturen und Abkommen aufbauen kann. Sollte das nicht der Fall sein, droht nichts weniger als ein neues nukleares Wettrüsten. Um strategische Stabilität auch im 21. Jahrhundert als Zustand zwischen den Großmächten zu erreichen, müssen die USA, Russland und China von einem gemeinsamen Verständnis aus operieren, dass strategische Unverwundbarkeit nicht auf Kosten anderer Akteure verfolgt werden darf. Rüstungskontrolle ist ein wichtiges Instrument, um strategische Stabilität zu erreichen, es darf jedoch nicht missbraucht werden, um andere Akteure zu unilateralen Zugeständnissen zu zwingen. Kompromissfähigkeit ist die Grundvoraussetzung für Erfolg.

Berlin kann hier als vertrauensvoller Partner eine wichtige Rolle spielen und eine Plattform sein für Gespräche zwischen den USA, Russland und China – auf offizieller und auf Experten-Ebene. Konkrete, pragmatische Ideen für Teilbereiche der Rüstungskontrolle sind notwendig. Es geht aber auch darum, gemeinsam mit europäischen Partnern Druck aufzubauen: Eine Rückkehr zu Wettrüsten und nuklearer Instabilität ist nicht im Interesse der Europäer, und kann auch nicht im Interesse der Großmächte sein.

Informationen über die AutorInnen und eine Bibliografie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die AutorInnen

Liana Fix ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Historikerin und arbeitet als Programmleiterin im Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung zu den Themen Russland, Osteuropa sowie europäische Sicherheit und Rüstungskontrolle.

Dr. *Ulrich Kühn* ist Leiter des Forschungsbereichs »Rüstungskontrolle und Neue Technologien« am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Bibliografie

- Arbatov, Santoro, Zhao (2020), Trilateral Arms Control? Perspectives from Washington, Moscow, and Beijing, Research Report #002, Institute for Peace Research and Security Policy.
- Gavin, Francis J. (2019), Nuclear Weapons and the Future of American Grand Strategy, SAIS Review of International Affairs, vol. 39 no. 2, p. 5–16.
- Karaganov and Suslov (2019), The New Understanding and Ways to Strengthen Multilateral Strategic Stability, Report, Higher School of Economics.
- Rubin and Stulberg (2018), Introduction, The End of Strategic Stability? Nuclear Weapons and the Challenge of Regional Rivalries, Georgetown University Press, pp. 1–20.
- Schelling and Halperin (1961), Strategy and Arms Control, New York: Twentieth Century Fund.
- Williams, Heather (2019), Asymmetric arms control and strategic stability: Scenarios for limiting hypersonic glide vehicles, The Journal of Strategic Studies, vol. 42 no. 6, p. 789–813.

STATISTIK

Atomstreitkräfte Russlands, der USA und Chinas 2019

Tabelle 1: Atomstreitkräfte Russlands, der USA und Chinas 2019

	Russland	USA	China
Verteidigungsausgaben insgesamt	65 Mrd. USD	732 Mrd. USD	261 Mrd. USD
Ausgaben für Nuklearstreitkräfte 2016	11 Mrd. USD	35 Mrd. USD	Unbekannt
Stationierte strategische Atomsprengköpfe	1.600	1.600	320
Interkontinentalraketen	318 Interkontinentalraketen	400 Interkontinentalraketen	187 landgestützte Marschflugkörper
U-Boot-gestützte ballistische Raketen	160	240	48
Schwere Bomber	68	107	20
Nicht-strategische Waffen	1.820	230	Unbekannt

Quelle: Russell, Martin (2020): Briefing Russia, arms control and non-proliferation, S. 11, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments; [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2020\)652100](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2020)652100)

Konventionelle Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung mit Russland

Alexander Graef (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Hamburg)

DOI: 10.31205/RA.393.03

Zusammenfassung

30 Jahre nach seiner Entstehung stehen das europäische Rüstungskontrollregime und die militärische Vertrauensbildung am Scheideweg. Moskau ist bereits seit Dezember 2007 nicht mehr an der Umsetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) beteiligt. Die Reform des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (WD) stockt seit 2011. Auch die Zukunft des Vertrags über den Offenen Himmel (OH-Vertrag) ist seit dem angekündigten Austritt der USA gefährdet. Ohne eine Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen der NATO und Russland wird die militärische Stabilität in Europa weiter geschwächt.

Einleitung

Die Geschichte der konventionellen Rüstungskontrolle und militärischen Vertrauensbildung in Europa ist vergleichsweise kurz. Ihre politischen Ursprünge liegen zwar in den frühen 1970er Jahren. Die eigentliche Umsetzung begann jedoch erst in der kurzen Periode zwischen 1989 und 1992 und fiel mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion zusammen. Möglich wurde dies vor allem durch den von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow eingeleiteten Politikwechsel in der Sowjetunion. Neben den auf die Innenpolitik gerichteten Ideen von *Glasnost* und *Perestroika*, läutete er mit dem *Neuen Denken* und dem Prinzip der *vernünftigen Hinlänglichkeit*, das die Rüstung auf einem für Verteidigungszwecke notwendigen Niveau beschränken sollte, auch in der Außen- und Militärpolitik einen unerwarteten Wandel ein.

Im Dezember 1988 kündigte Gorbatschow die Reduktion der sowjetischen Armee um eine halbe Million Soldaten und den Abzug von insgesamt sechs Divisionen aus Ungarn, der damaligen Tschechoslowakei und der DDR an. Diese und weitere Initiativen Moskaus forderten nach Inkrafttreten des INF-Vertrags im Juni 1988 auch die USA heraus, die in der Rüstungskontrolle eigene Akzente setzen wollten. Im Mai 1989 griff Präsident George H. Bush die ursprüngliche, von Präsident Eisenhower in den 1950er Jahren verfolgte Idee eines Vertrags über den Offenen Himmel (OH-Vertrag) wieder auf. Dieser sollte eine gegenseitige Luftüberwachung ermöglichen und damit Transparenz und Vertrauen stärken. Erste Verhandlungen begannen 1990 auf den Konferenzen in Ottawa und Budapest und führten im März 1992 zur Unterzeichnung des Vertrags, der 2002 in Kraft trat. Heute finden im Durchschnitt 100 jährliche Überflüge nach festgelegten Quoten statt.

Parallel dazu entwickelten die 35 Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 im Rahmen der Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) ab 1984 weitergehende Ideen, um militärische Transparenz und Vertrauensbildung auf dem Kontinent trotz anhaltender Systemkonfrontation zu fördern. Mit der Unterzeichnung des Abschlussdokuments 1986 in Stockholm wurde ein Durchbruch erzielt. Zum ersten Mal einigte man sich auf konkrete, überprüfbare und politisch verbindliche Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung, darunter die Notifikation von Truppenbewegungen sowie klare Richtlinien zur Beobachtung von Militärübungen. 1990 fanden diese in erweiterter Form Eingang in das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (WD), das seitdem vier Mal, zuletzt 2011, erneuert wurde.

Schließlich begannen NATO und die Mitglieder der Warschauer Vertragsorganisation (auch Warschauer Pakt, WVO) im März 1989 Verhandlungen über den späteren Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) in Wien. Ziel war die Abrüstung der großen konventionellen Waffenbestände, darunter Kampfpanzer und Artillerie, vor allem im geteilten Deutschland, in Mitteleuropa und in der Sowjetunion. Für die NATO ging es vor allem um den Abbau der numerischen Übermacht der WVO, die dadurch mögliche Flexibilisierung der nuklearen Abschreckung und die Reduktion der Erfolgsaussichten von großangelegten Überraschungsangriffen. Für die Sowjetunion unter Gorbatschow standen die Reduktion von Kosten und die langfristige Reform von Gesellschaft und Wirtschaft im Mittelpunkt.

Schon damals war allen Beobachtern bewusst, dass die konventionelle Rüstungskontrolle und die Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM)

nicht nur auf die Stabilisierung der Ost-West Beziehungen beschränkt bleiben würden. Vielmehr waren sie auch ein Mittel, das den politischen Umbruch begleiten und letztlich die sicherheitspolitische Ordnung in Europa neu definieren sollte. Mit der unerwarteten Auflösung von WVO und Sowjetunion 1991 wurde diese Funktion offensichtlich. Die eigentliche Implementierung der Rüstungskontrolle als Prozess, der in den 1990er Jahren einsetzte, hatte insofern das Ziel, die noch offene, neue politische Ordnung auf dem Kontinent zu festigen.

Konventionelle Rüstungskontrolle – Relikt des Kalten Krieges?

Fast 30 Jahre später steht die europäische Rüstungskontrollarchitektur am Scheideweg. Der KSE-Vertrag als ehemaliges Kernstück der europäischen Sicherheitsordnung ist seit seiner Suspendierung durch Moskau im Dezember 2007 politisch zahnlos. Seitdem finden in Russland weder Überprüfungen durch Inspektoren noch ein Informationsaustausch über den Bestand der vertraglich begrenzten Waffensysteme statt. Die NATO-Staaten haben ihre Implementierung gegenüber Russland Ende 2011 ebenfalls eingestellt. Im März 2015 zog sich Russland schließlich auch aus der Gemeinsamen Beratungsgruppe des Vertrags zurück und lässt seine Interessen seither von Belarus vertreten.

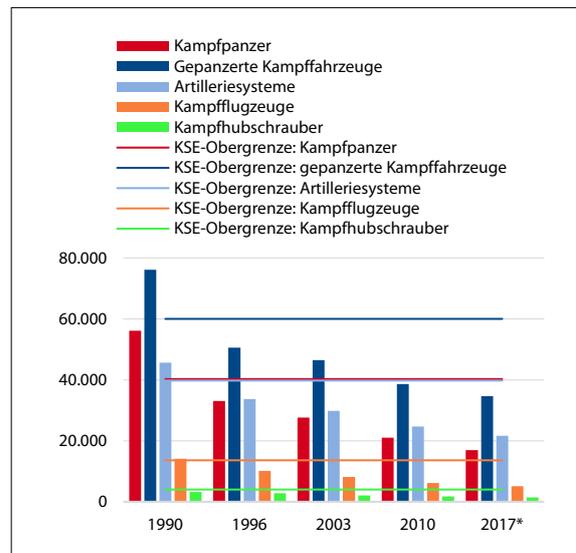
Für Russland lief der KSE-Vertrag vor allem auf eine Beschränkung der eigenen Stationierungs- und Bewegungsfreiheit in den so genannten Flankenzonen hinaus, die die ehemaligen Militärbezirke im Kaukasus und Leningrad umfassen. Zusätzlich war die Blockstruktur des Vertrags, die bis heute Bestand hat, bereits mit der Auflösung der WVO 1991 hinfällig geworden. Die drei baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – hatten bereits zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt, nicht mehr zum Anwendungsgebiet zu gehören. Aber auch die ersten beiden Erweiterungsrounds der NATO 1999 und 2004 führten die Struktur des KSE-Vertrags *ad absurdum*. Diese Anachronismen sollten mit dem im November 1999 unterzeichneten angepassten KSE-Vertrag (A-KSE) beseitigt werden. Er führte nationale Obergrenzen und ein verbessertes Informations- und Inspektionsregime ein, öffnete den Vertrag aber auch für neue Mitglieder.

Doch das Abkommen trat nie in Kraft. Während Belarus, Kasachstan, Russland und die Ukraine die Ratifizierung 2004 abschlossen, machten die NATO-Staaten ihre Zustimmung seit 2002 von der Erfüllung der so genannten »Istanbuler Verpflichtungen« durch Russland abhängig. Damit bezog man sich auf die Umsetzung der von Russland in der OSZE-Gipfelerklärung von Istanbul 1999 bestätigte Verpflichtung seine Truppen aus Moldau vollständig abzuführen und gemäß Anhang 14 der Schlussakte sein stationiertes Militärgerät

in Georgien zu reduzieren und zwei Militärstützpunkte bis Juli 2001 zu schließen sowie über die Art und Dauer des Betriebs zweier weiterer Stützpunkte zu verhandeln. Zwar kam Russland diesen Forderungen zum großen Teil nach, zog Truppen und Munition aus Moldau ab und vereinbarte mit Georgien 2005 die vollständige Schließung aller bis dahin verbliebenen Stützpunkte bis Ende 2008; es verweigerte sich jedoch weitergehenden Wünschen, darunter auch die *Peacekeeper* aus Transnistrien sowie Abchasien und Südossetien abzuziehen.

Neben dem politischen steht jedoch auch der militärische Wert des KSE-Vertrags in seiner jetzigen Form in Frage. Einerseits hat der Vertrag seit seiner Unterzeichnung maßgeblich zur europaweiten Zerstörung von über 100.000 schweren Waffensystemen beigetragen. Die konventionelle Hochrüstung auf dem Kontinent wurde damit grundsätzlich beendet. Dieser Abrüstungs-Prozess hält zum Teil weiterhin an.

Grafik 1: Abrüstung von KSE-Waffensystemen in Europa 1990–2017



*inkl. Angaben für die Russische Föderation von 2010.

Quellen: Für 1990: Zellner, W. (1994): Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Konventionelle Rüstungskontrolle, die neue politische Lage in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 365–366.

Anmerkung: Bereits zwischen 1988 und 1990 verlagerte die Sowjetunion tausende von Waffensystemen hinter den Ural und damit außerhalb des KSE-Anwendungsbereichs. Für 1996 ff: Hartmann, R., Heydrich, W. (2002): Die Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa. Ursachen, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 735–739.

Für 2003 ff: International Institute for Strategic Studies (2003): »The Military Balance 2003«, Vol. 103 (1), S. 231.

Für 2010 ff: Ministry of Defense of the United Kingdom (2013): »Vehicle & Aircraft Holdings within the scope of the Conventional Armed Forces in Europe Treaty«, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/279985/2013.xls.

Für 2017 ff: Ministry of Defense of the United Kingdom (2017): »Vehicle & Aircraft Holdings within the scope of the Conventional Armed Forces in Europe Treaty«, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/592232/Vehicle___Aircraft_Holdings_within_the_scope_of_the_Conventional_Armed_Forces_in_Europe_Treaty_2017_-_Excel_Tables.xlsx.

Andererseits reflektieren die Vertragsbestimmungen weder die ordnungspolitische Lage noch die heutige Struktur von Streitkräften und ihrer Bewaffnung. So werden die am Kalten Krieg orientierten Höchstgrenzen an Waffenbeständen heute von fast allen Mitgliedsstaaten mit wenigen Ausnahmen mühelos eingehalten. Gleichzeitig umfasst der Vertrag keine modernen Waffensysteme, die tendenziell destabilisierend auf die sicherheitspolitischen Beziehungen wirken, darunter Drohnen und Luftabwehrsysteme, aber auch Seestreitkräfte. Gegenüber dem Kalten Krieg haben sich auch die Bedrohungswahrnehmungen und die möglichen Risikozszenarien für den Konfliktfall entscheidend verändert.

Militärische Vertrauensbildung nach der Krim-Annexion

Statt großangelegter Offensiven zur Raumgewinnung und Überraschungsangriffen stehen heute vor allem die mögliche Eskalation durch Fehlkommunikation, riskante Manöver und Intransparenz bei militärischen Übungen im sub-regionalen Kontext im Mittelpunkt. Seit dem Militäreinsatz Russlands auf der Krim, der anschließenden Annexion der Halbinsel im März 2014 und dem Beginn des bewaffneten Konflikts in Teilen des Donbas ist die Frage militärischer Vertrauensbildung und kooperativer Konfliktregulierung wieder in das Zentrum politischer Aufmerksamkeit gerückt.

In der Ukraine-Krise hat sich insbesondere das Wiener Dokument der OSZE (<https://www.osce.org/files/f/documents/b/e/86599.pdf>) als wichtiges Instrument für Risikomanagement und die Krisenkommunikation bewährt. Bereits 2014 und 2015 machten die OSZE-Mitgliedstaaten intensiven Gebrauch von der Möglichkeit, Konsultations- und Informationsanfragen bezüglich unvorhergesehener und ungewöhnlicher Aktivitäten von Streitkräften in Russland und der Ukraine zu stellen (WD, Kapitel III).

Außerdem wurden im Rahmen der Richtlinien von Kapitel IX und X des WD Inspektionen und Überprüfungen vor Ort sowohl in der Ukraine als auch in Russland durchgeführt. Bereits zwischen Februar und August 2014 fanden fünf außerordentliche Treffen des Forums für Sicherheitspolitik (FSK) und des Ständigen Rates der OSZE statt, davon drei mit Bezug auf die Mechanismen zur Risikominimierung. Russland blieb diesen Treffen jedoch zum Teil fern und lehnte zusätzliche, freiwillige Besuche zur Kontrolle von militärischen Aktivitäten nach Kapitel III des Dokuments ab.

Die Ukraine-Krise zeigt deshalb gleichzeitig auch die Grenzen kooperativer Sicherheit im militärischen Konfliktfall auf, denn die Wirksamkeit von VSBM hängt maßgeblich von der politischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab. So blieben mehrmalige Versuche eines multinationalen Inspektionsteams im März 2014,

Zugang zur Krim zu erhalten, erfolglos. Im April setzten separatistische Milizen ein WD-Beobachtungsteam unter deutscher Führung, das auf Basis von Kapitel III von der Ukraine eingeladen worden war, auf Geheiß des damaligen »Volksbürgermeisters« von Slowjansk fest. Erst nach Bemühungen der OSZE und der ukrainischen Regierung sowie unter direkter Vermittlung Moskaus, wurde das Team zwei Wochen später wieder freigelassen.

Die Schaffung der zivilen Sonderbeobachtungsmision (SMM) für die Ukraine im März 2014 mit zunächst 500 Beobachtern ist vor diesem Hintergrund, trotz bestehender Zugangsprobleme, ein wichtiger Erfolg. Im März 2015 wurde die Höchstzahl der Beobachter, die ihre Arbeit sowohl in der Westukraine als auch in der Südostukraine durchführen, auf 1000 angehoben. Seit der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen im September 2014 bzw. im Februar 2015 übt die SMM auch zentrale Aufgaben bei der Beobachtung des, bis heute immer wieder brüchigen, Waffenstillstands und der Überprüfung des Abzugs schwerer Waffen aus. In diesem Rahmen setzte die OSZE auch zum ersten Mal in ihrer Geschichte Drohnen für Beobachtungsaufgaben ein.

Die Mittel der Luftüberwachung wurden in der Ukraine auch im Rahmen des Vertrags über den Offenen Himmel genutzt. Im März 2014 führten Schweden sowie die USA und Kanada auf Einladung der Ukraine jeweils einen Überflug außerhalb des gewöhnlichen Quotensystems durch. Im selben Monat erlaubte Russland einen Überflug der Ukraine über seine südwestliche Grenzregion. Ein weiterer Flug der USA über die ukrainische Grenzregion mit Russland folgte im Mai. Im Juni 2014 wurde jedoch eines der beiden ukrainischen OH-Flugzeuge bei einem Einsatz außerhalb des Vertrags über Slowjansk abgeschossen.

In der Folge wurden weitere OH-Flüge in der Nähe und über dem unmittelbaren Kampfgebiet ausgesetzt. Dennoch wurden zwischen März und August 2014 insgesamt 22 reguläre Flüge des OH-Vertrags (von insgesamt 35 erfolgreichen Überflügen über Russland und Belarus in 2014) über Russland durchgeführt, die sich vor allem auf den Südwesten und die Grenzregion zur Ukraine konzentrierten. Schließlich nutzten die USA gemeinsam mit Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland und Rumänien nach dem militärischen Zusammenstoß von russischen und ukrainischen Schiffen in der Straße von Kertsch im Dezember 2018 einen OH-Flug, um ihre politische Solidarität mit der Ukraine zu unterstreichen.

Die Annexion der Krim hat jedoch dazu geführt, dass die militärischen Anlagen und Stützpunkte auf der Halbinsel mittlerweile weder im Rahmen des WD noch des OH-Vertrags berücksichtigt werden. Zwar lud Russland bereits im Mai 2014 zu Überflügen ein,

designierte später auch einen Betankungsflughafen in Sewastopol, und erweiterte den eigenen Anwendungsbereich des Wiener Dokuments auf die Halbinsel. Doch bisher hat kein OSZE-Mitglied von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Eine Überprüfung und die Durchführung von Inspektionen und Überflügen würden indirekt die Zugehörigkeit der Krim zu Russland legitimieren.

Gegenwärtige Herausforderungen und Perspektiven

Die Schwierigkeiten bei der Anwendung dieser VSBM gehen allerdings über die bestehenden Status- und Territorialkonflikte im post-sowjetischen Raum hinaus. Denn ähnlich wie im Fall des KSE-Vertrags sind auch die Bestimmungen des WD veraltet und reformbedürftig. Neben den politischen Regelungen zur Risikominderung nach Kapitel III stehen hier vor allem die Maßnahmen zur Ankündigung und Beobachtung militärischer Aktivitäten im Mittelpunkt (Kapitel IX). Gegenwärtig müssen militärische Übungen ab einer Beteiligung von 9000 Mann mindestens 42 Tage vor Beginn schriftlich angekündigt werden. Erreicht die Anzahl der Teilnehmer 13000 Mann, sind die durchführenden Staaten verpflichtet, die Militäraktivitäten von Dritten beobachten zu lassen.

Seit Ende des Kalten Krieges werden diese Schwellenwerte jedoch kaum erreicht. Die derzeit gültigen Werte (für Truppenstärken und Kampfpanzer) stammen noch aus dem Jahr 1992. Zusätzlich müssen Ankündigungen und Beobachtungen nur dann erfolgen, wenn die Aktivitäten den beteiligten Truppen zuvor bekannt gegeben wurden und diese unter einheitlicher Führung im Anwendungsgebiet stehen. Die größte Anzahl an Ankündigungen und Beobachtungen entfallen deshalb heute auf freiwillige Zugeständnisse, auf die sich die Mitgliedstaaten im FSK der OSZE einigen konnten.

Sowohl eine deutliche Absenkung der Schwellenwerte als auch das Schließen der genannten Lücken werden seit vielen Jahren diskutiert. Aus Sicht der NATO unterwandert Russland mit kurzfristig angesetzten Überprüfungen der Gefechtsfähigkeit (*snap exercises*) und der bewussten Aufteilung von strategischen Großübungen mit einigen zehntausend Mann gezielt die vereinbarten Beobachtungs- und Inspektionsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist Russland derzeit an einer Reform des Dokuments immer weniger interessiert.

Auf der letzten Sitzung des FSK zur Neuauflage des WD im Jahr 2016 erteilte Moskau einer Reform eine klare Absage. Begründet wird diese Haltung mit der Abschreckungspolitik der NATO gegenüber Russland und den Beschlüssen zur Stärkung der Präsenz im Baltikum. Eine Modernisierung des WD könne nur erfolgen, wenn die NATO russische Interessen respektiere und in

den Beziehungen zu einem *status quo ante* 2014 zurückkehre. Diese Haltung offenbart auch einen grundsätzlichen Unterschied zwischen NATO und Russland. Während westliche Staaten über technische Lösungen eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse erreichen wollen, insistiert Moskau auf einer politischen Lösung und macht davon die technische Umsetzung der VSBM abhängig. Mittlerweile scheinen aber auch die USA im Zeichen der neuen Großmächtekonkurrenz eine politische Herangehensweise zu bevorzugen.

Die Situation beim OH-Vertrag verdeutlicht dies. Im Mai 2020 kündigten die USA ihren Austritt an. Dieser wird Ende November rechtskräftig. Als Gründe für den Rückzug werden zwar vor allem russische Vertragsverstöße genannt, darunter eine Fluglängenbegrenzung von 500 Kilometern über dem Gebiet Kaliningrad und das Verbot von Überflügen in einem zehn Kilometer breiten Korridor an der Grenze zu den von Russland als souverän anerkannten georgischen Gebieten Abchasien und Südossetien.

Doch die derzeitige US-Administration hat auch grundsätzliche Vorbehalte gegen die Beobachtung amerikanischen Territoriums und die Beteiligung an multilateralen Verträgen. Demgegenüber wollen die weiteren 33 Mitgliedsstaaten den Vertrag fortführen. Im Oktober 2020 einigte man sich auf die Verteilung der Überflüge für 2021. Ohne die Möglichkeit, Überflüge über die USA durchzuführen, ist der langfristige Verbleib Russlands im Vertrag jedoch ungewiss, zumal Moskau die NATO-Staaten verdächtigt, Daten, die in Zukunft bei Überflügen über Russland gesammelt werden, auch nach einem Austritt der USA an Washington weiterzugeben.

Angesichts dieser multidimensionalen Krise der Rüstungskontrolle und militärischen Vertrauensbildung hat Deutschland im Rahmen seines OSZE-Vorsitzes bereits im August 2016 einen *Strukturierten Dialog* angeregt. Dieser soll es ermöglichen, zusätzlich zu den bestehenden Formaten einen Austausch über die Wiederbelebung kooperativer Sicherheitspolitik zu führen. Statt um die völlige Neugestaltung der Rüstungskontrollarchitektur in Europa geht es jedoch erst einmal um die Schaffung von Gesprächsvoraussetzungen. Der Austausch konzentriert sich deshalb auf Risikowahrnehmungen, Militärdoktrinen und die Wirksamkeit der VSBM innerhalb einer informellen Arbeitsgruppe (IWG). Bisher konnten sich die teilnehmenden Staaten jedoch nicht auf gemeinsame, substantielle Positionen einigen.

Schluss

Eine Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa wird nunmehr seit mehr als zehn Jahren von der Expertenwelt angemahnt. Sie ist jedoch unter den gegebenen politischen Bedingungen kaum möglich, obwohl es nicht an technischen Lösungsvorschlä-

gen mangelt. Die Alternative, über VSBM militärische Transparenz zu gewährleisten, hat bisher nur zum Teil zum Erfolg geführt – auch deshalb, weil der politische Grundkonflikt bestehen bleibt. Allein eine Flucht in die präventive Rüstungskontrolle, die neue Technologien zu regulieren sucht, wird daran wenig ändern.

Die europäische Sicherheitspolitik ist in diesem Rahmen auch weiterhin von der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA auf globaler Ebene abhängig. Denn für Russland ist die

NATO vor allem ein Vehikel der US-Militärpolitik und der amerikanischen politischen Hegemonie. Rüstungskontrolle und militärische Vertrauensbildung sind aus dieser Perspektive nur dann sinnvoll, wenn sie unter dem Gesichtspunkt strategischer Gegnerschaft einen Vorteil versprechen oder helfen, die Bewegungsfreiheit von US-Verbänden einzuschränken oder über diese zumindest größere Transparenz herzustellen. Die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa wird lernen müssen mit diesem Ansatz umzugehen.

Über den Autor

Dr. Alexander Graef ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Er forscht zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und zu Themen der russischen Sicherheits- und Militärpolitik.

Bibliografie

- Graef A., Kütt, M. (2020): »Visualizing the Open Skies Treaty«, April 2020, <https://openskies.flights>.
- Richter, W. (2019): »Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Vom Gleichgewicht der Blöcke zur regionalen Stabilität in der Krise«, *SWP-Studie 17*, Juli 2019, Berlin, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S17_rrw.pdf.
- Schmitt, O. (2018): »The Vienna Document and the Russian challenge to the European Security Architecture«, in: B. Heuser, T. Heier & G. Lasconjarias (eds): *Military Exercises: Political Messaging and Strategic Impact*. NATO Defense College, Forum Paper, No. 26, 269–284, <https://www.ndc.nato.int/download/downloads.php?icode=546>.

Tabelle 1: Abrüstung von KSE-Waffensystemen in Europa 1990–2017

	1990	1996	2003	2010	2017*	KSE-Obergrenzen
Kampfpanzer	56.079	33.099	27.572	20.979	16.970	40.000
Gepanzerte Kampffahrzeuge	76.090	50.594	46.425	38.646	34.613	60.000
Artilleriesysteme	45.628	33.708	29.833	24.681	21.681	40.000
Kampfflugzeuge	14.076	10.167	8.114	6.110	5.069	13.600
Kampfhubschrauber	3.256	2.763	2.096	1.750	1.393	4.000

*inkl. Angaben für die Russische Föderation von 2010.

Quellen: Für 1990: Zellner, W. (1994): *Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa. Konventionelle Rüstungskontrolle, die neue politische Lage in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland*, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 365–366.

Anmerkungen: Bereits zwischen 1988 und 1990 verlagerte die Sowjetunion tausende von Waffensystemen hinter den Ural und damit außerhalb des KSE-Anwendungsbereichs.

Für 1996 ff: Hartmann, R., Heydrich, W. (2002): *Die Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa. Ursachen, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation*, Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 735–739.

Für 2003 ff: International Institute for Strategic Studies (2003): »The Military Balance 2003«, Vol. 103 (1), S. 231.

Für 2010 ff: Ministry of Defense of the United Kingdom (2013): »Vehicle & Aircraft Holdings within the scope of the Conventional Armed Forces in Europe Treaty«, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/279985/2013.xls.

Für 2017 ff: Ministry of Defense of the United Kingdom (2017): »Vehicle & Aircraft Holdings within the scope of the Conventional Armed Forces in Europe Treaty«, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/592232/Vehicle___Aircraft_Holdings_within_the_scope_of_the_Conventional_Armed_Forces_in_Europe_Treaty_2017_-_Excel_Tables.xlsx.

Wird Russland die Militarisierung von Information verhindern können?

Pawel Scharikow (Institut für USA- und Kanada-Studien, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau)

Am 25. September schlug Präsident Putin den USA umfassende Maßnahmen im Bereich der Informationssicherheit vor (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/64086>).

Es war abzusehen, dass die USA den russischen Vorschlag aus vielerlei Gründen ablehnen würden. Erstens ist jedes Abkommen mit Russland unabhängig vom Politikbereich und umso mehr, wenn es um Cybersicherheit geht, politischer Selbstmord für Donald Trump. Zweitens würde das amerikanische politische Establishment niemals glauben, dass Russland sich nicht in die Präsidentschaftswahlen im November einmischen würde, selbst wenn man von Donald Trumps persönlichem Verhältnis zu Wladimir Putin einmal absieht. Eine russische Selbstverpflichtung, sich nicht in die Wahlen einzumischen, ist in den USA nicht glaubwürdig. Drittens erwartet Russland von den USA, dass sie das stoppen, was die russischen Behörden als amerikanische Einmischung in die russische Innenpolitik ansehen. In erster Linie ist das die Unterstützung von Medienfreiheit und kritischen Berichten über die russische Regierung. Die USA wiederum sehen darin eine Verletzung der Meinungsfreiheit.

Der russische Vorschlag von Maßnahmen ist die Fortsetzung von zwei Jahrzehnten währenden Bemühungen, die Militarisierung des Internets zu verhindern. Die Geschichte der internationalen Informationssicherheitspolitik Russlands lässt sich in drei große Perioden unterteilen, von denen jede einzelne sowohl von Russlands Innenpolitik als auch den Veränderungen im internationalen Umfeld bestimmt war.

Periode 1: Ende der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre. Das Internet war chaotisch. Die USA gründeten die *Internet Corporation on Assigning Names and Numbers (ICANN)*, eine Organisation, die in Russland als Versuch angesehen wurde, den Cyberspace zu dominieren. Daraufhin brachte Russland eine UN-Resolution ein, die dazu aufrief, Informationstechnologien nur für friedliche Zwecke einzusetzen. Seit dieser Zeit führte Russland die internationalen Bemühungen im Bereich der Internet Governance an und trug wesentlich dazu bei, bei der UN ein Forum für diese Debatte zu etablieren: die Gruppe von Regierungsexperten (UNGGE).

Periode 2: Ende der 2000er Jahre bis 2014. Das Internet wurde organisierter, was vor allem auf den Aufstieg der Internetgiganten zurückzuführen ist. Die russische Regierung war zunehmend besorgt darüber, dass soziale Netzwerke und soziale Medien für politische Zwecke genutzt werden. Die Erfahrungen der Farbrevolu-

tionen und des arabischen Frühlings verleiteten Russland dazu, die staatliche Kontrolle über das Internet zu verstärken. Trotzdem kamen sich die russischen und amerikanischen Positionen ein wenig näher. Russland versuchte zwar immer noch, das Internet stärker zu regulieren, schloss aber auch eine Reihe bilateraler (darunter auch eines mit den USA) und regionaler Abkommen ab.

Periode 3: 2014 bis heute. Die russisch-westlichen Beziehungen befinden sich in einer Sackgasse. Es war absehbar, dass Russland Verteidigungsmaßnahmen gegen die westliche Einflussnahme vornehmen würde, denn diese wurde in Russland als eine gezielte, gegen Russland gerichtete Informationsoperation angesehen. Die russische Regierung ergriff eine Vielzahl von Maßnahmen zur Kontrolle der Internetnutzer, die insgesamt als »Souveränisierung des Internets« definiert werden können. Ein großer Teil der Politik, die auf die Schaffung eines souveränen Internets abzielt, ist Außenpolitik, die wiederum als Analogie zum Eisernen Vorhang des Kalten Krieges gesehen wurde. Einerseits sollen die russischen Bürger nur Zugang zu »richtiger« Information bekommen. Über Russland soll die internationale Gemeinschaft nur das erfahren, was Russland als »zuverlässige« Information ansieht (<http://www.scrf.gov.ru/security/information/document5/>). Russland lehnte die militärische Nutzung des Internets aber nach wie vor ab und schaffte es, eine internationale Koalition zu bilden, um der militärischen Nutzung von Informationen entgegenzuwirken.

2018 wurde zu einem bedeutenden Meilenstein in Russlands Bemühungen in der globalen Internet Governance. Die UN verabschiedete zwei Resolutionen, von denen die eine von Russland und seinen Verbündeten unterstützt und die andere von den USA und westlichen Demokratien eingebracht wurde. Die russische Resolution enthielt 13 Normen für verantwortungsvolles Verhalten von Staaten im Cyberspace. Außerdem schuf sie ein neues Forum für weitere Diskussionen über Internet Governance – die sogenannte *Open Ended Working Group*. Die amerikanische Resolution verlängerte das Mandat der UNGGE. Die beiden Organisationen haben unterschiedliche Aufgaben und arbeiten nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich. Es liegt auf der Hand, dass die Verabschiedung globaler Normen für verantwortungsbewusstes Verhalten im Cyberspace ohne einen Konsens zwischen Russland und den USA unmöglich ist.

Eine der zentralen Bestrebungen Russlands ist es, die Anerkennung der Existenz von Cyberwaffen zu ver-

weigern. Dies impliziert, dass kein Land das Recht auf Selbstverteidigung gegen einen Cyberangriff hätte, weil diese Kategorie von Waffen verboten ist. Es braucht jedoch nicht erwähnt zu werden, dass viele Länder, angefangen bei den USA, robuste militärische Cyber-Fähigkeiten entwickelt haben.

Dass militärische Cybertechnologien geheim gehalten werden, leuchtet ein. Aber auffällig ist, dass sogar US-amerikanische Cybersicherheitsstrategien geheim gehalten werden. Die USA haben mehrfach erklärt, dass Russland zu den wichtigsten amerikanischen Gegnern im Cyber-Raum gehört.

Die amerikanische Cyberstrategie (<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2018/09/National-Cyber-Strategy.pdf>) erklärt, dass Gegner die US- Cyberinfrastruktur ständig angreifen. Das Dokument führt den Begriff »anhaltendes Engagement« (*»persistent engagement«*) ein – eine kontinuierliche Operation »unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Konflikts«. Ein solches Verhalten impliziert, dass die Gegner einen gewissen Schaden anrichten, der jedoch nicht ausreicht, um einen Vergeltungsschlag der USA durch militärische Operationen zu provozieren.

Russlands Haltung, Cyberwaffen als solches abzulehnen, impliziert, dass die offene Entwicklung militärischer Cyber-Fähigkeiten anderer Länder höchstwahrscheinlich als eine Erklärung feindseliger Absichten und folglich als Quelle potenzieller Konflikte wahrgenommen wird. Es ist unklar, wie Russland auf Cyberangriffe reagieren würde. Argumente, dass Russland keine eigenen militärischen Cyber-Fähigkeiten entwickelt, sind nicht glaubwürdig; insbesondere aus Sicht der USA, die Russland ständig Cyber-Aggressionen vorwerfen. Ich glaube, dass es für russische Diplomaten sehr unerwartet kam, dass die Themen der internationalen Informationssicherheit mit den Vorwürfen der Wahlbeeinflussung in Verbindung gebracht wurden. Vor diesen Anschuldigungen schien das Argument der USA, Russlands tatsächlich friedliche Vorschläge zurückzuweisen, schwach zu sein. Aber nun, da Russland die Kontur eines »Cyber-Aggressors« angenommen hat, klingt die amerikanische Kritik schon viel solider.

Nach fast einem Monat des Schweigens gab Washington schließlich eine Antwort auf die Vorschläge Moskau in Bezug auf ein Informationssicherheitsabkommen. Sechs russische mutmaßliche GRU-Offiziere wurden wegen verschiedener Fälle von Hacking angeklagt. Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo sagte: »[...] diese Cyber-Aktivitäten demonstrieren eine völlige Missachtung der öffentlichen Sicherheit und der internationalen Stabilität. Russland, das sich selbst als Verfechter der Stabilität im Cyberspace präsentiert, ist in der Tat einer der größten Störfaktoren des globalen Internets. Wir fordern Russland auf, seinem unverantwortli-

chen Verhalten ein Ende zu setzen" (<https://www.state.gov/united-states-charges-russian-military-intelligence-officers-for-cyber-crimes/>).

Und der stellvertretende Generalstaatsanwalt für Nationale Sicherheit, John Demers, sagte, dass »diese Anklageschrift die Nutzung der Cyber-Fähigkeiten Russlands zur Destabilisierung und Einmischung in die innenpolitischen und wirtschaftlichen Systeme anderer Länder offenlegt und damit eine kalte Erinnerung daran liefert, warum Russlands Vorschlag nichts weiter als unehrliche Rhetorik und zynische und billige Propaganda ist« (<https://www.justice.gov/opa/speech/remarks-assistant-attorney-general-national-security-john-c-demers-announcement-charges>).

Präsident Trump und seine Regierung sind eindeutig nicht in der Lage, die Beziehungen zu Russland im Bereich der Cybersicherheit ernsthaft zu diskutieren. Dies hat viele Gründe, unter anderem auch die innenpolitische Lage. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Probleme im Bereich der Cybersicherheit ohne einen Dialog zwischen Moskau und Washington nicht zu lösen sind. Wahrscheinlich wären die USA bereit, Cybersicherheitsfragen mit Russland als Teil der Gespräche über Rüstungskontrolle zu diskutieren. Dies würde aber eine grundlegende Änderung der russischen Position erfordern: Russland müsste Cyber als Waffe anerkennen. Präsident Trumps Position zur Rüstungskontrolle bleibt ebenfalls recht unklar. Während John Bolton noch im Nationalen Sicherheitsrat war, schien es als würden sich die USA aus jedem Rüstungskontrollabkommen zurückziehen, das die amerikanische Militärmacht in irgendeiner Form einschränkt.

Wahrscheinlich sind die Demokraten eher bereit, über Rüstungskontrolle, Cybersicherheit inbegriffen, ins Gespräch zu kommen. Aber die Demokraten werden sich wohl kaum auf ein Nichteinmischungsabkommen mit Russland einlassen können. Bei einem Abkommen zur Cybersicherheit gibt es zudem noch viele andere Probleme. Erstens ist es unmöglich, sich über den Gegenstand des Abkommens zu einigen, denn Cyber-Fähigkeiten sind unmöglich zu quantifizieren. Zweitens ist es unmöglich, die Einhaltung der Cybersicherheitsverpflichtung zu überprüfen und sicherzustellen.

Wenn die Mitglieder der Demokratischen Partei ihren Einfluss im Weißen Haus und im Kongress nach den Wahlen im November ausbauen, ist es möglich, dass die russisch-amerikanischen Beziehungen etwas pragmatischer und etwas weniger ideologisch werden. Der Vorschlag Russlands hinsichtlich Maßnahmen im Bereich der Informationssicherheit ist schwerlich ernst zu nehmen; es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Moskau bereit und gewillt ist, zu verhandeln und zu kooperieren.

Im Bereich der Cybersicherheit scheinen für Russland und die USA eine Reihe kleiner Schritte machbar.

Erstens könnten die russischen und amerikanischen Spitzenpolitiker eine deklaratorische Erklärung abgeben, dass sie von Cyber- und/oder Informationsangriffen aufeinander Abstand nehmen.

Zweitens kann angenommen werden, dass militärische Cyber-Fähigkeiten entwickelt werden, um schweren Schaden anzurichten. Deswegen ist es wichtig, bei der Bekämpfung, Verfolgung und Untersuchung von Cyberkriminalität und nichtmilitärischen Cyberattacken zusammenzuarbeiten. Es ist unbedingt notwendig, ein Glossar zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Diplomaten dieselbe Sprache sprechen.

Über den Autor

Pawel Scharikow, PhD. Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Institut für USA- und Kanada-Studien* an der *Russischen Akademie der Wissenschaften*. Seit 2002 arbeitet er am *Institut für USA- und Kanada-Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften* und beschäftigt sich mit dem amerikanischen politischen System, der Cybersicherheitspolitik und den russisch-amerikanischen Beziehungen. Er nahm an einer Reihe von Austauschprogrammen mit den Vereinigten Staaten teil – 2005 am *Center for International Security Studies* an der *University of Maryland* und 2008 an der *George Washington University*. Im Jahr 2009 verteidigte er seine Dissertation, die der amerikanischen Cybersicherheitspolitik gewidmet war. Ab 2015 gab er als außerordentlicher Professor an der *Moskauer Staatlichen Universität* eine Reihe von Kursen. Zuletzt war er Gastforscher am *Center for International and Security Studies* an der *University of Maryland*, wo er die gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Moskau und Washington in Bezug auf Einmischung in Wahlen und innere Angelegenheiten untersuchte.

Lesetipp

Sharikov, Pavel. »Alternative Approaches to Information-Age Dilemmas Drive U.S. and Russian Arguments about Interference in Domestic Political Affairs«. (2020). Abrufbar unter: <https://cisism.umd.edu/research-impact/publications/alternative-approaches-information-age-dilemmas-drive-us-and-russian>.

KOMMENTAR

Der Fall Nawalny, Russland und das Chemiewaffenverbot

Oliver Meier (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Berlin)

Die Vergiftung von Nawalny als Testfall

Der gescheiterte Versuch, den russischen Oppositionspolitiker Alexei Nawalny mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok zu ermorden wird zum Testfall für das Verhältnis Russlands zum Chemiewaffen-Übereinkommen (CWÜ). Der weitere Umgang des Kremls mit Vorwürfen, für den Anschlag verantwortlich zu sein, wird zeigen, wie groß Moskaus Interesse noch ist, multilaterale Rüstungskontrolle als Instrument der globalen Zusammenarbeit zu nutzen. Die internationale Gemeinschaft sollte Russlands Regelverstöße weiterhin klar benennen, die Tür für eine Mitarbeit Moskaus im Chemiewaffenregime aber zugleich offenhalten. Dabei gilt es, die im

Es ist auch offensichtlich, dass kein Cybersicherheitsabkommen zwischen Russland und den USA ohne eine allgemeine Verbesserung der bilateralen Beziehungen möglich ist. Russland und die USA sind in vielerlei Hinsicht Widersacher, deswegen könnte eine zufällige Eskalation zu katastrophalen Folgen führen. Selbst wenn sich ein Zwischenfall im Cyberspace ereignet, wird die Konflikteskalation im Cyberspace kaum vom physischen Raum und dem Einsatz kinetischer Waffen zu trennen sein. Bei vertrauensbildenden Maßnahmen sollte es nicht darum gehen, den Cyberspace von anderen konfliktträchtigen Themen zu trennen.

CWÜ festgeschriebenen Regeln mit Augenmaß zu nutzen, um den Kreml zu einer stringenten Umsetzung der Verbotsnormen zu bewegen.

Vom Licht in den Schatten. Russland und das Chemiewaffen-Übereinkommen

Die Unterstützung Moskaus bleibt von zentraler Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung des Chemiewaffenverbots. Als Russland 1997 dem Abkommen beitrug, war es vor den USA der größte Chemiewaffenbesitzerstaat. Die sichere Vernichtung (<https://www.armscontrol.org/act/2019-12/features/three-decades-chemical-weapons-elimination-more-challenges-ahead>) von rund 40.000

Tonnen russischer Chemiewaffen erfolgte im Rahmen des CWÜ unter internationaler Kontrolle und wurde von vielen Staaten, insbesondere auch von Deutschland, unterstützt. Trotzdem benötigte Russland rund 20 Jahre um diese gefährliche Aufgabe erfolgreich und unfallfrei abzuschließen.

Zwischen 2013 und 2015 kooperierte Russland dann eng und intensiv mit den USA bei der Abrüstung von 1.300 Tonnen syrischer Chemiewaffen. Diese Zusammenarbeit war in Moskau durchaus umstritten. Das geteilte strategische Ziel einer Sicherung syrischer Chemiewaffen drängte aber die geostrategische Konkurrenz mit den USA in den Hintergrund. Die Kooperation war Voraussetzung dafür, dass die internationale Gemeinschaft in einer echten Teamleistung syrische Chemiewaffen reduzieren, wenn auch nicht eliminieren, konnte. (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A25_mro.pdf).

Mit dem militärischen Eingreifen Russlands in Syrien Ende 2015 aber verschob sich Moskaus Interessenlage. Geopolitische Faktoren gewannen an Gewicht. Der Kreml gibt Syrien nicht nur militärisch, sondern auch politisch Rückendeckung, obwohl das Assad-Regime immer wieder chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat.

Schlimmer noch: Auch Russland setzt nun Chemiewaffen ein, um politische Gegner zu töten und durch solche Vergiftungen Regierungskritiker abzuschrecken. Der stümperhafte Nowitschok-Anschlag russischer Agenten auf den ehemaligen Spion Sergei Skripal im März 2018 im britischen Salisbury und der ebenfalls mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe ausgeführte Mordversuch an Nawalny machen deutlich, dass in Russland weiter an Chemiewaffen gearbeitet wird. Es ist unvorstellbar, dass diese Anschläge mit einem der modernsten Nervenstoffstoffe ohne Wissen, Billigung und aktive Unterstützung staatlicher russischer Stellen durchgeführt wurden. Sanktionsbeschlüsse der EU (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020R1480&from=EN>) und unabhängige Untersuchungen (<https://www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2020/10/23/russias-clandestine-chemical-weapons-programme-and-the-grus-unit-21955/>) beschreiben die Rolle staatlicher Institutionen mittlerweile detailliert. Tragikomische Vertuschungsversuche (<https://www.youtube.com/watch?v=Ku8OQNYI2i0>) und groteske Ablenkungsmanöver Moskaus verstärken den Eindruck der Komplizenschaft.

Can't live with or without you: Das CWÜ und Russland

Russlands Vertragsverletzungen konfrontieren den Westen mit einem Dilemma. Einerseits besteht Interesse

an einem funktionierenden CWÜ (<https://www.opcw.org/media-centre/opcw-numbers>), das mittlerweile fast universelle Gültigkeit hat und in dessen Rahmen mehr als 98 % der weltweit deklarierten Chemiewaffen bereits abgerüstet wurden. Eine effektive Umsetzung des Abkommens hängt aber wesentlich von der Mitwirkung Russlands ab.

Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats kann Moskau Beschlüsse zur Sanktionierung von Vertragsverstößen blockieren und hat das im Fall Syriens bereits getan. Russland kann immer wieder Stöcke in die Speichen der internationalen Diplomatie werfen, auch indem es China, Indien, Iran und andere wichtige Staaten an sich bindet. Bis zum Streit über die Chemiewaffeneinsätze in Syrien (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A39_mro.pdf) wurden wichtige Entscheidungen in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW), die überwacht, dass das Chemiewaffenverbot ordnungsgemäß implementiert wird, im Konsens getroffen. Westliche Staaten setzen angesichts der russischen Blockadehaltung nun zunehmend auf Mehrheitsbeschlüsse, etwa um die Aufklärung solcher Einsätze voranzubringen. Langfristig könnte damit aber die Legitimität der Den Haager Behörde unterminiert werden.

Eine Politik, die nur auf Isolierung Russlands und Druck setzt, droht daher das Kind mit dem Bade auszuschütten. Am Ende könnte das im CWÜ verankerte umfassende Verbot der Entwicklung, der Produktion, des Besitzes und des Einsatzes von Chemiewaffen dauerhaften Schaden nehmen.

Flexible Antworten. Für eine Wiederannäherung Moskaus an das CWÜ

Wie aber kann der Weg aus der gegenwärtigen Krise dann aussehen? Zwei Randbedingungen sind klar.

Ohne wirtschaftlichen und politischen Druck wird es erstens nicht gehen, das zeigt die russische Resilienz gegenüber Gesprächsangeboten und diplomatischen Charmeoffensiven. Die Bestrafung von Chemiewaffeneinsätzen ist zudem nötig und sinnvoll, weil die internationale Staatengemeinschaft so zum Ausdruck bringt, wie wichtig ihr Ächtung von Chemiewaffen ist. Unwahrscheinlich erscheint allerdings auch, dass Druck allein zu einer Verhaltensänderung Moskaus führen wird.

Voraussetzung für eine Rückführung Russlands an das CWÜ ist zweitens ein Interesse Moskaus an einem Erhalt des Chemiewaffenregimes. Bisher hat der Kreml zu einer Aufklärung des Anschlags gegen Nawalny nicht beigetragen und durch aktive Verschleiерungsmaßnahmen versucht, eine Aufklärung zu behindern. Wenn Moskau diese Politik nicht ändert, sind Versuche einer Überwindung der Konflikte im CWÜ um die Aufklä-

rung von Chemiewaffeneinsätzen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Immerhin gibt es kleine Hoffnungsschimmer, dass Russlands Politik nicht in Stein gemeißelt ist. So hat Moskau im November 2019 an einem Beschluss der CWÜ-Mitglieder mitgewirkt, (<https://www.armscontrol.org/act/2020-04/features/updating-cwc-we-got-here-what-next>) in dessen Folge einige Nowitschok-Varianten gegenüber der OVCW meldepflichtig geworden sind. Die erste russische Meldung über laufende Arbeiten an Nowitschok und bestimmte historische Aspekte des bisher geheim gehaltenen Programms war demnach im Juni 2020 fällig. Solche Deklarationen der Vertragsstaaten sind streng vertraulich. Daher ist nicht bekannt, ob und welche Aktivitäten oder Bestände an Nowitschok Russland nach Den Haag gemeldet hat.

Moskau sollte daher seine eigene Nowitschok-Meldung an die OVCW freiwillig veröffentlichen und damit eine öffentliche Überprüfung der Angaben ermöglichen. Die Wirkung eines solchen vertrauensbildenden Schritts würde verstärkt, wenn Moskau in diesem Zusammenhang auch beschreibt, welche weiteren Maßnahmen es unternimmt oder unternommen hat, um die gemeldeten Aktivitäten dauerhaft und nachprüfbar einzustellen und vorhandene Kampfstoffe sowie Anlagen zu ihrer Herstellung zu vernichten.

Zwar ist Alexei Nawalny offenbar mit einer Nowitschok-Variante vergiftet worden, die nicht auf der im November verabschiedeten Liste meldepflichtiger Stoffe steht (<https://www.opcw.org/media-centre/news/2020/10/opcw-issues-report-technical-assistance-requested-germany>). Der Verdacht allerdings, dass Moskau ein geheimes Programm zur Entwicklung und Produktion modernster Nervenkampfstoffe betreibt, muss aus der Welt geschafft werden, wenn das CWÜ keinen Schaden nehmen soll.

Die westlichen Staaten sollten Russland den Weg für eine Bereinigung der Situation offenhalten. Die russische Abrüstung des Nowitschok-Programms muss verifizierbar sein und überprüft werden. Die muss aber nicht notwendigerweise im vollen Licht der internationalen

Öffentlichkeit erfolgen. Zum Beispiel könnten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats stellvertretend für die Staatengemeinschaft die russischen Angaben verifizieren. Eine derartige Mission kann bis zu einem gewissen Grad im vertraulichen Rahmen erfolgen, solange sichergestellt bleibt, dass die Ergebnisse für die OVCW und alle 193 Vertragsstaaten nachzuvollziehen sind. Wie schwierig es ist, Inspektoren zu täuschen, hat Russland selbst Anfang der 1990er Jahre erfahren, als es erfolglos versuchte, Fachleuten aus Großbritannien und den USA vorzugaukeln, das eigene Programm zur Entwicklung von Biowaffen sei bereits eingestellt und abgerüstet worden (https://www.vertic.org/media/Archived_Publications/Yearbooks/2002/VY02_Kelly.pdf)

Sinnvoll wäre es zudem, eine schrittweise Aufhebung der in der Folge des Mordversuchs gegen Nawalny verhängten EU-Sanktionen mit konkreten Schritten in Richtung einer Offenlegung und Abrüstung des Nowitschok-Programms zu verknüpfen. Für eine solche flexible Sanktionierung kann es von Vorteil sein, dass der Anschlag auf Nawalny selbst nicht unbedingt als Chemiewaffeneinsatz im Sinne des CWÜ gewertet werden muss, wenn die Frage der Täterschaft des russischen Staates nicht abschließend geklärt werden kann. Das CWÜ verbietet jeden Einsatz chemischer Waffen. Es obliegt jedem Vertragsstaat selbst, dieses Verbot über sogenannte Ausführungsgesetze im Innern durchzusetzen, indem er Verstöße durch seine eigenen Bürger oder auf seinem Staatsgebiet strafrechtlich verfolgt und ahndet. Dieser Verpflichtung ist Moskau nicht nachgekommen. Die mangelhafte innerstaatliche Umsetzung des CWÜ macht aber eine Befassung des UN-Sicherheitsrats nicht zwingend notwendig. Dieser diplomatische Spielraum, kann aber genutzt werden, um Russlands Wiederannäherung an das CWÜ zu erleichtern.

Ziel wäre es, der internationalen Gemeinschaft Gewissheit zu verschaffen, dass es in Russland kein Nowitschok-Programm mehr gibt. Dafür aber muss Moskau zunächst seinen Verpflichtungen nachkommen, eigene Chemiewaffenprogramme nachprüfbar offenzulegen.

Über den Autor

Dr. Oliver Meier ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) www.ifsh.de. Er koordiniert zudem die *Deep Cuts Commission*, ein unabhängiges trilaterales US-amerikanisches, russisches und deutsches Expertenprojekt zur Zukunft der Rüstungskontrolle deepcuts.org. Seine Forschungsschwerpunkte sind Probleme der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie Möglichkeiten der Kontrolle und Abrüstung von biologischen, chemischen und nuklearen Waffen.

Lesetipps

- Jakob, Una, Fortschritt mit Nebenwirkungen. Neue Untersuchungsergebnisse zu Chemiewaffeneinsätzen in Syrien, Frankfurt am Main 2020 (PRIF Spotlight 4/2020), https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0420.pdf.

- Meier, Oliver, Yes, we can? Europäische Antworten auf die Krise der Rüstungskontrolle, Hamburg 2020 (IFSH Policy Brief 07/20), https://ifsh.de/file/publication/Policy_Brief/20_07_Policy_Brief.pdf.
- Trapp, Ralf, Compliance Management under the Chemical Weapons Convention, Geneva: UNIDIR 2019 (WMD Compliance & Enforcement Series Paper Three), <https://unidir.org/sites/default/files/2019-12/UNIDIR%20WMD%20CE%20-%20Paper%203%20v3.pdf>.
- Meier, Oliver, Chemiewaffenangriffe: Das Ende der Namenlosigkeit. Organisation für das Verbot von Chemiewaffen soll Verantwortliche identifizieren, Berlin 2018 (SWP Aktuell 2018/A 39), https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A39_mro.pdf.

DEKODER

»Wir haben einen hybriden Krieg«

Interview mit Dimitri Trenin (Moskauer Carnegie-Zentrum, Moskau)

Andrej Lipski: Die Beziehungen zu den USA sind immer die reinste Achterbahnfahrt: Mal geht es hoch in die Luft, mal steil bergab. Wenn wir die derzeitige Krise vergleichen wollen, stellt sich die Frage, wodurch sie sich von anderen Einbrüchen in den Beziehungen unterscheidet, insbesondere von dem während der Blockkonfrontation, im Kalten Krieg.

Dimitri Trenin: Erstens denke ich nicht, dass das eine Krise ist. Meiner Ansicht nach war die Krise ungefähr Anfang 2015 vorbei. Eine Krise ist ja ein zeitlich recht begrenzter Zustand, ein Bruch, ein Übergang von einem Zustand in einen anderen.

Bis 2014 gab es einen Zustand, bei dem die Zusammenarbeit mit dem Westen überwog. Sie verschlechterte sich, war nicht besonders eng, aber es gab sie immerhin.

Seit 2014 – und bis 2015 hatte sich das endgültig verfestigt – gibt es überwiegend Rivalität und Feindschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, bei einer gleichzeitigen Entfremdung von Europa.

Ich bezeichne den jetzigen Zustand als »hybriden Krieg«. Ende Februar 2014, als ich die Folgen der russischen Operation auf der Krim im Gefolge der Ereignisse in Kiew, nach dem Maidan und dem Machtwechsel einzuordnen versuchte, da hatte ich den Begriff »neuer Kalter Krieg« verwendet. Den habe ich aber bald fallengelassen und stattdessen von einem *hybriden Krieg* gesprochen, einfach, um diesen weit verbreiteten Terminus zu verwenden. Gleichzeitig macht er deutlich, dass es sich um eine Konfrontation handelt, die zwar auf dem gleichen Niveau und für Russland mit der gleichen Relevanz wie der Kalte Krieg besteht (das Wort »Krieg« ist präsent, auch wenn mich viele deswegen kritisiert haben), aber dennoch eine andere ist.

Wenn wir jetzt von einem »neuen Kalten Krieg« sprächen, würden wir gewissermaßen eine Wiederholung dessen erwarten, was sich in den 1940er bis in die 1980er Jahre abspielte. Die Welt hat sich jedoch geändert, und es wird keine Wiederholung geben; wir würden dadurch unsere Orientierung verlieren. Und würden jene neuen Dinge außer Acht lassen, die geschehen und geschehen werden und die es in den Zeiten des Kalten Krieges nicht gegeben hat. Das würde uns auf der intellektuellen Ebene entwaffnen.

Und worin unterscheidet sich die derzeitige Konfrontation vom Kalten Krieg?

In vielem. Erstens ist es kein systembildendes Phänomen. Ein solches ist der Kalte Krieg aber für das gesamte System der internationalen Beziehungen gewesen. Der derzeitige amerikanisch-russische *hybride Krieg* ist von großer Bedeutung, ist aber nicht zentral für die internationalen Beziehungen als Ganzes. Und zweitens handelt es sich um einen höchst asymmetrischen Krieg. Die UdSSR war den USA militärisch, politisch und ideologisch und sogar zum Teil ökonomisch gewissermaßen ebenbürtig. Heute aber hinkt Russland den Vereinigten Staaten bei den meisten Parametern nationaler Stärke hinterher.

Der Kalte Krieg war etwas Statisches. Die Welt war geteilt. Es existierte ein Eiserner Vorhang, es gab die Berliner Mauer ... Der derzeitige *hybride Krieg* wird unter den Bedingungen der Globalisierung geführt, und er läuft am aktivsten in Sphären, die allen zugänglich sind.

Angefangen bei der Wirtschaft, wo die Sanktionen wirken, über die Medien, wo ein harter Informationskrieg geführt wird, bis hin zum Cyberbereich ... Und so weiter und so fort. Wenn der Krieg damals zweidimensional war, so befinden wir uns jetzt in 3D. Es gibt keine Frontlinie, keine klare Abgrenzung zwischen dem eigenen Territorium und dem des Gegners. Es gibt noch eine Reihe weiterer Besonderheiten. Das Militärische ist präsent, aber nicht dominierend. Es gibt einen Rüstungswettlauf, der steht aber nicht im Zentrum. Und ich sage es noch einmal:

Russland hat in diesem Krieg keinen einzigen Verbündeten, nicht einmal unter seinen engsten Partnern. Niemand hat sich Russland angeschlossen. Und es wird sich auch niemand anschließen, solange Russland auf der Gegenseite nicht nur mit den Vereinigten Staaten Probleme hat, mit denen es sich in einer direkten Konfrontation befindet, sondern auch mit den Ländern Europas, die meiner Ansicht nach im Großen und Ganzen nicht in Konfrontation zu Russland stehen.

Während des klassischen Kalten Krieges und insbesondere während der Kubakrise hat die Angst vor einer Atomkatastrophe von einem Krieg abgehalten. Danach verflüchtigte sich diese Angst allmählich. Perestroika, Reykjavík, das »neue Denken«, der Zusammenbruch des Kommunismus, der Zerfall der UdSSR, des Warschauer Paktes, das Ende der Konfrontation, des Kalten Krieges. Man konnte sich entspannen und die Rüstungsausgaben senken.

Die Gesellschaft zitterte nicht mehr vor Angst und glaubte nicht mehr an die Bedrohung durch einen langjährigen potenziellen Feind. Besteht nicht genau darin paradoxerweise die neue Gefahr, wenn sich die Konfrontation wiederum verschärft?

Natürlich war der Kalte Krieg sehr viel gefährlicher für die menschliche Existenz als die Zeit jetzt. Seinerzeit gab es nicht nur ein Gefühl von Gefahr, sondern echte Gefahr. Ein massiver Atomschlag galt als durchaus real. Und wie wir wissen, gab es im Laufe des Kalten Krieges einige Fälle, bei denen der Finger über dem roten Knopf schwebte, weil die Geräte zeigten, dass es losgeht, oder weil sie irgendwas zeigten, was als massiver Raketenschlag gewertet werden konnte.

Aber ich stimme in der Tat zu, dass die fehlende Angst vor einem realen Atomschlag die Illusion entstehen lässt, man könne militärische Gewalt einsetzen und gleichzeitig eine Eskalation im Sinne einer atomaren Auseinandersetzung ausschließen.

Meiner Ansicht nach standen wir 2016 in Syrien ziemlich dicht vor der Aussicht auf einen russisch-amerikanischen Krieg, als Hillary Clinton und ihre Berater im Wahlkampf verkündeten, sie werde, falls sie Präsidentin werde, über Syrien eine Flugverbotszone ausrufen. Was eine Flugverbotszone bedeutet, haben wir nach Libyen sehr wohl verstanden. Dann hätte die russische Führung – die zu diesem Zeitpunkt in Syrien schon über Streitkräfte verfügte, einschließlich einer Luftwaffenkomponente – vor der Wahl gestanden, sich entweder aus Syrien zurückzuziehen und die Amerikaner dort nicht zu stören oder die Flugverbotszone zu verletzen und mit den Amerikanern in bewaffneten Kontakt zu geraten. Wenn ich das richtig verstehe, waren Hillary Clinton und die Leute an ihrer Seite durchaus entschlossen. Und wenn die Vorschläge von Frau Clinton umgesetzt worden wären, hätten sie den Weg zum ersten russisch-amerikanischen Krieg geebnet.

Es gibt noch andere Bereiche, in denen wir mit den Amerikanern aneinandergeraten könnten: Ich meine heftige Cyberattacken. Nicht das, was wir bisher gesehen haben, sondern beispielsweise, eine ganze Stadt, die lahmgelegt wird, oder ein großes Kraftwerk wird abgeschaltet, oder sonst was, was als feindseliger Akt eines anderen Staates gewertet werden könnte. Es kann zu Zwischenfällen mit Flugzeugen oder Kriegsschiffen kommen, vielleicht über dem Baltikum, vielleicht über dem Schwarzen Meer, wo es ja schon vorkam, dass man dicht aufeinander zuflog oder -navigierte. Die Möglichkeit von Zusammenstößen besteht also, und sie muss ernstgenommen werden.

Es gibt recht viele unterschiedliche Erklärungen für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den Staaten. Viele von ihnen sind oberflächlich, nicht überzeugend, einige sogar lächerlich. Wahrscheinlich gibt es wohl fundamentale Gründe für die Widersprüche zwischen unseren Ländern. Versuchen wir also, auf den Grund vorzustößen, wie die Archäologen sagen.

Beschreiben würde ich das so: Nach jedem großen Konflikt, in jedem Krieg – und der Kalte Krieg war ein großer Konflikt und einem Krieg gleichzusetzen – gibt es Sieger und Besiegte. Wenn wir den Kalten Krieg aus geopolitischer Perspektive betrachten, so haben die Vereinigten Staaten und deren Verbündete gesiegt, und die Sowjetunion oder

Russland, das seinerzeit Sowjetunion hieß, hat ihn verloren. Außerdem hat Russland eine sehr schmerzhaft Transformation durchgemacht, nachdem es den Kommunismus abgeschüttelt hatte.

Nach jedem Krieg gibt es zwei grundlegende Optionen. Entweder organisiert die siegreiche Seite auf den Ruinen des Krieges den Frieden auf eine Weise, dass die unterlegene Seite zu akzeptablen Bedingungen in ein neues System eingebunden wird. Das ist die eine Option.

Die andere besteht darin, das besiegte Land außerhalb des [neuen] Systems zu belassen und es zu zwingen, den bitteren Kelch des Unterlegenen zu leeren, wie es beispielsweise Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg erging.

Ich will nicht sagen, dass der Westen Russland nach dem Ende des Kalten Krieges gezwungen hätte, diesen bitteren Kelch zu leeren. Aber Russland musste die Folgen seiner geopolitischen Niederlage anerkennen. Und den Umstand, dass die Welt im Großen und Ganzen nicht unbedingt unter Berücksichtigung von Russlands Meinung eingerichtet wird, dass Russland nicht zu den Bedingungen in das neue Sicherheitssystem in Europa einbezogen wird, die es für sich als akzeptabel erachtet. Der Westen hat die Interessen Russlands nicht berücksichtigt.

Nehmen wir einmal an, die Vereinigten Staaten hätten Russland in die NATO aufgenommen, wie das Jelzin wollte und wie Putin es anfänglich versuchte. Was wäre geschehen? Herausgekommen wäre eine ziemlich fragmentierte euroatlantische Welt, in der den USA vorgeschlagen worden wäre, auf einem Spielbrett mit den führenden EU-Staaten zu agieren – und diese drei führenden Staaten wiederum hätten ein Triumvirat Berlin – Paris – Moskau bilden können gegen oder sagen wir neben dem Bund Washington – London.

Russland hätte, so denke ich, seine Lage ein paar Jahre lang genossen, es hätte angenommen, dass es das zweitmächtigste und zweiteinflussreichste Land der NATO ist, so eine Art »Vizepräsident der euroatlantischen Allianz«. Doch recht bald schon hätte Russland größere Ansprüche erhoben – auf einen gemeinsamen Vorsitz. Und Russland hätte dann Koalitionen gesucht, um seine Positionen zu stärken, vor allem mit Ländern wie Deutschland oder Frankreich. Die Frage ist nun: Was wäre von der NATO unter solchen Bedingungen geblieben? Und wo wäre die amerikanische Führung geblieben, die amerikanische Vorherrschaft, und was hätten die Vereinigten Staaten durch eine Aufnahme Russlands in die NATO gewonnen?

Ausgehend vom Primat der Eigeninteressen der USA, vom Primat ihres nationalen Egoismus, können wir zu dem Schluss gelangen, dass die amerikanische Weigerung, Russland in die NATO aufzunehmen, kein Ergebnis strategischer Kurzsichtigkeit war, sondern das einer recht nüchternen Kalkulation der Folgen.

Und Putin hat das ernsthaft vorgeschlagen?

Ich denke, ja. Der Putin der frühen 2000er Jahre wollte ein Bündnis mit dem Westen, da habe ich keine Zweifel. Nur hat Putin in den fast zwei Jahrzehnten, die er an der Macht ist, eine ganz beträchtliche Evolution vollzogen, unter anderem im Bereich der Außenpolitik.

Um es also zusammenzufassen: Der jetzige Konflikt zwischen Russland und Amerika ist eine Folge dessen, dass nach dem vorangegangenen Konflikt keine Regelung gefunden wurde, die sowohl die unterlegene als auch die Siegerseite zufriedengestellt hätte. Wenn die Verliererseite, wie die Geschichte zeigt, stark genug ist, über genug Ressourcen verfügt und – das ist die Hauptsache – den nötigen Willen und die Bereitschaft hat, sich dem Gegner zu widersetzen, dann muss man nur eine Weile warten, bis der Konflikt erneut ausbricht.

Was haben die Amerikaner nicht bedacht? Sie haben nicht bedacht, dass Russland eines der wenigen Länder ist, in denen die herrschende Schicht und die Gesellschaft (aus einer Reihe von Gründen, über die wir lange reden können) ganz prinzipiell keine Dominanz durch jemand anderen akzeptieren. Und die bereit sind, einen hohen Preis zu zahlen, um nicht zum Objekt dieser Dominanz zu werden.

Russland wiederum hat im Grunde den Platz, der ihm in der Welt nach dem Kalten Krieg angeboten wurde, aus einem ganz bestimmten Grund ausgeschlagen.

Die Eintrittskarte in das System schien recht günstig – es musste lediglich die Führung der Vereinigten Staaten von Amerika ernsthaft anerkannt werden: Wenn ihr die anerkennt, dann werdet ihr ins Zimmer gelassen und dann, nun ja, da ist dann vieles möglich, aber ihr seid ein Teil unserer Welt.

Und in dieser Welt befanden und befinden sich jetzt die unterschiedlichsten Länder, die längst nicht alle Demokratien sind, die längst nicht alle in sämtlicher Hinsicht sauber sind. Doch sie alle aber befinden sich dort, weil sie das Primat der amerikanischen Führung anerkennen.

Russland hat versucht, auf irgendeine Art durch diese Tür zu kommen; einige russische Führungskräfte haben das erklärt und sind wohl persönlich bereit gewesen, etwas zu unternehmen, doch wurden sie von der Gesellschaft und der Elite zurückgezogen.

Und Russland weigerte sich, eine amerikanische Führung anzuerkennen. Als das klar wurde, war es nur noch eine Frage der Zeit, wann und unter welchen Bedingungen Russland mit den Vereinigten Staaten zusammenstoßen würde. Weil die USA prinzipiell und niemals eine Gleichstellung mit einem anderen Land akzeptieren, nicht einmal mit China, wenn Amerika im nach Dollar bemessenen Bruttoinlandsprodukt von ihm überholt werden sollte.

Unsere Propaganda wie auch Politiker sagen gern, dass die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zu den USA unter Trump eine Folge der internen Widersprüche in der amerikanischen Elite sei. Und Trump – obwohl er bereit ist, sich mit uns zu arrangieren – sei genötigt, Härte zu zeigen, um die demokratischen Opponenten in Schach zu halten und den Verdacht eines Komplotts mit den Russen loszuwerden. Wie stark wirkt dieser Faktor auf die Krise in unseren Beziehungen zu den USA?

In den USA ist die Innenpolitik das Allerwichtigste. Für die Amerikaner spielt die Außenpolitik im Prinzip eine zweit-rangige Rolle, da sie ausschließlich den internen Interessen Amerikas untergeordnet ist. Russland als solches gibt es für Amerikaner im Großen und Ganzen nicht.

Die Sanktionen belegen, dass Russland für die Vereinigten Staaten keinen Wert darstellt, deshalb werden alle Sanktionen so leicht akzeptiert. Wenn Russland einen Wert darstellen würde, wäre die Situation eine andere.

Und weil es für Trumps Gegner nichts Wichtigeres gibt, als ihn zu Fall zu bringen, wird Russland als Knüppel eingesetzt, solange Trump an der Macht ist. Wenn Trump geht, dann können wir uns ausmalen, sollte es einen demokratischen Präsidenten geben, dass dieser zumindest anfänglich eine sehr harte Position gegenüber Russland einnehmen wird.

Bislang heißt es, dass Trump den Russen gegenüber zu milde sei, dass er, selbst wenn er all die Sanktionsgesetze und -erlasse unterzeichnet hat, in Wirklichkeit eine gewisse Warmherzigkeit gegenüber Russland empfinde. Und dass er sogar von Putin abhängig sei. Meiner Ansicht nach ist das völliger Schwachsinn, doch der findet bei jenen, die daran glauben, ein sehr großes Publikum. Deshalb denke ich, dass der Beginn der nächsten Präsidentschaft ebenfalls sehr schwer würde für die Beziehungen.

Und es gibt noch einen Faktor. Keiner der in der amerikanischen Innenpolitik profilierten führenden Politiker wird sich in der Kommunikation mit Putin sonderlich frei fühlen. Solange Putin an der Macht ist, wird es ganz erhebliche Vorbehalte auf amerikanischer Seite geben.

Ist Putin für die Amerikaner toxisch?

Genau. Sie fürchten ihn, und gleichzeitig hassen ihn viele. Die Dämonisierung Putins in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit macht jeden, der sich ihm zu sehr nähert, bereits zu einem potenziellen Verdächtigen.

*Original vom 27.09.2018. Interview von Andrej Lipski (Novaya Gazeta).
Übersetzung (gekürzt) aus dem Russischen von Hartmut Schröder*

Über den Autor

Dimitri Trenin (geb. 1955) ist ein russischer Politologe und seit 2008 Leiter des Moskauer Carnegie-Zentrums. Carnegie ist ein US-amerikanischer Thinktank. Das Moskauer Zentrum forscht zu russlandspezifischen Fragen. Trenin gilt als einer der renommiertesten Russland-Experten. Dennoch wurde er etwa dafür kritisiert, dass er als ein assoziierter Experte mit dem russischen Forschungsinstitut *Dialog der Zivilisationen* zusammenarbeitet. Diese Denkfabrik mit Hauptsitz in Berlin bündelt zwar die Expertise einiger im Westen anerkannter Wissenschaftler, gilt aber für manche Beobachter zugleich auch als ein Propaganda-Werkzeug des Kreml.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

UMFRAGEN

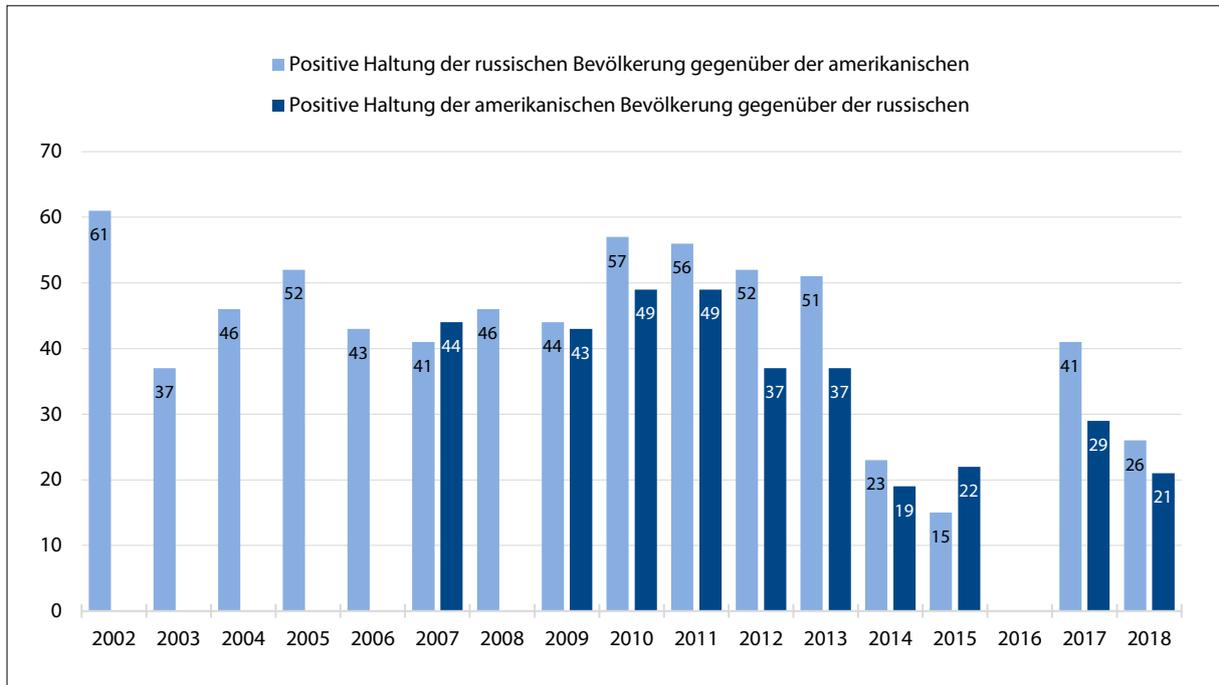
Rüstungskontrolle und Meinung der russischen Bevölkerung und Eliten zu den russisch-US-amerikanischen Beziehungen

**Tabelle 1: Wahrnehmung der russischen Bevölkerung von Ländern als am wenigsten freundschaftlich oder feindselig gegenüber Russland im internationalen Vergleich, 2006–2020, %
Welche 5 Länder sind Ihrer Meinung nach die am wenigsten freundschaftlich verbundenen, feindseligsten gegenüber Russland?**

	2006	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
USA	37	35	45	26	33	35	38	69	73	72	69	78	67	60
Ukraine	27	23	41	13	20	15	11	30	37	48	50	49	40	35
Großbritannien	5	3	8	6	8	7	9	18	21	18	15	38	38	29
Lettland	46	36	35	36	35	26	21	23	25	23	24	26	27	26
Litauen	42	32	35	35	34	25	17	24	25	23	24	23	26	26
Polen	7	20	10	14	20	8	8	12	22	24	21	24	22	26
Georgien	44	46	62	57	50	41	33	19	11	10	9	8	11	16
Deutschland	2	2	3	1	4	3	3	18	19	19	24	17	18	15
Estland	28	60	30	28	30	23	16	21	19	16	16	15	12	11
Afghanistan	12	11	7	14	15	8	10	5	4	2	3	3	4	7
Kanada	1	<1	1	<1	1	1	1	7	8	6	3	8	9	7
Irak	9	8	5	9	9	8	7	3	2	2	3	4	5	6
Iran	7	7	3	7	7	7	5	2	2	2	2	2	3	4
Syrien	<1	<1	<1	<1	1	2	3	1	1	3	4	4	4	4
Japan	4	3	3	3	9	6	7	5	6	5	6	3	4	4
Israel	4	3	3	2	3	3	3	2	2	2	1	5	4	3
China	–	3	3	4	4	4	5	1	<1	1	2	1	3	3
Türkei	1	1	1	1	1	1	2	1	1	29	8	3	2	3
Frankreich	1	1	1	<1	1	1	2	5	7	4	8	8	8	3
Australien	<1	<1	<1	<1	1	<1	<1	1	3	2	1	1	2	2
Bulgarien	1	1	<1	<1	2	<1	<1	<1	1	1	<1	1	2	2
Niederlande	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	1	1	1	2
Italien	<1	<1	1	<1	<1	1	<1	1	3	1	1	1	1	2
Pakistan	–	–	–	–	–	–	–	–	–	<1	1	1	2	2
Rumänien	2	2	3	3	3	1	2	2	3	2	2	2	2	2
Saudi Arabien	–	1	<1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	2	2
Nordkorea	<1	1	1	1	1	1	4	2	1	1	2	2	2	2
Aserbaidschan	4	4	2	3	5	2	4	2	1	2	1	1	1	2
Armenien	3	2	1	3	4	1	1	<1	1	1	<1	1	1	2
Belarus	2	5	2	3	8	3	2	<1	1	1	1	1	1	2
Vietnam	–	–	–	–	–	–	–	–	–	<1	<1	<1	1	2
Tschechische Republik	1	2	1	<1	1	1	<1	1	2	1	<1	1	1	2
Ungarn	1	<1	<1	1	1	1	<1	1	<1	<1	1	1	1	2
Keine	4	2	3	4	14	7	7	3	3	5	3	2	3	7
Schwer zu sagen	19	17	15	17	1	21	24	17	14	10	11	10	7	7

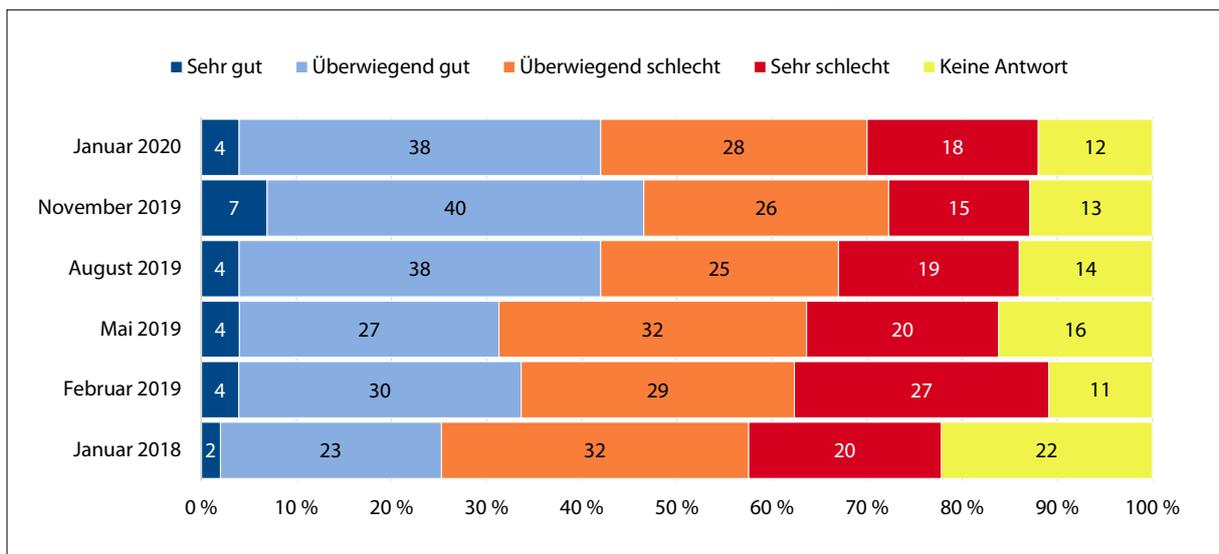
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–26. August 2020, veröffentlicht am 20. September 2020; <https://www.levada.ru/en/2020/09/30/attitudes-toward-countries-4/>

Grafik 1: Vergleich der Haltungen der russischen und amerikanischen Bevölkerung der jeweils anderen gegenüber 2002–2018, %



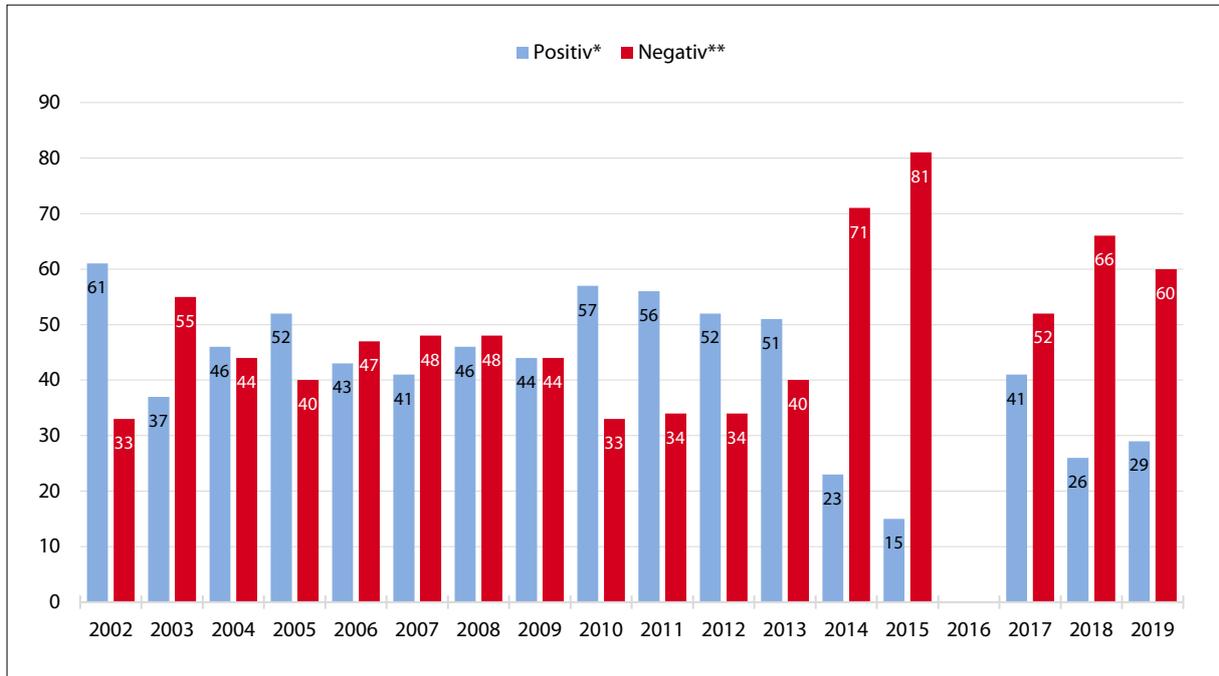
Quelle: Pew Research Center, Global Attitudes Survey im Frühjahr 2018; <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/10/04/6-charts-on-how-russians-and-americans-see-each-other/>

**Grafik 2: Haltung der russischen Bevölkerung gegenüber den USA
Wie denken Sie aktuell allgemein über die USA? (eine Antwortmöglichkeit), %**



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23. bis 29. Januar 2020, veröffentlicht am 18. Februar 2020; <https://www.levada.ru/2020/02/18/otnoshenie-k-stranam-6/>

**Grafik 3: Perspektive der russischen Bevölkerung in Bezug auf die USA 2002–2019, %
Haben Sie eine eher positive, sehr positive, etwas negative oder sehr negative Sicht auf die USA?**

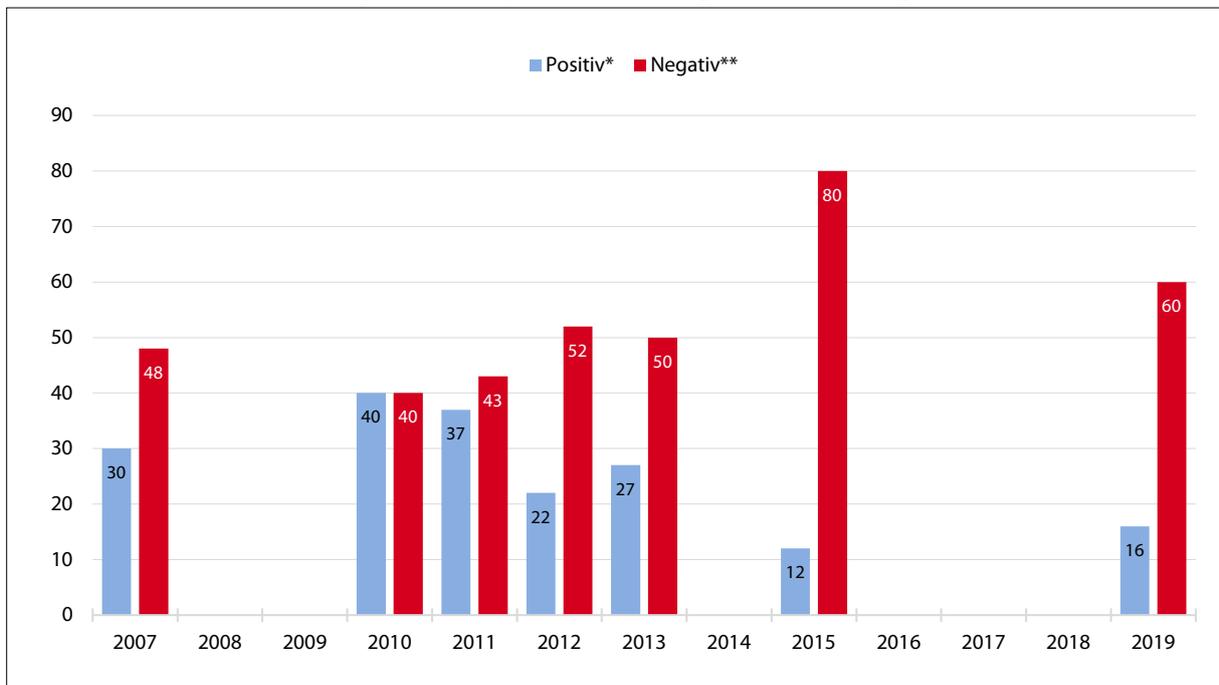


* Positiv beinhaltet die Antwortmöglichkeiten sehr positiv und eher positiv.

** Negativ beinhaltet die Antwortmöglichkeiten etwas negativ und eher negativ.

Quelle: Pew Research Center, Global Indicators Database, Länderprofil Russland; <https://www.pewresearch.org/global/database/indicator/1/country/ru/>

**Grafik 4: Perspektive der russischen Bevölkerung in Bezug auf die NATO 2007–2019, %
Haben Sie eine eher positive, sehr positive, etwas negative oder sehr negative Sicht auf die NATO?**



* Positiv beinhaltet die Antwortmöglichkeiten sehr positiv und eher positiv.

** Negativ beinhaltet die Antwortmöglichkeiten etwas negativ und eher negativ.

Quelle: Pew Research Center, Global Indicators Database, Länderprofil Russland; <https://www.pewresearch.org/global/database/indicator/1/country/ru/>

**Tabelle 2: Meinung der russischen Bevölkerung hinsichtlich der Frage, ob westliche NATO-Mitgliedsstaaten einen Grund haben, sich vor Russland in Acht zu nehmen, 1997–2020, %
Haben westliche Länder, die zur NATO gehören, Ihrer Meinung nach einen Grund, sich vor Russland in Acht zu nehmen?**

	Definitiv ja	Wahrscheinlich ja	Wahrscheinlich nein	Definitiv nein	Schwer zu sagen
Januar 2020	12	23	39	22	5
Dezember 2017	14	27	33	16	11
November 2016	10	27	29	23	10
November 2015	13	26	30	21	10
März 2014	14	30	30	15	10
Juli 2008	12	21	36	24	8
April 2007	7	21	33	24	15
Juni 2006	10	21	38	22	10
April 2006	9	25	37	20	9
Februar 2002	7	22	38	20	14
Februar 2001	8	16	40	25	12
August 2000	8	20	38	19	14
April 1997	11	16	32	27	13

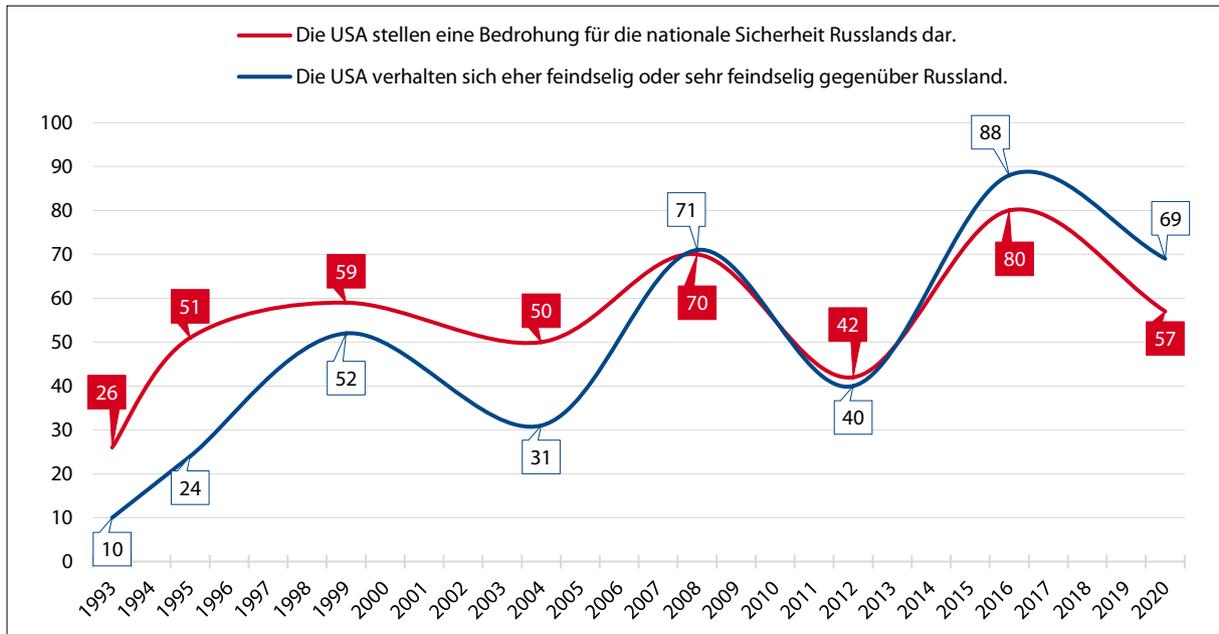
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–29. Januar 2020, veröffentlicht am 28. Februar 2020; <https://www.levada.ru/en/2020/02/28/russia-and-the-west/>

**Tabelle 3: Meinung der russischen Bevölkerung hinsichtlich der Frage, ob Russland einen Grund hat, sich vor westlichen NATO-Ländern in Acht zu nehmen, 1997–2020, %
Hat Russland Ihrer Meinung nach einen Grund, sich vor westlichen Ländern, die zur NATO gehören, in Acht zu nehmen?**

	Definitiv ja	Wahrscheinlich ja	Wahrscheinlich nein	Definitiv nein	Schwer zu sagen
Januar 2020	16	36	32	12	5
Dezember 2017	17	40	24	6	13
November 2016	15	42	24	7	12
November 2015	16	38	26	10	11
März 2014	17	45	22	5	11
März 2011	21	42	21	3	12
März 2009	22	40	21	6	12
Juli 2008	23	39	21	8	10
April 2007	14	35	27	8	16
Juni 2006	22	40	22	7	10
April 2006	15	43	26	8	9
Februar 2002	14	42	23	7	14
Februar 2001	25	33	22	8	13
August 2000	16	38	25	7	14
Mai 1999	27	36	22	7	10
März 1999	27	37	23	6	9
April 1997	26	34	18	9	13

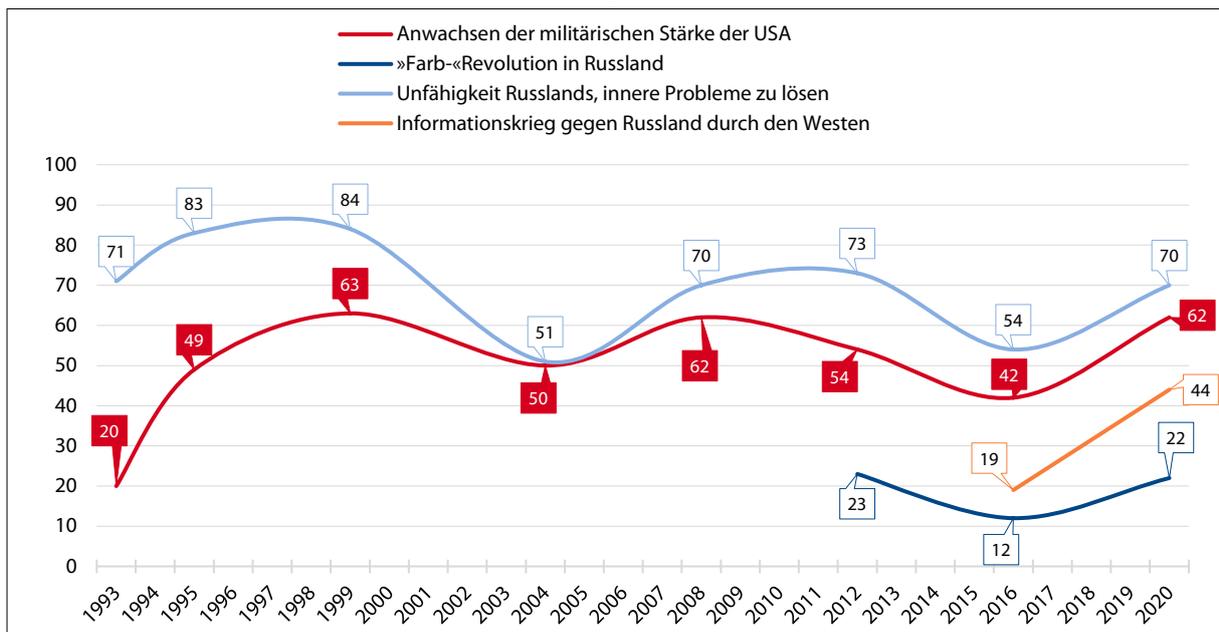
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–29. Januar 2020, veröffentlicht am 28. Februar 2020; <https://www.levada.ru/en/2020/02/28/russia-and-the-west/>

Grafik 5: Wahrnehmung der USA als Sicherheitsbedrohung oder Feind für Russland aus Sicht der russischen Eliten 1993–2020, %
Glauben Sie, die USA stellen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands dar?
Geben Sie für die genannten Länder oder internationalen Organisationen jeweils an, wie freundschaftlich oder feindselig sie sich gegenüber Russland heute verhalten: sehr freundschaftlich, eher freundschaftlich, neutral, eher feindselig oder sehr feindselig (USA)



Quelle: Rivera, S. W. et al. (2020): Survey of Russian Elites 2020. New Perspectives on Foreign and Domestic Policy; <https://www.hamilton.edu/documents/SRE2020ReportFINAL.pdf>

Grafik 6: Wahrgenommene Bedrohungen für Russlands Sicherheit aus Sicht der russischen Eliten im Vergleich, 1993–2020, %
Welche der folgenden Bedrohungen stellen die größte in Bezug auf die Sicherheit Russlands dar und welche überhaupt keine Bedrohung? Einordnung auf einer Skala von 1 (Keine Gefahr) bis 5 (Größte Gefahr).*



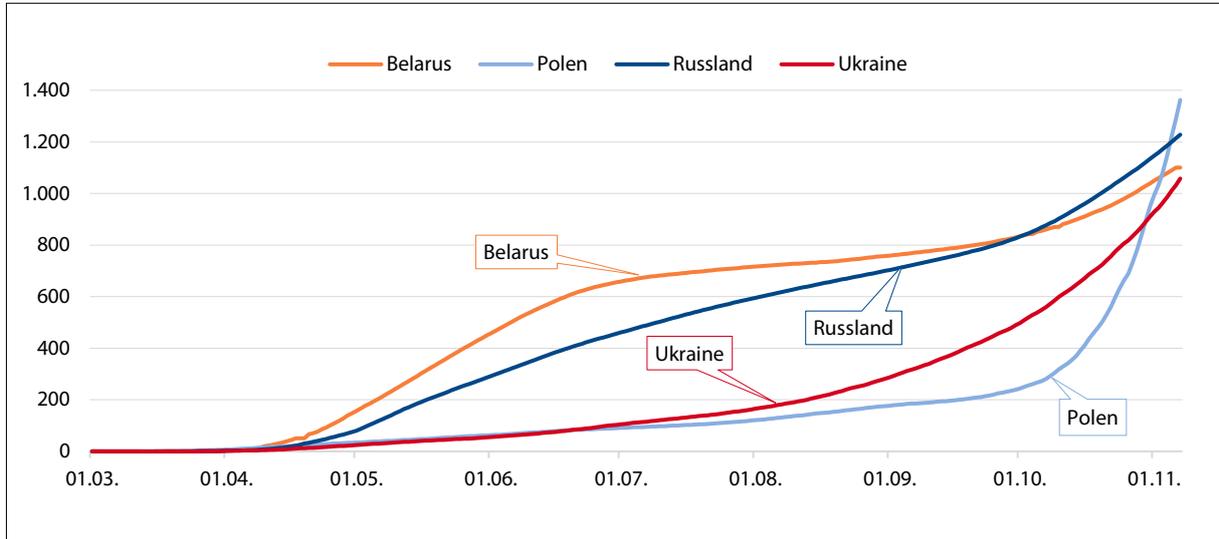
* Grafik beinhaltet die Aussagen der Befragten, die die Bedrohung als 4 oder 5 bewertet haben.

Quelle: Rivera, S. W. et al. (2020): Survey of Russian Elites 2020. New Perspectives on Foreign and Domestic Policy; <https://www.hamilton.edu/documents/SRE2020ReportFINAL.pdf>

STATISTIK

Covid-19 in Russland

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 7. November 2020)



Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.11.2020, 11:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 7. November 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	1	0	2	1
02.03.	1	0	3	1
03.03.	1	0	3	1
04.03.	6	1	3	1
05.03.	6	1	4	1
06.03.	6	5	13	1
07.03.	6	5	13	1
08.03.	6	11	17	1
09.03.	6	16	17	1
10.03.	9	22	20	1
11.03.	9	31	20	1
12.03.	12	49	28	1
13.03.	27	68	45	3
14.03.	27	103	59	3
15.03.	27	119	63	3
16.03.	36	177	90	7
17.03.	36	238	114	14
18.03.	51	251	147	14
19.03.	51	355	199	16
20.03.	69	425	253	29
21.03.	76	536	306	47
22.03.	76	634	367	73
23.03.	81	749	438	73
24.03.	81	901	495	97
25.03.	86	1.051	658	145
26.03.	86	1.221	840	196
27.03.	94	1.389	1.036	310
28.03.	94	1.638	1.264	356
29.03.	94	1.862	1.534	475
30.03.	152	2.055	1.836	548
31.03.	152	2.311	2.337	645
01.04.	163	2.554	2.777	794
02.04.	304	2.946	3.548	897
03.04.	351	3.383	4.149	1.072
04.04.	440	3.627	4.731	1.225
05.04.	562	4.102	5.389	1.308
06.04.	700	4.413	6.343	1.319
07.04.	861	4.848	7.497	1.462
08.04.	1.066	5.205	8.672	1.668
09.04.	1.486	5.575	10.131	1.892
10.04.	1.981	5.955	11.917	2.203
11.04.	2.226	6.356	13.584	2.511
12.04.	2.578	6.674	15.770	2.777
13.04.	2.919	6.934	18.328	3.102
14.04.	3.281	7.202	21.102	3.372
15.04.	3.728	7.582	24.490	3.764
16.04.	4.204	7.918	27.938	4.161
17.04.	4.779	8.379	32.008	4.662

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 7. November 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
18.04.	4.779	8.742	36.793	5.106	11.06.	51.816	28.201	501.800	29.706
19.04.	4.779	9.287	42.853	5.449	12.06.	52.520	28.577	510.761	30.415
20.04.	6.264	9.593	47.121	5.710	13.06.	53.241	29.017	519.458	31.177
21.04.	6.723	9.856	52.763	6.125	14.06.	53.973	29.392	528.267	31.851
22.04.	7.281	10.169	57.999	6.592	15.06.	54.680	29.788	536.484	32.536
23.04.	8.022	10.511	62.773	7.170	16.06.	55.369	30.195	544.725	33.209
24.04.	8.773	10.892	68.622	7.647	17.06.	56.032	30.701	552.549	33.986
25.04.	9.590	11.273	74.588	8.125	18.06.	56.657	31.015	560.321	34.833
26.04.	10.463	11.617	80.949	8.617	19.06.	57.333	31.316	568.292	35.755
27.04.	11.289	11.902	87.147	9.009	20.06.	57.936	31.620	576.162	36.615
28.04.	12.208	12.218	93.558	9.410	21.06.	58.505	31.931	583.879	37.361
29.04.	13.181	12.640	99.399	9.866	22.06.	59.023	32.227	591.465	38.056
30.04.	14.027	12.877	106.498	10.406	23.06.	59.487	32.527	598.878	38.901
01.05.	14.917	13.105	114.431	10.861	24.06.	59.945	32.821	606.043	39.852
02.05.	15.828	13.375	124.054	11.411	25.06.	60.382	33.119	613.148	40.854
03.05.	16.705	13.693	134.687	11.913	26.06.	60.713	33.395	619.936	41.975
04.05.	17.489	14.006	145.268	12.331	27.06.	61.095	33.714	626.779	42.932
05.05.	18.350	14.431	155.370	12.697	28.06.	61.475	33.907	633.563	43.856
06.05.	19.255	14.740	165.929	13.184	29.06.	61.790	34.154	640.246	44.538
07.05.	20.168	15.047	177.160	13.691	30.06.	62.118	34.393	646.929	45.254
08.05.	21.101	15.366	187.859	14.195	01.07.	62.424	34.775	653.479	45.924
09.05.	22.052	15.651	198.676	14.710	02.07.	62.698	35.146	660.231	46.821
10.05.	22.973	15.996	209.688	15.232	03.07.	62.997	35.405	666.941	47.705
11.05.	23.906	16.326	221.344	15.648	04.07.	63.270	35.719	673.564	48.628
12.05.	24.873	16.921	232.243	16.023	05.07.	63.554	35.950	680.283	49.468
13.05.	25.825	17.204	242.271	16.425	06.07.	63.804	36.155	686.852	50.053
14.05.	26.772	17.615	252.245	16.847	07.07.	64.003	36.412	693.215	50.622
15.05.	27.730	18.016	262.843	17.330	08.07.	64.224	36.689	699.749	51.457
16.05.	28.681	18.257	272.043	17.858	09.07.	64.411	36.951	706.240	52.285
17.05.	29.650	18.529	281.752	18.291	10.07.	64.604	37.216	712.863	53.116
18.05.	30.572	18.885	290.678	18.616	11.07.	64.767	37.521	719.449	53.941
19.05.	31.508	19.268	299.941	18.876	12.07.	64.932	37.891	726.036	54.647
20.05.	32.426	19.739	308.705	19.230	13.07.	65.114	38.190	732.547	55.285
21.05.	33.371	20.143	317.554	19.706	14.07.	65.269	38.457	738.787	55.931
22.05.	34.303	20.619	326.448	20.148	15.07.	65.443	38.721	745.197	56.779
23.05.	35.244	20.931	335.882	20.580	16.07.	65.623	39.054	751.612	57.640
24.05.	36.198	21.326	344.481	20.986	17.07.	65.782	39.407	758.001	58.466
25.05.	37.144	21.631	353.427	21.245	18.07.	65.953	39.746	764.215	59.333
26.05.	38.059	22.074	362.342	21.584	19.07.	66.095	40.104	770.311	60.077
27.05.	38.956	22.473	370.680	21.905	20.07.	66.213	40.383	776.212	60.767
28.05.	39.858	22.825	379.051	22.382	21.07.	66.348	40.782	782.040	61.454
29.05.	40.764	23.155	387.623	22.811	22.07.	66.521	41.162	787.890	62.295
30.05.	41.658	23.571	396.575	23.204	23.07.	66.688	41.580	793.720	63.169
31.05.	42.556	23.786	405.843	23.672	24.07.	66.846	42.038	799.499	64.173
01.06.	43.403	24.165	414.328	24.562	25.07.	67.002	42.622	805.332	65.317
02.06.	44.255	24.395	423.186	24.895	26.07.	67.132	43.065	811.073	66.261
03.06.	45.116	24.687	431.715	25.385	27.07.	67.251	43.402	816.680	67.096
04.06.	45.981	25.048	440.538	25.981	28.07.	67.366	43.904	822.060	68.030
05.06.	46.868	25.410	449.256	26.542	29.07.	67.518	44.416	827.509	69.078
06.06.	47.751	25.986	458.102	27.101	30.07.	67.665	45.031	832.993	70.300
07.06.	48.630	26.561	467.073	27.599	31.07.	67.808	45.688	838.461	71.404
08.06.	49.453	27.160	476.043	28.077	01.08.	67.946	46.346	843.890	72.609
09.06.	50.265	27.560	484.630	28.479	02.08.	68.067	46.894	849.277	73.761
10.06.	51.066	27.842	493.023	29.015	03.08.	68.166	47.469	854.641	74.781

Fortsetzung auf der nächsten Seite

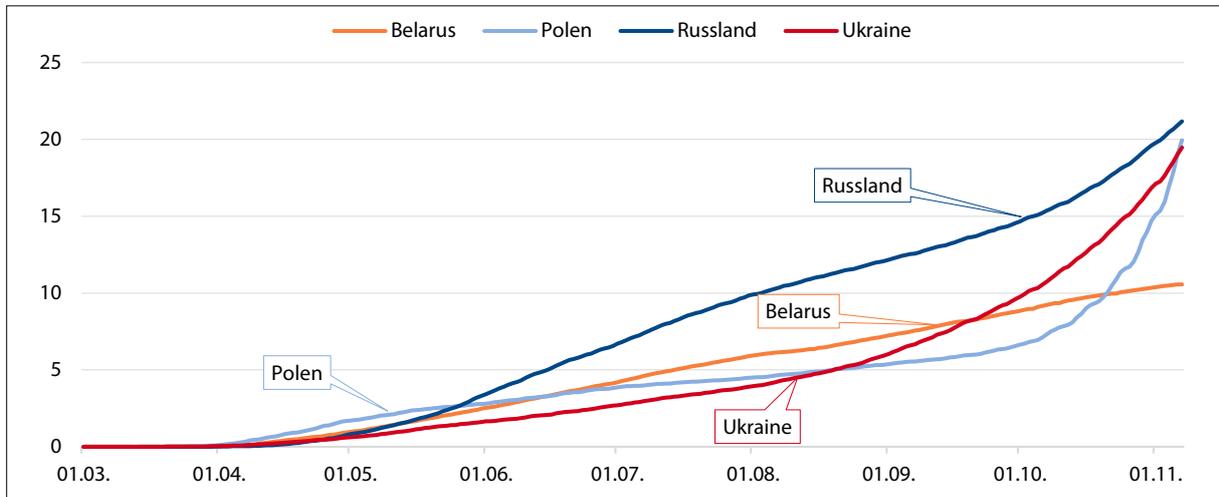
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle insgesamt, 1. März – 7. November 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
04.08.	68.250	48.149	859.762	75.880	21.09.	75.898	79.988	1.105.048	182.900
05.08.	68.376	48.789	864.948	77.169	22.09.	76.104	80.699	1.111.157	185.890
06.08.	68.503	49.515	870.187	78.515	23.09.	76.357	81.673	1.117.487	189.488
07.08.	68.614	50.324	875.378	80.018	24.09.	76.651	82.809	1.123.976	192.966
08.08.	68.738	51.167	880.563	81.534	25.09.	76.957	84.396	1.131.088	196.631
09.08.	68.850	51.791	885.718	82.767	26.09.	77.289	85.980	1.138.509	200.566
10.08.	68.947	52.410	890.799	83.812	27.09.	77.609	87.330	1.146.273	203.799
11.08.	69.005	52.961	895.691	85.023	28.09.	77.946	88.636	1.154.299	206.579
12.08.	69.102	53.676	900.745	86.504	29.09.	78.260	89.962	1.162.428	210.309
13.08.	69.203	54.487	905.762	88.136	30.09.	78.631	91.514	1.170.799	214.446
14.08.	69.308	55.319	910.778	89.917	01.10.	79.019	93.481	1.179.634	218.625
15.08.	69.308	56.090	915.808	91.795	02.10.	79.421	95.773	1.188.928	223.376
16.08.	69.516	56.684	920.719	93.490	03.10.	79.852	98.140	1.198.663	228.161
17.08.	69.589	57.279	925.558	95.007	04.10.	79.852	100.074	1.209.039	232.424
18.08.	69.673	57.876	930.276	96.653	05.10.	80.696	102.080	1.219.796	236.329
19.08.	69.801	58.611	935.066	98.658	06.10.	81.090	104.316	1.231.277	240.811
20.08.	69.950	59.378	939.833	100.810	07.10.	81.505	107.319	1.242.258	245.698
21.08.	70.111	60.281	944.671	102.948	08.10.	81.982	111.599	1.253.603	251.243
22.08.	70.285	61.181	949.531	105.337	09.10.	82.471	116.338	1.265.572	257.204
23.08.	70.468	61.762	954.328	107.379	10.10.	82.471	121.638	1.278.245	263.105
24.08.	70.645	62.310	959.016	109.234	11.10.	83.534	125.816	1.291.687	268.065
25.08.	70.727	63.073	963.655	110.949	12.10.	83.998	130.210	1.305.093	272.671
26.08.	70.974	63.802	968.297	112.653	13.10.	84.524	135.278	1.318.783	277.982
27.08.	71.165	64.689	972.972	114.663	14.10.	85.121	141.804	1.332.824	283.762
28.08.	71.346	65.480	977.730	117.172	15.10.	85.734	149.903	1.346.380	289.022
29.08.	71.523	66.239	982.573	119.751	16.10.	86.392	157.608	1.361.317	295.227
30.08.	71.687	66.870	987.470	121.930	17.10.	87.063	167.230	1.376.020	301.856
31.08.	71.843	67.372	992.402	124.132	18.10.	87.698	175.766	1.390.824	307.301
01.09.	71.962	67.922	997.072	126.279	19.10.	88.290	183.248	1.406.667	312.287
02.09.	72.141	68.517	1.001.965	128.833	20.10.	88.909	192.539	1.422.775	317.967
03.09.	72.302	69.129	1.006.923	131.300	21.10.	89.642	202.579	1.438.219	324.942
04.09.	72.485	69.820	1.011.987	134.069	22.10.	90.380	214.686	1.453.923	332.262
05.09.	72.663	70.387	1.017.131	136.966	23.10.	91.167	228.318	1.471.000	340.042
06.09.	72.859	70.824	1.022.228	139.171	24.10.	91.978	241.946	1.487.260	347.317
07.09.	73.031	71.126	1.027.334	141.424	25.10.	92.823	253.688	1.503.652	353.723
08.09.	73.208	71.526	1.032.354	143.914	26.10.	93.707	263.929	1.520.800	359.348
09.09.	73.402	71.947	1.037.526	146.511	27.10.	94.609	280.229	1.537.142	366.233
10.09.	73.591	72.453	1.042.836	149.146	28.10.	95.545	299.049	1.553.028	374.023
11.09.	73.784	73.047	1.048.257	152.373	29.10.	96.529	319.205	1.570.446	381.664
12.09.	73.975	73.650	1.053.663	155.558	30.10.	97.499	340.834	1.588.433	390.272
13.09.	74.173	74.152	1.059.024	158.122	31.10.	98.482	362.731	1.606.267	399.330
14.09.	74.360	74.529	1.064.438	160.679	01.11.	99.459	379.902	1.624.648	407.573
15.09.	74.552	75.134	1.069.873	163.678	02.11.	100.400	395.480	1.642.665	414.567
16.09.	74.763	75.734	1.075.485	166.694	03.11.	101.329	414.844	1.661.096	423.683
17.09.	74.987	76.571	1.081.152	170.373	04.11.	102.313	439.536	1.680.579	433.492
18.09.	75.230	77.328	1.086.955	173.703	05.11.	103.295	466.679	1.699.695	443.630
19.09.	75.461	78.330	1.092.915	177.048	06.11.	104.286	493.765	1.720.063	453.565
20.09.	75.674	79.240	1.098.958	180.119	07.11.	104.286	521.640	1.740.172	464.598

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.11.2020, 11:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 7. November 2020)



Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.11.2020, 11:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 7. November 2020)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.03.	0	0	0	0
02.03.	0	0	0	0
03.03.	0	0	0	0
04.03.	0	0	0	0
05.03.	0	0	0	0
06.03.	0	0	0	0
07.03.	0	0	0	0
08.03.	0	0	0	0
09.03.	0	0	0	0
10.03.	0	0	0	0
11.03.	0	0	0	0
12.03.	0	1	0	0
13.03.	0	2	0	1
14.03.	0	3	0	1
15.03.	0	3	0	1
16.03.	0	4	0	1
17.03.	0	5	0	2
18.03.	0	5	0	2
19.03.	0	5	1	2
20.03.	0	5	1	3
21.03.	0	5	1	3
22.03.	0	7	1	3
23.03.	0	8	1	3
24.03.	0	10	1	3
25.03.	0	14	3	5
26.03.	0	16	3	5
27.03.	0	16	4	5
28.03.	0	18	4	9
29.03.	0	22	8	10

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
30.03.	0	31	9	13
31.03.	1	33	17	17
01.04.	2	43	24	20
02.04.	4	57	30	22
03.04.	4	71	34	27
04.04.	5	79	43	32
05.04.	8	94	45	37
06.04.	13	107	47	38
07.04.	13	129	58	45
08.04.	13	159	63	52
09.04.	16	174	76	57
10.04.	19	181	94	69
11.04.	23	208	106	73
12.04.	26	232	130	83
13.04.	29	245	148	93
14.04.	33	263	170	98
15.04.	36	286	198	108
16.04.	40	314	232	116
17.04.	42	332	273	125
18.04.	45	347	313	133
19.04.	47	360	361	141
20.04.	51	380	405	151
21.04.	55	401	456	161
22.04.	58	426	513	174
23.04.	60	454	555	187
24.04.	63	494	615	201
25.04.	67	524	681	201
26.04.	72	535	747	209
27.04.	75	562	794	220

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 7. November 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
28.04.	79	596	867	239
29.04.	84	624	972	250
30.04.	89	644	1.073	261
01.05.	93	651	1.169	272
02.05.	97	664	1.222	279
03.05.	99	678	1.280	288
04.05.	103	698	1.356	303
05.05.	107	716	1.451	316
06.05.	112	733	1.537	327
07.05.	116	755	1.625	340
08.05.	121	776	1.723	361
09.05.	126	785	1.827	376
10.05.	131	800	1.915	391
11.05.	135	811	2.009	408
12.05.	142	839	2.116	425
13.05.	146	861	2.212	439
14.05.	151	883	2.305	456
15.05.	156	907	2.418	476
16.05.	160	915	2.537	497
17.05.	165	925	2.631	514
18.05.	171	936	2.722	535
19.05.	175	948	2.837	548
20.05.	179	962	2.972	564
21.05.	185	972	3.099	579
22.05.	190	982	3.249	588
23.05.	194	993	3.388	605
24.05.	199	996	3.541	617
25.05.	204	1.007	3.633	623
26.05.	208	1.024	3.807	644
27.05.	214	1.028	3.968	658
28.05.	219	1.038	4.142	669
29.05.	224	1.051	4.374	679
30.05.	229	1.061	4.555	696
31.05.	235	1.064	4.693	708
01.06.	240	1.074	4.849	724
02.06.	243	1.092	5.031	733
03.06.	248	1.115	5.208	742
04.06.	253	1.117	5.376	755
05.06.	259	1.137	5.520	770
06.06.	263	1.153	5.717	785
07.06.	269	1.157	5.851	796
08.06.	276	1.166	5.963	805
09.06.	282	1.183	6.134	818
10.06.	288	1.206	6.350	841
11.06.	293	1.215	6.522	864
12.06.	298	1.222	6.705	880
13.06.	303	1.237	6.819	890
14.06.	308	1.247	6.938	899
15.06.	312	1.256	7.081	911
16.06.	318	1.272	7.274	922
17.06.	324	1.286	7.468	953
18.06.	331	1.316	7.650	976
19.06.	337	1.334	7.831	995
20.06.	343	1.346	7.992	1.004

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
21.06.	346	1.356	8.101	1.012
22.06.	351	1.359	8.196	1.022
23.06.	357	1.375	8.349	1.045
24.06.	362	1.396	8.503	1.061
25.06.	367	1.412	8.594	1.078
26.06.	373	1.429	8.770	1.097
27.06.	377	1.435	8.958	1.121
28.06.	383	1.438	9.060	1.142
29.06.	387	1.444	9.152	1.161
30.06.	392	1.463	9.306	1.173
01.07.	398	1.477	9.521	1.188
02.07.	405	1.492	9.668	1.200
03.07.	412	1.507	9.844	1.227
04.07.	418	1.512	10.011	1.243
05.07.	423	1.517	10.145	1.265
06.07.	429	1.521	10.280	1.278
07.07.	436	1.528	10.478	1.299
08.07.	443	1.542	10.650	1.323
09.07.	449	1.551	10.826	1.344
10.07.	454	1.562	11.000	1.362
11.07.	459	1.568	11.188	1.389
12.07.	464	1.571	11.318	1.400
13.07.	468	1.576	11.422	1.415
14.07.	474	1.588	11.597	1.429
15.07.	480	1.594	11.753	1.444
16.07.	485	1.605	11.920	1.462
17.07.	491	1.612	12.106	1.473
18.07.	495	1.618	12.228	1.496
19.07.	499	1.624	12.323	1.504
20.07.	503	1.627	12.408	1.517
21.07.	507	1.636	12.561	1.537
22.07.	513	1.642	12.726	1.553
23.07.	519	1.651	12.873	1.570
24.07.	524	1.655	13.026	1.591
25.07.	530	1.664	13.172	1.610
26.07.	534	1.671	13.249	1.625
27.07.	538	1.676	13.334	1.636
28.07.	543	1.682	13.483	1.650
29.07.	548	1.694	13.650	1.673
30.07.	553	1.709	13.778	1.697
31.07.	559	1.716	13.939	1.717
01.08.	563	1.721	14.034	1.733
02.08.	567	1.731	14.104	1.749
03.08.	571	1.732	14.183	1.762
04.08.	574	1.738	14.327	1.788
05.08.	577	1.756	14.465	1.813
06.08.	580	1.774	14.579	1.846
07.08.	583	1.787	14.698	1.879
08.08.	585	1.800	14.827	1.906
09.08.	587	1.807	14.903	1.925
10.08.	589	1.809	14.973	1.950
11.08.	592	1.821	15.103	1.979
12.08.	595	1.830	15.231	1.999
13.08.	599	1.844	15.353	2.023

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März – 7. November 2020) (Fortsetzung)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine	Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
14.08.	603	1.858	15.467	2.042	26.09.	813	2.424	20.140	3.988
15.08.	603	1.869	15.585	2.076	27.09.	818	2.432	20.239	4.044
16.08.	610	1.877	15.653	2.100	28.09.	822	2.447	20.299	4.082
17.08.	613	1.885	15.707	2.122	29.09.	828	2.483	20.456	4.154
18.08.	617	1.896	15.836	2.152	30.09.	833	2.513	20.630	4.221
19.08.	622	1.913	15.951	2.182	01.10.	839	2.543	20.796	4.288
20.08.	627	1.925	16.058	2.225	02.10.	844	2.570	20.981	4.357
21.08.	632	1.938	16.148	2.248	03.10.	851	2.604	21.153	4.451
22.08.	637	1.951	16.268	2.286	04.10.	851	2.630	21.260	4.495
23.08.	642	1.955	16.341	2.313	05.10.	862	2.659	21.375	4.530
24.08.	646	1.960	16.406	2.335	06.10.	868	2.717	21.559	4.624
25.08.	652	1.977	16.524	2.362	07.10.	874	2.792	21.755	4.707
26.08.	657	1.994	16.638	2.399	08.10.	880	2.867	21.939	4.807
27.08.	662	2.010	16.758	2.449	09.10.	885	2.919	22.137	4.899
28.08.	667	2.018	16.866	2.499	10.10.	885	2.972	22.331	5.010
29.08.	671	2.032	16.977	2.540	11.10.	896	3.004	22.471	5.098
30.08.	676	2.033	17.045	2.575	12.10.	901	3.039	22.594	5.143
31.08.	681	2.039	17.128	2.605	13.10.	906	3.101	22.834	5.254
01.09.	686	2.058	17.250	2.654	14.10.	911	3.217	23.069	5.365
02.09.	691	2.078	17.365	2.705	15.10.	916	3.308	23.350	5.443
03.09.	696	2.092	17.479	2.759	16.10.	921	3.440	23.580	5.551
04.09.	701	2.100	17.598	2.812	17.10.	925	3.524	23.857	5.669
05.09.	705	2.113	17.707	2.863	18.10.	929	3.573	24.039	5.762
06.09.	711	2.120	17.768	2.898	19.10.	933	3.614	24.205	5.834
07.09.	716	2.124	17.818	2.930	20.10.	937	3.721	24.473	5.948
08.09.	721	2.136	17.939	2.988	21.10.	941	3.851	24.786	6.093
09.09.	726	2.147	18.080	3.034	22.10.	945	4.019	25.072	6.213
10.09.	732	2.159	18.207	3.079	23.10.	945	4.172	25.353	6.336
11.09.	738	2.169	18.309	3.132	24.10.	953	4.351	25.647	6.463
12.09.	744	2.182	18.426	3.206	25.10.	957	4.438	25.875	6.566
13.09.	750	2.188	18.517	3.239	26.10.	961	4.483	26.092	6.641
14.09.	756	2.203	18.573	3.273	27.10.	965	4.615	26.409	6.770
15.09.	761	2.227	18.723	3.326	28.10.	969	4.849	26.752	6.938
16.09.	767	2.237	18.853	3.404	29.10.	973	5.149	27.111	7.058
17.09.	771	2.253	18.996	3.465	30.10.	977	5.351	27.462	7.235
18.09.	773	2.270	19.128	3.535	31.10.	980	5.631	27.787	7.399
19.09.	776	2.282	19.270	3.585	01.11.	985	5.783	28.026	7.515
20.09.	780	2.293	19.349	3.626	02.11.	989	5.875	28.264	7.584
21.09.	785	2.298	19.420	3.652	03.11.	992	6.102	28.611	7.749
22.09.	791	2.316	19.575	3.716	04.11.	995	6.475	28.996	7.952
23.09.	796	2.344	19.720	3.784	05.11.	998	6.842	29.285	8.148
24.09.	802	2.369	19.867	3.838	06.11.	1.001	7.287	29.654	8.358
25.09.	807	2.392	19.973	3.910	07.11.	1.001	7.636	30.010	8.553

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 07.11.2020, 11:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Covid-19-Chronik, 12. Oktober – 1. November 2020

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
12.10.2020	1.305.093	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.592 auf insgesamt 1.312.310 angestiegen. Offiziell gibt es 22.722 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.395 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
12.10.2020	1.305.093	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, gibt bekannt, dass die Zahl der Menschen, die in der vergangenen Woche mit Covid-19 in Krankenhäuser eingeliefert worden seien im Vergleich zur Vorwoche um 40 Prozent gestiegen sei. Seinen Angaben zufolge werden in der Oblast zurzeit im Schnitt etwa 550 Menschen am Tag mit Covid-19 eingewiesen. Bis zum 01. November 2020 sollen deshalb 15.000 zusätzliche Betten für die Behandlung geschaffen werden.
12.10.2020	1.305.093	Der russische Arbeitsminister Anton Kotjakow gibt bekannt, dass die Zahl der Arbeitslosen seit Beginn der Coronavirus-Pandemie im März auf 4,8 Millionen gestiegen sei. Zu Beginn der Pandemie habe die offizielle Arbeitslosenquote bei 4,7 Prozent gelegen, heute liege sie bei 6,4 Prozent. In absoluten Zahlen sei dies ein Anstieg um 1,3 Millionen.
12.10.2020	1.305.093	Die russische Staatsduma wird aufgrund der steigenden Covid-19-Fallzahlen ihre Arbeit einschränken. Statt der geplanten drei Sitzungen pro Woche wird es nur noch eine geben, und auch die Fragestunde der Regierung mit Arbeitsminister Anton Kotjakow wird verschoben. Auch für die nächsten Wochen wird die Arbeit der Staatsduma eingeschränkt werden.
12.10.2020	1.305.093	Die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte in Russland ging seit Beginn der Pandemie im März bis Mitte Juli um etwa 62 Prozent zurück. Dies teilte der Präsident des russischen Einzelhandelsverbands, Sergej Beljakow, mit.
13.10.2020	1.318.783	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.868 auf insgesamt 1.326.178 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie. Offiziell gibt es 22.966 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.618 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
13.10.2020	1.318.783	Aufgrund des erneuten starken Anstiegs von Covid-19-Infektionen in der russischen Hauptstadt Moskau verfügt das Moskauer Stadtgericht Einschränkungen für die Arbeit der Moskauer Judikative. Der Zugang zu Gerichten bleibt vorgeladenen Personen vorbehalten, auch Medienvertreter sind ab sofort von der Teilnahme an Prozessen ausgeschlossen.
13.10.2020	1.318.783	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass in den kommenden Tagen ein weiterer Impfstoff, der vom Staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelt wurde, registriert und zur Produktion zugelassen werden wird. Bereits im August wurde ein Impfstoff des Gamaleja-Instituts registriert, der sich zurzeit in der klinischen Testphase an 40.000 freiwilligen ProbandInnen befindet.
14.10.2020	1.332.824	Aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen in Moskau werden die SchülerInnen der Moskauer Gymnasien im Anschluss an die Herbstferien für 14 Tage in den Fernunterricht versetzt. Die ersten fünf Schuljahrgänge werden weiterhin Präsenzunterricht haben. Diese Maßnahme gilt zunächst bis zum 01. November 2020. Zusätzlich kündigt der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin an, dass ältere und chronisch kranke LehrerInnen im Präsenzunterricht von Studierenden unterstützt werden sollen. Das Lehrpersonal wird den Unterricht dann vorübergehend nur aus der Ferne überwachen und die Studierenden anleiten.
14.10.2020	1.332.824	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin teilt mit, dass während der von den Behörden angeordneten langen Herbstferien der Anteil der Kinder, die an Sars-CoV-2 erkrankt sind von 19 Prozent auf 11 Prozent gesunken ist.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
14.10.2020	1.332.824	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 14.231 auf insgesamt 1.340.409 angestiegen. Offiziell gibt es 23.205 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.573 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
14.10.2020	1.332.824	Russland wird den Flugverkehr mit Japan ab dem 01. November 2020 wieder aufnehmen. Zunächst werde es zwei Flüge pro Woche zwischen Moskau und Tokio geben sowie einen zwischen Wladiwostok und Tokio. Außerdem werde auch der Flugverkehr mit Serbien und Kuba wieder aufgenommen. Der internationale Flugverkehr war im März aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus ausgesetzt worden.
14.10.2020	1.332.824	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass ein weiterer Sars-CoV-2-Impfstoff für klinische Studien an freiwilligen ProbandInnen zugelassen worden sei. Der Impfstoff mit der Bezeichnung »EpiVakCorona« wurde vom Staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelt und soll in den kommenden Wochen an 40.000 Freiwilligen getestet werden.
14.10.2020	1.332.824	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass zurzeit 24 Prozent der für die Behandlung von PatientInnen mit Covid-19 eingerichteten Krankenhausbetten zur Verfügung stehen. In den vergangenen sieben Tagen sei der Anteil der Krankenhausweinweisungen von PatientInnen mit Covid-19 von 35 Prozent auf 32,6 Prozent zurückgegangen.
14.10.2020	1.332.824	Der Gouverneur der Oblast Kostroma, Sergej Sitnikow, ist an Covid-19 erkrankt. Dies berichtete der Pressedienst der Regierung. Sitnikow leide nur an leichten Symptomen und befinde sich in häuslicher Quarantäne.
15.10.2020	1.346.380	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 13.754 auf insgesamt 1.354.163 angestiegen. Offiziell gibt es 23.491 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.942 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
15.10.2020	1.346.380	In der Republik Karelien wird für die vergangenen 24 Stunden ein Zuwachs von 121 Covid-19-Fällen gezählt. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März. Insgesamt infizierten sich in der Republik seit März 981 Menschen mit Sars-CoV-2, 43 Menschen erlagen dem Virus.
15.10.2020	1.346.380	In den vergangenen sieben Tagen wurden in Moskau 15,5 Prozent mehr an Covid-19 erkrankte Menschen ins Krankenhaus eingewiesen als in der Vorwoche. Dies teilte der operative Stab zur Bekämpfung des Coronavirus in Moskau mit. 25 Prozent mehr PatientInnen als noch vor einer Woche würden zurzeit künstlich beatmet.
15.10.2020	1.346.380	Die Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadsor«, Anna Popowa, teilt mit, dass der 7-Tage-Inzidenzwert, der die Covid-19-Infektionsfälle je 100.000 Einwohner misst, in ganz Russland bei 7,5 liegt.
15.10.2020	1.346.380	Der Gouverneur der Region Sewastopol, Michail Raswoshajew, kündigt die vorübergehende Schließung von Theatern und Kinos an. Außerdem muss vor der Übernachtung in einem Hotel der Region ein negativer Test auf Covid-19 vorliegen, der nicht älter als fünf Tage sein darf. Die Maßnahmen gelten zunächst für die kommenden zwei Wochen und sind eine Reaktion auf die steigende Zahl an Covid-19-Infektionsfällen.
15.10.2020	1.346.380	In der Republik Karelien erkrankten der Kulturminister Aleksej Lesson sowie fast alle seiner Mitarbeitenden an Covid-19. Dies teilte eine Sprecherin des Ministeriums mit. 13 Ministerialbeamten sind erkrankt, die übrigen vier befinden sich in häuslicher Quarantäne.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
16.10.2020	1.361.317	Der Gouverneur der Region Krasnodar, Weniamin Kondratjew, veröffentlicht eine Resolution, mit der die BürgerInnen verpflichtet werden, auch unter freiem Himmel an stark frequentierten Orten eine Mund-Nasen-Maske zu tragen. Außerdem verlängert er die Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre sowie für chronisch Kranke. Die Regelungen sind Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie und gelten zunächst für zwei Wochen bis zum 31. Oktober 2020.
16.10.2020	1.361.317	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 15.150 auf insgesamt 1.369.313 angestiegen. Damit steigt die Zahl der Neuinfektionen das erste Mal seit Beginn der Pandemie auf über 15.000 Fälle innerhalb von 24 Stunden. Offiziell gibt es 23.723 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.049 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
16.10.2020	1.361.317	Der Vizegouverneur der Oblast Tomsk, Iwan Dejew, berichtet über einen ÄrztInnenmangel. Dieser sei eingetreten, da zurzeit etwa 120 bis 130 ÄrztInnen mit dem Coronavirus infiziert seien. Insgesamt haben sich in der Oblast seit Beginn der Pandemie 480 ÄrztInnen mit Covid-19 infiziert. Insgesamt wurden aus Tomsk bisher 9.582 Fälle gemeldet, 101 Menschen erlagen dem Virus.
16.10.2020	1.361.317	Die Regierung der Oblast Saratow gibt bekannt, dass Cafés und Restaurants ab sofort nur noch von 8:00 bis 21:00 Uhr unter Einhaltung der erforderlichen Hygienemaßnahmen geöffnet haben dürfen. Diese Regelung ist eine der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus. Laut offiziellen Angaben wurden in der Oblast seit Beginn der Pandemie im März 2020 17.756 Infektionen gemeldet, 132 PatientInnen starben.
16.10.2020	1.361.317	Der Präsident der Republik Altai, Oleg Choro chordin, teilt mit, dass Betriebe ab sofort nur noch zwischen 8:00 und 22:00 Uhr geöffnet haben dürfen. Dies geschieht in Reaktion auf den schnellen Anstieg der Covid-19-Infektionsfälle. Am Vortag hatte die Republik einen Negativrekord verzeichnet. Es wurde mit 148 Infektionen der größte Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie gemeldet. Großveranstaltungen bleiben verboten, die bestehenden Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke werden aufrechterhalten.
16.10.2020	1.361.317	Die Behörden der Oblast Iwanowo verschärfen die Regelung bezüglich des Tragens einer Mund-Nasen-Maske. Diese muss ab sofort in allen öffentlichen Gebäuden zu jeder Zeit getragen werden. Außerdem ist das Tragen einer Maske auf der Straße überall dort, wo es nicht möglich ist, einen Abstand von 1,5 Metern einzuhalten, ab sofort verpflichtend. Die Maßnahme wird mit einem deutlichen Anstieg der Covid-19-Infektionszahlen in der Oblast begründet. Seit Beginn der Pandemie wurden in Iwanowo insgesamt 9.879 Fälle gemeldet. 154 Menschen starben.
17.10.2020	1.376.020	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 14.922 auf insgesamt 1.384.235 angestiegen. Offiziell gibt es 24.002 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.648 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
17.10.2020	1.376.020	Die Stadt Moskau beginnt mit der Desinfektion von Freiflächen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus. Dies bestätigte der stellvertretende Bürgermeister Pjotr Birjukow. Insbesondere Flächen an öffentlichen Orten mit hohem Publikumsverkehr wie Metrostationen, Bahnhöfe und Flughäfen werden in den kommenden Tagen desinfiziert.
17.10.2020	1.376.020	Der Präsident der russischen Teilrepublik Chakassien, Walentin Konowalow, ist an Covid-19 erkrankt. Nach eigener Aussage leidet er nur an leichten Krankheitssymptomen und befindet sich deshalb in häuslicher Quarantäne. In der Republik wurden seit Beginn der Pandemie insgesamt 5.373 Infektionsfälle gemeldet.
18.10.2020	1.390.824	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 15.099 auf insgesamt 1.399.334 angestiegen. Offiziell gibt es 24.187 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.610 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
18.10.2020	1.390.824	An den Bildungseinrichtungen der Region Transbaikalien wird es ab sofort nur noch Fernunterricht geben. Diese Regelung gilt zunächst für die kommenden 14 Tage. Der Gouverneur der Region, Aleksandr Ossipow, begründet den Schritt mit dem starken Anstieg der Covid-19-Infektionszahlen. Außerdem wird Unternehmen empfohlen, ihre Mitarbeitenden soweit möglich ins Homeoffice zu versetzen. In den vergangenen 24 Stunden wurde in Transbaikalien mit 198 der höchste Anstieg der Fallzahlen innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie gemeldet. Insgesamt gab es 9.084 Fälle, 86 Menschen starben.
19.10.2020	1.406.667	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass in den städtischen Krankenhäusern zurzeit etwa 10.000 Patienten mit Covid-19 behandelt werden, etwa 1.000 davon auf der Intensivstation.
19.10.2020	1.406.667	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 15.982 auf insgesamt 1.415.316 angestiegen. Offiziell gibt es 24.366 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.376 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
19.10.2020	1.406.667	Die medizinische Versorgung in der Oblast Tjumen wird vorübergehend eingeschränkt. Polikliniken und Facharztzentren werden bis auf weiteres keine Vorsorge- oder Facharzttermine mehr anbieten, auch geplante Operationen werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Mangel an medizinischem Personal zur Versorgung von PatientInnen mit Covid-19. Die Versorgung wird zusätzlich erschwert dadurch, dass zurzeit etwa 30 Prozent des medizinischen Personals krankgeschrieben sind. Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie in Tjumen 11.500 Covid-19-Fälle gemeldet, 51 Menschen starben.
19.10.2020	1.406.667	In der Oblast Moskau werden ab dem 21. Oktober 2020 Museen sowie Ausstellungen geschlossen und Großveranstaltungen verboten. Dies kündigte der Gouverneur der Region, Andrej Worobjow, an. Außerdem werden BetreiberInnen von Gastronomiebetrieben und Einkaufszentren mit mehr als 5.000 Quadratmetern Fläche verpflichtet, die Körpertemperatur der Gäste zu messen und diesen den Zutritt bei erhöhter Temperatur zu verweigern. Die Maßnahmen werden begründet mit dem Anstieg der Covid-19-Infektionszahlen. In den vergangenen 24 Stunden gab es in der Oblast 466 neue Fälle.
20.10.2020	1.422.775	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 16.319 auf insgesamt 1.431.635 angestiegen. Offiziell gibt es 24.635 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.999 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
21.10.2020	1.438.219	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 15.700 auf insgesamt 1.447.335 angestiegen. Offiziell gibt es 24.952 Todesfälle. Innerhalb der vergangenen 24 Stunden wurden 317 Todesfälle gemeldet. Dies ist die höchste Zahl in Russland seit Beginn der Pandemie. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.389 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
21.10.2020	1.438.219	Der Gouverneur der Oblast Kemerowo, Sergej Ziwiljew, ist an Covid-19 erkrankt. Er habe leichte Symptome und befinde sich in häuslicher Quarantäne, gab der Gouverneur in den Sozialen Medien bekannt.
22.10.2020	1.453.923	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 15.971 auf insgesamt 1.463.306 angestiegen. Offiziell gibt es 25.242 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.413 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
22.10.2020	1.453.923	Der Gouverneur der Region Chabarowsk, Michail Degtjarjew, bestätigt in einem Fernsehinterview, dass rund die Hälfte der Regierungsmitglieder der Region an Covid-19 erkrankt sei und sich in häuslicher Quarantäne befinde. Eine genaue Zahl nannte Degtjarjew nicht.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
22.10.2020	1.453.923	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko begibt sich in häusliche Quarantäne. Bei diesem Schritt handelt es sich um eine Vorsichtsmaßnahme, da bei einem Familienmitglied Muraschkos Covid-19 diagnostiziert worden sei.
22.10.2020	1.453.923	Der Gouverneur von St. Petersburg, Aleksandr Beglow, unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Öffnungszeiten von Gastronomiebetrieben sowie Läden und Kiosken an Bahnhöfen, Flughäfen und an Tankstellen eingeschränkt werden. Die Betriebe dürfen bis zum 29. November 2020 nur bis 23 Uhr öffnen. Diese Maßnahmen sind eine Reaktion auf die steigenden Covid-19-Fallzahlen in der Stadt.
23.10.2020	1.471.000	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 17.340 auf insgesamt 1.480.646 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie. Offiziell gibt es 25.525 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.478 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
23.10.2020	1.471.000	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass Impfungen gegen das Coronavirus in Russland kostenfrei möglich seien, sobald ein Impfstoff zur Verfügung stünde. Im August hatte Muraschko noch offengelassen, ob eine Impfung kostenpflichtig werde oder nicht.
23.10.2020	1.471.000	In der russischen autonomen Republik Dagestan wird das Tragen von Mund-Nasen-Masken auf öffentlichen Plätzen zur Pflicht. Darüber hinaus müssen diese auch in öffentlichen Einrichtungen und öffentlichen Verkehrsmitteln getragen werden. Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranken wird eine freiwillige Selbstisolation empfohlen. Diese Maßnahmen werden vor dem Hintergrund steigender Covid-19-Fallzahlen eingeführt. In Dagestan wurden seit Beginn der Pandemie im März 2020 15.369 Covid-19-Fälle gemeldet, 744 Menschen starben.
23.10.2020	1.471.000	Die unabhängige Tageszeitung »Nowaja Gaseta« berichtet, dass im städtischen Krankenhaus Nr. 20 in Rostow-am-Don am 12. Oktober 2020 elf Covid-19-PatientInnen aufgrund von Problemen in der Versorgung mit Sauerstoff starben. ZeugInnen berichten, dass die Sauerstoffversorgung in der Nacht vom 11. auf den 12. Oktober für etwa eine Stunde unterbrochen war. Infolgedessen starben fünf PatientInnen auf der Intensivstation und sechs auf der allgemeinen Station. Gesundheitsminister Michail Muraschko ordnete Ermittlungen an.
24.10.2020	1.487.260	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 16.521 auf insgesamt 1.497.567 angestiegen. Offiziell gibt es 25.821 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.453 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
25.10.2020	1.503.652	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 16.710 auf insgesamt 1.513.877 angestiegen. Offiziell gibt es 26.050 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.455 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.10.2020	1.520.800	Der Gouverneur der Oblast Irkutsk, Igor Kobsew, ist an Covid-19 erkrankt. Dies teilte die Pressestelle der Regionalregierung mit. Er leide nur an leichten Symptomen und befinde sich in häuslicher Quarantäne. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in der Oblast insgesamt 23.398 Covid-19-Fälle gemeldet, 376 Menschen starben.
26.10.2020	1.520.800	Der Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, gibt bekannt, dass zurzeit 38 Abgeordnete aufgrund einer Erkrankung mit Covid-19 im Krankenhaus behandelt werden. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 haben sich insgesamt 91 Abgeordnete mit dem Coronavirus infiziert.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
26.10.2020	1.520.800	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 17.347 auf insgesamt 1.531.224 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es 26.269 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.224 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.10.2020	1.520.800	Jurij Dronow, Chefarzt des städtischen Krankenhauses Nr. 20 in Rostow-am-Don und Abgeordneter des Regionalparlaments, stirbt an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Dies teilt der Pressedienst der Stadtverwaltung mit.
27.10.2020	1.537.142	Der an Covid-19 erkrankte Gouverneur der Oblast Irkutsk, Igor Kobsew, wird ins Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand sei stabil, teilte der Pressedienst der Regionalregierung mit. Auch der Ministerpräsident der Oblast, Konstantin Sajzew, sowie dessen Erster Stellvertreter, Ruslan Sitnikow, seien heute positiv auf das Coronavirus getestet worden.
27.10.2020	1.537.142	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 16.550 auf insgesamt 1.547.774 angestiegen. Offiziell gibt es 26.589 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.312 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
27.10.2020	1.537.142	Das russische Gesundheitsministerium entsendet SpezialistInnen in die Oblast Kurgan, um dort ansässige ÄrztInnen beim Kampf gegen das Coronavirus zu unterstützen. Außerdem werden finanzielle Mittel zur Ausrüstung neuer Einrichtungen zur Aufnahme von Covid-19-PatientInnen zur Verfügung gestellt. Die Oblast hatte kurz zuvor um Unterstützung durch militärische Fachkräfte gebeten.
27.10.2020	1.537.142	Die Behörden der Region Stawropol geben bekannt, dass aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen die Herbstferien der Schulen um eine Woche verlängert werden. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in der Region offiziell 20.508 Fälle gemeldet, 411 PatientInnen starben.
27.10.2020	1.537.142	Die Gesundheitsministerin der Oblast Rostow, Tatjana Bykowskaja, sowie die Leiterin des Gesundheitsamtes in Rostow-am-Don, Nadeshda Lewizkaja, treten zurück. Begründet wird ihr Rückzug mit dem Mitte Oktober öffentlich gewordenen Vorfall der fehlenden Sauerstoffversorgung von Patienten im Krankenhaus Nr. 20 in Rostow-am-Don, die zum Tod von elf Menschen geführt haben soll. Bykowskajas Nachfolger, Aleksandr Krat, gibt unterdessen bekannt, dass rund 1.400 ÄrztInnen in der Oblast an Covid-19 erkrankt seien und der Personalmangel im Gesundheitswesen zunehme.
27.10.2020	1.537.142	Der russische Außenminister Sergej Lawrow begibt sich nach Kontakt mit einem Covid-19-Infizierten in freiwillige Selbstisolation.
28.10.2020	1.553.028	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt die Entsendung einer Untersuchungskommission in die Oblast Omsk bekannt. Zuvor war bekannt geworden, dass das Team eines Rettungswagens am 27. Oktober 2020 in Omsk nach elfstündiger Irrfahrt von Krankenhaus zu Krankenhaus zwei Covid-19-PatientInnen in erstem Zustand im Gesundheitsministerium der Region abgeliefert hatte, da keines der erreichbaren Krankenhäuser einer Aufnahme zugestimmt hatte.
28.10.2020	1.553.028	Die Leiterin der Moskauer Abteilung der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor«, Elena Andrejewna, gibt bekannt, dass die Covid-19-Zuwachszahlen sich in Moskau zurzeit wieder stabilisiert hätten.
28.10.2020	1.553.028	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 16.202 auf insgesamt 1.563.976 angestiegen. Offiziell gibt es 26.935 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.670 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
28.10.2020	1.553.028	Anna Popowa, Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor«, teilt mit, dass ab sofort in der gesamten Russischen Föderation die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Maske auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln gilt.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
28.10.2020	1.553.028	Der Gouverneur der Oblast Omsk, Aleksandr Burkow, suspendiert die für die medizinische Notfallversorgung zuständige stellvertretende Gesundheitsministerin Anastasija Malowa. Grund für die Entlassung ist ein Vorfall, der sich am 27. Oktober 2020 ereignete und bei dem zwei Covid-19-PatientInnen auch nach einer mehr als zehnstündigen Irrfahrt durch Omsk nicht in ein Krankenhaus eingeliefert werden konnten, da kein Krankenhaus sich für eine Aufnahme bereit zeigte. Die Krankenwagenbesatzung fuhr zuletzt das Gesundheitsministerium der Region an.
28.10.2020	1.553.028	Der Moskauer Bürgermeister verlängert das Dekret, mit dem Firmen verpflichtet werden, mindestens 30 Prozent ihrer Mitarbeitenden bis Ende November ins Homeoffice zu schicken. Außerdem wird der Aufruf zur freiwilligen Selbstisolation von Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranken bis Ende November verlängert. Zusätzlich kündigte Sobjanin an, den seit Mitte Oktober geltenden Heimunterricht von SchülerInnen der Klassenstufen 6 bis 11 bis zum 08. November 2020 zu verlängern.
29.10.2020	1.570.446	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 17.717 auf insgesamt 1.581.693 angestiegen. Offiziell gibt es 27.301 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.906 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
29.10.2020	1.570.446	Der Gouverneur der Jüdischen Autonomen Oblast, Rostislaw Goldstejn, ist mit Covid-19 infiziert. Er befindet sich in häuslicher Isolation.
29.10.2020	1.570.446	Ulfat Mustafin, Bürgermeister der Stadt Ufa (Hauptstadt der russischen Teilrepublik Baschkortostan), erliegt einer Covid-19-Erkrankung. Dies teilte der Pressedienst der Regierung Baschkortostans mit. Mustafin war seit 2018 Bürgermeister der Stadt gewesen.
30.10.2020	1.588.433	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.283 auf insgesamt 1.599.976 angestiegen. Offiziell gibt es 27.656 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.268 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
30.10.2020	1.588.433	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko verlässt die häusliche Isolation. In diese hatte er sich am 22. Oktober 2020 aufgrund des Kontaktes mit einem Covid-19-Infizierten freiwillig begeben.
30.10.2020	1.588.433	Der Föderale Dienst für die Überwachung des Gesundheitswesens, »Rosdrawnadsor«, teilt mit, es habe eine Untersuchung gegen das Infektionskrankenhaus in Welikolukij (Oblast Pskow) eingeleitet. Die Angehörige eines an Covid-19 verstorbenen Patienten hatte Beschwerde beim Gesundheitsministerium eingereicht, da die Familie erst zehn Tage nach dessen Tod darüber informiert worden sei.
31.10.2020	1.606.267	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.140 auf insgesamt 1.618.116 angestiegen. Offiziell gibt es 27.990 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.952 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
31.10.2020	1.606.267	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, gibt bekannt, dass ab dem 02. November 2020 erneut Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahren und chronisch Kranke gelten werden. Betroffenen Personen sind dann nur noch Einkäufe und Spaziergänge erlaubt. Diese Regelung ist eine der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. Sie gilt zunächst bis zum 15. November 2020.
01.11.2020	1.624.648	Die Zahl der offiziell bestätigten Covid-19-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.665 auf insgesamt 1.636.781 angestiegen. Offiziell gibt es 28.235 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.261 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

* Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 04.11.2020; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

12. – 31. Oktober 2020

12.10.2020	Die Europäische Union verlängert die gegen Russland wegen des Einsatzes und der Verbreitung chemischer Waffen verhängten Sanktionen bis zum 16. Oktober 2021. Die Sanktionen betreffen insgesamt neun Personen. Vier von ihnen sollen in den Anschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julija in Salisbury im März 2018 verwickelt gewesen sein. Fünf weitere Personen sollen in Verbindung mit syrischen Behörden stehen. Die Sanktionen sehen ein Einreiseverbot in die EU sowie das Einfrieren von Vermögenswerten vor.
12.10.2020	Als Reaktion auf die Ausweisung zweier russischer Diplomaten aus Bulgarien am 23. September 2020 weist Russland ebenfalls zwei Mitarbeitende der bulgarischen Botschaft in Moskau aus. Nach Angaben der bulgarischen Staatsanwaltschaft hatten sich zwei russische Diplomaten der Spionage schuldig gemacht. Sie sollen seit 2016 Informationen über die bulgarische Armee an Russland weitergegeben haben.
12.10.2020	Der russische Arbeitsminister Anton Kotjakow gibt bekannt, dass laut offizieller Zahlen etwa 13,5 Prozent der russischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Dies entspricht etwa 20 Millionen Menschen. Im ersten Quartal 2020 hatte die Armutsquote noch bei 12,6 Prozent gelegen.
13.10.2020	Auch im Südwesten der Halbinsel Kamtschatka im Osten Russlands werden tote Meerestiere angespült. Ende September war bekannt geworden, dass hunderte tote Tiere im Südosten Kamtschatkas angespült worden waren. SurferInnen hatten über Haut- und Augenreizungen geklagt. Die Ursache ist bisher unklar. ForscherInnen gehen davon aus, dass ein Befall mit giftigen Mikroalgen die wahrscheinlichste Erklärung für das Phänomen ist.
13.10.2020	Bei einer Schießerei in der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj kommen drei Mitglieder einer Spezialeinheit ums Leben. Laut Angaben des Nationalen Anti-Terrorismus-Komitees soll die Schießerei während einer Anti-Terror-Operation stattgefunden haben. Auch vier Untergrundkämpfer sollen getötet worden sein. Diese sollen laut Angaben des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow zuvor aus dem Ausland eingereist sein und Terroranschläge geplant haben. Nähere Angaben wurden nicht gemacht.
14.10.2020	Das russische Bundesamt für Fischerei (»Rosrybolowstwo«) teilt mit, dass aufgrund der bei einer Tochterfirma von »Nornickel« in der Nähe von Norilsk aufgetretenen Ölpest Ende Mai 2020 ein Schaden in Höhe von etwa 3,6 Milliarden Rubel (etwa 39,4 Millionen Euro) für die Fischerei zu beklagen sei. Vor allem Fischarten, die auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten stehen, seien betroffen. Die Erholung der Bestände wird nach Einschätzung von »Rosrybolowstwo« rund 15 Jahre dauern.
14.10.2020	Der russische Oligarch und Vertraute des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Jewgenij Prigoshin, reicht Klage gegen die russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj und Ljubow Sobol ein. Diese hatten sich im Juli in den Sozialen Netzwerken über ein Urteil des Moskauer Stadtgerichts gegen sie und den von Nawalnyj gegründeten »Fonds zur Korruptionsbekämpfung« (FBK) geäußert. Damals waren sie zu Schadenersatzzahlungen wegen Verleumdung verurteilt worden. Im Jahr 2019 hatte der FBK eine Reihe von Durchfallerkrankungen an Schulen in der Oblast Moskau in Zusammenhang mit der in Prigoshins Besitz befindlichen Cateringfirma »Concord Catering« gebracht. Prigoshin fordert nun erneut Schadenersatz in Höhe von jeweils 5 Millionen Rubel sowie die Entfernung des Urteils betreffender Kommentare aus den Sozialen Medien.
14.10.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt die Aufhebung von Sanktionen gegen drei ukrainische Unternehmen an. Russland hatte im Jahr 2014 als Reaktion auf die von der Ukraine im Zusammenhang mit dem Krieg im Osten der Ukraine verhängten Sanktionen ebenfalls Strafmaßnahmen verkündet und diese seitdem regelmäßig erweitert. Nun sollen die ukrainischen Firmen »Brazlaw«, »Barskij maschinostroitelnyj sawod« und »Rubeshanskij kartonnyj kombinat« wieder auf dem russischen Markt zugelassen werden.
14.10.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das die Erhöhung der Mindestrente für EinwohnerInnen Moskaus, die seit weniger als zehn Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Hauptstadt haben, vorsieht. Damit soll die Mindestrente von zurzeit 12.578 Rubel (etwa 137 Euro) auf dann 13.496 Rubel (etwa 147 Euro) im Monat steigen.
14.10.2020	Der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, der sich nach einem Giftanschlag im August 2020 zur Behandlung in Deutschland befindet, gibt bekannt, dass seine Behandlung in der Berliner Klinik »Charité« 49.900 Euro gekostet habe. Die Kosten seien von dem Unternehmer Jewgenij Tschiwarkin, dem Wirtschaftswissenschaftler Sergej Aleksaschenko und dem IT-Spezialisten Roman Iwanow getragen worden. Seinen Transport aus der Klinik in Omsk nach Berlin habe der Unternehmer Boris Zimin finanziert. Die Kosten hätten sich auf 79.000 Euro belaufen, gab Nawalnyj bekannt. Nawalnyj hatte in einem Interview mit dem bekannten russischen Blogger Jurij Dud mitgeteilt, er sei auf der Suche nach Geldgebern zur Finanzierung seiner Behandlung. Voraussetzung sei, dass diese mit der Veröffentlichung ihrer Namen einverstanden sein müssten.

14.10.2020	Die Russische Geographische Gesellschaft teilt mit, dass die wahrscheinlichste Ursache des massenhaften Tiersterbens vor der Küste Kamtschatkas Ende September 2020 Sauerstoffmangel durch die Ausbreitung giftiger Mikroalgen sei. Es gebe keine Hinweise auf vom Menschen verursachte Verschmutzungen, die mit dem Phänomen in Zusammenhang stehen könnten.
15.10.2020	Der Europäische Rat verkündet Sanktionen gegen sechs russische Staatsbürger sowie ein Unternehmen, die am Giftanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj im August 2020 beteiligt gewesen sein sollen. Folgende Personen sind betroffen: Aleksandr Bortnikow, Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Andrej Jarin, Leiter der innenpolitischen Abteilung des russischen Präsidenten, Sergej Kirijenko, erster stellvertretender Leiter der Präsidentialverwaltung, Aleksej Kriworutschko und Pawel Popow, beide stellvertretende Verteidigungsminister, sowie der Präsidentialgesandte des Föderalbezirks Sibirien, Sergej Mejailo. Gegen das »Forschungsinstitut für organische Chemie und Technologie« werden ebenfalls Sanktionen verhängt. Es soll den bei dem Anschlag auf Nawalnyj verwendeten Giftstoff »Nowitschok« hergestellt haben. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem Einreiseverbote in die EU sowie das Einfrieren von Vermögenswerten. Großbritannien kündigte an, sich den von der EU verkündeten Strafmaßnahmen anzuschließen.
15.10.2020	Die Europäische Union verhängt Sanktionen gegen den Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Jewgenij Prigoshin. Dieser soll an Waffenlieferungen nach Libyen zur Unterstützung der privaten russischen Söldnerarmee »TschWK Wagner« beteiligt gewesen sein. Die »TschWK Wagner« habe wiederholt die gegen Libyen verhängten Waffen-Embargos verletzt. Zu den gegen Prigoshin verhängten Sanktionen gehören unter anderem ein Einreiseverbot sowie das Einfrieren von Vermögenswerten. Großbritannien kündigte an, sich den von der EU verkündeten Strafmaßnahmen anzuschließen.
16.10.2020	Die russische Regierung schätzt, dass die Einwohnerzahl Russlands bis Ende 2020 um 352.500 Menschen zurückgehen wird. Dies geht aus der aktualisierten Version des »Plans zur Erreichung der nationalen Entwicklungsziele« hervor, die heute veröffentlicht wurde. Bis 2024 wird die Einwohnerzahl nach dieser Schätzung sogar um 1,2 Millionen zurückgehen. Noch im August hatten die Schätzungen für 2020 bei einem Rückgang von 158.000 gelegen.
16.10.2020	Die Schweiz erlässt Sanktionen gegen russische Personen und Unternehmen, die am Bau der Krim-Brücke beteiligt waren. Von den Maßnahmen betroffen ist unter anderem Leonid Ryshenkin, stellvertretender Generaldirektor des Unternehmens »Strojgasmontash«, das hauptverantwortlich für die Durchführung des Baus war.
17.10.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des am 09. Juli 2020 festgenommenen Ex-Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Offiziellen Angaben zufolge beteiligen sich an der Kundgebung rund 500 Menschen, die Opposition spricht von mindestens 1.000 Teilnehmenden. Die Proteste dauern seit drei Monaten an. In der vergangenen Woche waren die Sicherheitskräfte das erste Mal härter gegen die Demonstrierenden vorgegangen, es gab zahlreiche Festnahmen.
19.10.2020	Der Oberste Gerichtshof der Region Krasnojarsk verurteilt den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Norilsk, Rinat Achmetschin, wegen Fahrlässigkeit zu sechs Monaten Strafarbeit. Achmetschin war im Juli zurückgetreten, nachdem das russische Ermittlungskomitee im Zusammenhang mit der von »Nornickel« im Mai verursachten Ölkatastrophe in der Region Ermittlungen gegen ihn eingeleitet hatte. Offiziell wurde sein Rücktritt mit Ungenauigkeiten in den Covid-19-Fallzahlen begründet.
20.10.2020	Die russische Menschenrechtsorganisation »Memorial« reicht Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Der Organisation waren Bußgelder in Höhe von insgesamt 3,7 Millionen Rubel (etwa 40.000 Euro) auferlegt worden, weil zwei regionale Ableger auf ihrer Website nicht auf den Status als »ausländischer Agent« hingewiesen hatten. »Memorial« steht seit 2014 auf der Liste sogenannter »ausländischer Agenten«, weil es seine Arbeit unter anderem mit Geldern aus dem Ausland finanziert.
20.10.2020	Der Oligarch und Putin-Vertraute Jewgenij Prigoshin reicht Klage gegen den Oppositionspolitiker Leonid Wolkow ein. Wolkow hatte Prigoshin im Sommer 2018 in Zusammenhang mit dem Tod russischer Journalisten in Zentralafrika gebracht. Diese hatten dort über die private russische Söldnertruppe »TschWK Wagner« recherchiert, deren Finanzierung Prigoshin zugerechnet wird. Prigoshin verlangt 5 Millionen Rubel (etwa 54.000 Euro) Entschädigung für den entstandenen moralischen Schaden.
22.10.2020	Das Moskauer Stadtgericht wandelt das Urteil gegen Schauspieler Michail Jefremow von 8 auf 7,5 Jahre Lagerhaft um. Als mildernden Umstand wertete es die Zahlung einer Entschädigung an die Opfer. Jefremow hatte im Juni 2020 in alkoholisiertem Zustand einen Verkehrsunfall verursacht. Sein Unfallgegner erlag kurze Zeit später seinen Verletzungen. Im September wurde er zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt.
22.10.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin betont, er habe im August persönlich bei der Generalstaatsanwaltschaft die Erlaubnis beantragt, den Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj trotz der ihm wegen eines laufenden Verfahrens auferlegten Reisebeschränkungen zur Behandlung nach Deutschland ausreisen zu lassen. Nawalnyj war im August 2020 mit Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus in Omsk eingeliefert und nach tagelangem Ringen schließlich zur Behandlung in der Berliner Klinik »Charité« nach Deutschland ausgeflogen worden.

23.10.2020	In der Bucht Nachodka in der Oblast Primorje im Fernen Osten Russlands breitet sich ein etwa 35.000 Quadratmeter großer Ölteppich aus. Der Leiter des Labors für marine Ökotoxikologie am Institut für Pazifische Ozeanologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Fern-Ost, Wladimir Rakow, sagte, dass aufgrund der eindämmenden Maßnahmen die Verschmutzung regionaler Natur sei und sich nicht weiter ausbreite. Nach Angaben der Behörden sei der Ursprung der Verschmutzung der Kai der Firma »Transbunker-Primorje« in Nachodka.
23.10.2020	Olga Jegorowa, vorsitzende Richterin des Moskauer Stadtgerichts, tritt von ihrem Posten zurück. Sie war seit 2000 Vorsitzende des Stadtgerichts gewesen. Ihr Nachfolger wird Michail Ptizyn, ehemaliger Vorsitzender des Militärbezirksgerichts im Föderationskreis Südrussland.
26.10.2020	Der ehemalige Gouverneur der Republik Komi, Wjatscheslaw Gajser, wird des Machtmissbrauchs angeklagt. Gajser war von 2010 bis 2015 Gouverneur der Republik. Er soll während seiner Amtszeit den Auftrag zum Bau mehrerer Mehrfamilienhäuser in der Hauptstadt der Republik, Syktywkar, ohne Ausschreibung an einen mit ihm befreundeten Unternehmer vergeben haben. Der Schaden für den städtischen Haushalt beläuft sich nach offiziellen Angaben auf 8,7 Millionen Rubel (etwa 96.000 Euro). Gajser war bereits im Juni 2019 in einem anderen Verfahren zu elf Jahren Lagerhaft und einer Geldstrafe in Höhe von 160 Millionen Rubel (etwa 1,7 Millionen Euro) wegen besonders schweren Betrugs verurteilt worden. Dieses Urteil war im Juli 2020 von einem Kassationsgericht bestätigt worden.
31.10.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des am 9. Juli 2020 festgenommenen Ex-Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Nach offiziellen Angaben nehmen etwa 300 Menschen teil.
31.10.2020	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet einen Auftrag zur Bereitstellung von Laborausstattung für die Covid-19-Diagnostik in Höhe von einer Milliarde Rubel (etwa 10,8 Millionen Euro). Mit den Geldern sollen die russischen Regionen bei der Einrichtung von Labors unterstützt werden.
31.10.2020	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem er Sergej Tschentschik von seinem Posten als Oberbefehlshaber der Russischen Nationalgarde entlässt. Einen Nachfolger benennt er noch nicht.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.